

Zeitschrift für das gesamte  
**REDITWESEN**

79. Jahrgang · 15. Juni 2026

**12-2026**



Mitherausgeber dieser Ausgabe:  
Bundesverband Öffentlicher  
Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse  
Fritz Knapp Verlag · ISSN 0341-4019

# FÖRDERBANKEN 2026



# #VÖBFörderFunk

Eine Podcastreihe des Bundesverbands  
Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB  
in Zusammenarbeit mit der  
Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

Im VÖB-Podcast #VÖBFörderFunk fokussieren wir uns auf Spannendes und Aktuelles aus der Welt der Förderbanken. Im Gespräch mit Philipp Otto von der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen berichten Persönlichkeiten aus den VÖB-Instituten zu Themen wie Transformation, Digitalisierung, Infrastruktur, Mittelstand oder Wohnen. Der Podcast für alle Förderbankenliebhaber und die, die es noch werden wollen.

Jetzt Reinhören und abonnieren!



[voeb.de/pressezentrum/podcasts](https://voeb.de/pressezentrum/podcasts)



## Aufsätze

„Nur wettbewerbsfähige Banken sind auch stabile Banken“ Redaktionsgespräch mit Thomas Groß, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.	10	Deutschland und der weiße Wal Nikola Steinbock, Landwirtschaftliche Rentenbank	34
Investitionen für Deutschlands Zukunft: Die KfW als Partnerin im Wandel Stefan B. Wintels, KfW Bankengruppe	13	„Wirkungsmessung: Wir koppeln Fördereffektivität mit Fördereffizienz“ Redaktionsgespräch mit Edith Weymayr, L-Bank, Förderbank in Baden-Württemberg	38
„Gegen Wohnungsnot hilft nur bauen, bauen, bauen!“ Redaktionsgespräch mit Iris Bethge-Krauß, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.	18	Wohnen für alle Generationen: Förderung vom ersten Semester bis in den Ruhestand Ulrich Link / Sandra Baumbach, beide Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)	43
Förderbanken für bezahlbares Wohnen unverzichtbar Erk Westermann-Lammers, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.	20	Wir machen Hessen stark – 75 Jahre WI Bank Gottfried Milde, WI-Bank	46
Europa kann einen deutlichen Unterschied in der Wohnraumkrise machen Markus Ferber, Mitglied des Europäischen Parlaments	22	Förderbanken: Partner bei der Modernisierung des Staates Katrin Leonhardt, Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) / Dominik Lamminger, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.	49
Auswirkungen der Wohnungskrise sind zu groß, um sie weiter zu vertagen Julian Joswig, Mitglied des Bundestages	24	30 Jahre Förderung in Sachsen – Die SAB zwischen Tradition und Zukunft Volker Stöbel, Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)	52
Resilienz „Made in Europe“ – warum Förderbanken den Unterschied machen Gabriela Pantring, NRW.BANK	26	Förderstatistik 2025: Wieder mehr als 100 Milliarden Euro Fördervolumen	54
„Wir müssen mutig an die vor uns liegenden großen Aufgaben herantreten“ Redaktionsgespräch mit Bernhard Schwab, LfA Förderbank Bayern	30		

## Leitartikel

Schaffen wir das wirklich? Philipp Otto	2
--	---

## Gespräch des Tages

Immobilienfinanzierung: Die Sorgenfalten werden größer	4
Kapitalmarkt I: Der letzte Tropfen?	4
Währungspolitik: Euro braucht „mehr Europa“	5
Kapitalmarkt II: Reformen vorantreiben?	6
Digitalisierung: Kein Freifahrtschein	7

## Vermerkt

Bankenchronik	8
Personalien	9
Zentralbanken	56
Börsen	58
Impressum/Fotonachweise	29

## Schaffen wir das wirklich?



Philipp Otto

Chefredakteur



Deutschland scheitert bei der Wahl zum UN-Sicherheitsrat. Während die Bundesrepublik bei der Wahl für einen der nichtständigen Sitze in dem mächtigen Gremium abgeschlagen auf Platz drei landete, jubelten Portugal und Österreich, die beide gleich im ersten Wahlgang die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichten. Das ist einmal mehr eine herbe Niederlage für die amtierende Bundesregierung auf dem internationalen Parkett, der es offensichtlich nicht gelingt, mit ihrer Politik und ihrer Diplomatie zu überzeugen. „Für uns alle ist das eine wirkliche Enttäuschung. Das muss man sagen. Daran will ich nicht vorbeireden“, stellte der deutsche Außenminister resigniert fest. Johann Wadepul muss diese Niederlage zwar verkraften und auch die Verantwortung dafür übernehmen, dabei trifft ihn nicht die Hauptschuld. Vielmehr war es die Vorgängerin im Amt, die mit ihrer „feministischen Außenpolitik“ und dem stets erhobenen Zeigefinger vor allem in Afrika viel Goodwill verspielt hat. Dass sich Annalena Baerbock dann noch auf Kosten einer angesehenen und verdienten deutschen Diplomatin zur Präsidentin der UN-Generalversammlung hat küren lassen, hat die Chancen Deutschlands ebenfalls nicht erhöht. 2035 soll es nun einen neuen Anlauf für den UN-Sicherheitsrat geben und Bundeskanzler Merz versprach, dass man dann besser vorbereitet sein werde – auch wenn er das dann vermutlich nicht mehr zu verantworten haben wird.

Und auch sonst läuft es alles andere als rund für den Bundeskanzler. Wichtige Reformen bei Pflege, Gesundheit, Rente und Einkommensteuer stocken schon zu lange, weil die Regierungsparteien keinen gemeinsamen Nenner finden. Statt konstruktiv an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten, werden Interna durchgestochen, wird öffentlich debattiert und gestritten. Dann werden Versprechen aus dem Koalitionsvertrag wie beispielsweise beim Bafög schlicht wieder einkassiert. Auch beim so populären Thema Energie- und Spritpreise hat sich die Regierung nicht mit Ruhm bekleckert: Die 12-Uhr-Regel verpuffte wirkungslos, führte vermutlich ten-

denziell eher zu höheren denn zu niedrigeren Spritpreisen. Der für zwei Monate eingeräumte Tankrabatt in Höhe von 17 Cent läuft Ende Juni aus und wird nicht verlängert – weil zu teuer. Nachhaltig niedrigere Preise an den Zapfsäulen sehen die Bundesbürger aber lange noch nicht. Was wird also ab Juli? Auch das gigantische, kreditfinanzierte Sondervermögen hat gut ein Jahr nach Inkrafttreten noch keinerlei Wirkung entfaltet. All das führt zu einer wachsenden Unzufriedenheit bei den Menschen in Deutschland. Alles dauert (zu) lange, wenig wird vollendet. Die anfängliche Euphorie ist gut ein Jahr nach dem Start der neuen Bundesregierung längst in Frustration und Enttäuschung umgeschlagen. Die können es halt auch nicht, hört man immer lauter.

Als großer Belastungsfaktor kommt die anhaltende wirtschaftliche Schwäche der Bundesrepublik hinzu. Der Iran-Krieg und der dadurch ausgelöste starke Anstieg der Rohöl- und Gaspreise sowie die US-Handelspolitik haben alle Hoffnungen auf eine verbesserte konjunkturelle Entwicklung zunichtegemacht. So hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seine Konjunkturprognose kräftig nach unten korrigiert. Laut dem gerade vorgelegten Frühjahrsgutachten erwarten die Wirtschaftsweisen für 2026 nun ein Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts von 0,5 Prozent. Im November waren sie noch von 0,9 Prozent ausgegangen. Auch die Bundesregierung und die EU-Kommission hatten ihre Konjunkturprognosen für Deutschland zuletzt halbiert. Und das, obwohl die öffentlichen Ausgaben aus dem Finanzpaket für Verteidigung und Infrastruktur das Wirtschaftswachstum in Deutschland im Prognosezeitraum noch stützen.

Im Frühjahrsgutachten heißt es weiter: Die seit sieben Jahren anhaltende Schwäche der deutschen Wirtschaft ist nicht nur konjunkturell bedingt, sondern hat auch strukturelle Ursachen. Dazu zählt neben der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industriegüter auf dem



Weltmarkt auch die demografische Entwicklung. Diese lastet auf den Unternehmen, die nicht mehr ausreichend qualifizierte Mitarbeiter finden, und erhöht den Druck auf die Sozialversicherungen. Die Ausgaben der Sozialversicherungen steigen schneller als die beitragspflichtigen Einnahmen, daher wird der Gesamtsozialversicherungsbeitragssatz bis zum Jahr 2040 voraussichtlich auf fast 50 Prozent steigen. Diese Entwicklung wird zunehmend zu einem gesamtwirtschaftlichen Belastungsfaktor. Höhere Beitragssätze verteuern die Arbeitskosten der Unternehmen und verringern die Nettoeinkommen der privaten Haushalte. „Der absehbare Anstieg der Ausgaben in den Sozialversicherungen sollte verlangsamt werden. Gleichzeitig gilt es, die Einnahmehasis und das Leistungsniveau der Sozialversicherungen zu stabilisieren“, forderte Monika Schnitzer, Vorsitzende des Sachverständigenrates Wirtschaft.

Friedrich Merz reagierte auf all das kämpferisch. Und bedient sich rhetorisch bei seiner Vorgängerin im Amt, obwohl ihn mit Angela Merkel alles andere als eine freundschaftliche Beziehung verbindet. Beim CDU-Landesparteitag in Linstow holte der Bundeskanzler drei Monate vor den wichtigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern ausgerechnet Merkels berühmte Worte zu Beginn der Flüchtlingskrise im Herbst 2015 hervor: „Wir schaffen das, wir können das schaffen.“ Trotz heftiger Debatten zeigte sich der CDU-Vorsitzende überzeugt, dass die schwarz-rote Koalition liefern wird. „Die Koalition in Berlin hat die Kraft und die notwendige Geschlossenheit. Ich bin jedenfalls sicher, dass wir die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden können“, so Merz.

Wir schaffen das. Was hinsichtlich des Reformwillens der Bundesregierung vielleicht noch gelten mag, die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt, wird mit Blick auf die Lage der Unternehmen immer unwahrscheinlicher. Natürlich sollte man nicht zu schwarzmalen. Deutschland verfügt nach wie vor über sehr erfolgreiche Unternehmen, die hoch innovativ sind. Aber das Umfeld schlägt auf die Stimmung. Laut der aktuellen Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) unter rund 1000 Unternehmen berichten 43 Prozent der Befragten von einer schlechteren Lage als vor einem Jahr, nur 14 Prozent von einer besseren. Fast 30 Pro-

zent aller Unternehmen werden 2026 Stellen streichen. 35 Prozent der Befragten rechnen mit einem Rückgang ihrer Produktion im laufenden Jahr. Und fast 40 Prozent gehen davon aus, in diesem Jahr weniger zu investieren. Die deutschen Unternehmen blicken damit seit nunmehr drei Jahren durchgehend pessimistisch nach vorn – eine so lange Durststrecke gab es laut IW Köln seit 20 Jahren nicht. Wo soll da der notwendige Ruck, der durch alle Schichten der Bevölkerung gehen muss, herkommen?

Die Förderbanken, denen diese spezielle Ausgabe der ZfgK gewidmet ist, tun, was sie können. Seit Jahren steigen die Fördervolumen und damit die Bilanzsummen der Institute an. In den VöB-Zahlen zur Förderstatistik zeigt sich, dass sich allein die Zuschüsse von 6,445 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf 18,804 Milliarden Euro fast verdreifacht haben. Und die bewilligten Darlehen sind nach dem Peak der Corona-Jahre zwar aktuell wieder etwas zurückgegangen, liegen mit knapp 60 Milliarden Euro aber stabil auf dem Niveau der Vor-Corona-Jahre. „Gerade in herausfordernden Zeiten, wie sie Deutschland seit geraumer Zeit erlebt, erweist sich die Rolle der Förderbanken als unverzichtbar“, schreiben VöB-Hauptgeschäftsführerin Iris Bethge-Krauß und das Mitglied der VöB-Hauptgeschäftsführung, Dominik Lamminger, im Vorwort der Publikation „Fördergeschäft in Deutschland 2015–2024“. Natürlich freut der Bedeutungszuwachs die Verbandsvertreter. Und wie sieht das die Praxis selbst? „Natürlich ist es schön, gebraucht zu werden und mit immer neuen Ideen und Programmen helfen zu können. Aber nicht so stark gebraucht zu werden, wäre auch schön, denn das hieße doch, dass es mit der deutschen Wirtschaft endlich wieder aufwärts geht“, sagte ein Förderbanken-Vorstand jüngst. Allerdings wird das vorerst ein frommer Wunsch bleiben. Das zeigen die aktuellen Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung und der Lage der Unternehmen. Und das zeigen auch die vielen Einschätzungen der Autoren dieser besonderen Ausgabe. Alle gehen von weiterhin sehr arbeitsreichen Jahren aus. Gäbe es die Förderbanken nicht schon, man müsste sie wahrlich erfinden. Denn zwischen dem Satz von Angela Merkel „Wir schaffen das“ und einer Entspannung bei den Zuwanderungszahlen lagen zehn Jahre. So viel Zeit bleibt der Bundesrepublik mit Blick auf die Reformvorhaben der amtierenden Regierung nicht.

## Immobilienfinanzierung

### Die Sorgenfalten werden größer

Seit Monaten warnen Bankenaufseher vor zunehmenden Risiken im Geschäftsfeld Gewerbliche Immobilienfinanzierung. BaFin-Chef Mark Branson beispielsweise sagte bei der Jahrespressekonferenz: „Banken und Versicherer arbeiten derzeit profitabel. Viele auch sehr profitabel. Aber mittelfristig trüben sich die Aussichten ein. Die fiskalischen Impulse in Deutschland können die wirtschaftliche Stagnation bislang nicht aufhalten. Die schlechtere Konjunktur dürfte für vermehrte Kreditausfälle sorgen. Zudem könnte sich auch die Lage an den Gewerbeimmobilienmärkten wieder verschlechtern. Durch eine schwächere Nachfrage und ein steigendes Zinsniveau.“ Bislang erwiesen sich die Warnungen als unbegründet. Denn die profitabel arbeitenden Institute wiesen kaum erhöhte Rückstellungen oder Ausfälle bei gewerblichen Immobilienkrediten vor.

Das könnten sich nun ändern. Rund die Hälfte der Banken geht inzwischen in diesem Jahr von einer negativen Entwicklung des Immobilienmarktes aus, während die andere Hälfte eine Seitwärtsbewegung prognostiziert, die sich auch durch das Jahr 2027 und darüber hinaus fortsetzen werde. Eine erkennbare Trendwende wird erst ab dem Jahr 2029 erwartet, für das rund 60 Prozent der Institute eine positive Entwicklung antizipieren. Das sind Ergebnisse einer aktuellen Umfrage von EY-Parthenon im Februar und März dieses Jahres unter 58 immobilienfinanzierenden Kreditinstituten in Deutschland. Grund sind in erster Linie die Folgen des anhaltenden Nahost-Konflikts. Eine erneute Abschwächung des Marktes, der nach mehreren schwierigen Jahren gerade erst in eine Phase zaghafter Erholung eingetreten ist, könnten spürbare Folgen haben.

Zum einen werden die Banken bei der Kreditvergabe selektiver und erhöhen die Risikoaufschläge. So sieht knapp die Hälfte der befragten Institute steigende Finanzierungskosten als wachsende Herausforderung für den Immobilienmarkt. Dadurch bleibt das Insolvenzrisiko auch 2026 merklich erhöht und die Mehrzahl der Befragten geht von entwe-

der gleichbleibenden oder gar steigenden Insolvenzfällen aus. Bei Projektentwicklungen, der Achillesferse des gewerblichen Immobilienmarktes der vergangenen Jahre, erwarten 30 Prozent der Institute eine steigende Anzahl von Pleiten. Im Vergleich zur vorigen Befragung aus dem dritten Quartal 2025, als davon noch 61 Prozent ausgingen, stellt das aber einen spürbaren Rückgang dar. Die NPL-Quote am deutschen Immobilienmarkt hat sich seit 2022 von 1,5 auf zuletzt fast 5 Prozent mehr als verdreifacht, so EY-Parthenon.

Zum anderen steigt das Risiko aus Anschlussfinanzierungen. Zwischen 2019 und 2022 wurden in Deutschland insgesamt gewerbliche Immobilienkredite in Höhe von rund 228 Milliarden Euro aufgenommen. Laut einer Analyse des Immobiliendienstleisters CBRE steht der Großteil dieser Kredite zwischen 2024 und 2027 zur Refinanzierung an. Schätzungen der Experten zufolge werden davon rund 77 Milliarden Euro auf Basis der aktuellen Entwicklungen nicht refinanziert werden. Laut EY hat ein bedeutender Teil der deutschen Banken und Sparkassen hohe Refinanzierungsvolumina in ihren Beständen: Bei rund der Hälfte der Institute liegt der Anteil über 40 Prozent, bei je vier Prozent beträgt er mehr als 60 oder gar mehr als 80 Prozent. Eine Möglichkeit kann es sein, mit Einsatz von zusätzlichem Eigenkapital, nachrangigen Darlehen oder Vorzugskapitalvereinbarungen die Kreditgeber von Verlängerungen zu überzeugen und so die Finanzierungslücken zu schließen. Gerade alternative Finanzierungen sind aber teuer und mit hohen Sicherheitsanforderungen verbunden, was den Druck auf die Kreditnehmer weiter erhöht. Es scheint also so, dass die gewerbliche Immobilienfinanzierung Sorgenkind der Branche bleiben wird.

## Kapitalmarkt I

### Der letzte Tropfen?

Kurz vor Erscheinen dieser Ausgabe war es so weit: Der größte Börsengang der Geschichte wurde mit der Erstnotiz (nach Redaktionsschluss) wohl erfolgreich abgeschlossen. Gut 75 Milliarden US-Dollar wollte das Raumfahrt-Unternehmen SpaceX von den Anlegern einsammeln. Etwa eine Woche vor der Erstnotiz wurde bekannt, dass die Aktie bereits doppelt



überzeichnet war, die Anleger also gerne 150 Milliarden US-Dollar investiert hätten.

Der Börsengang ist auch eine gigantische Wette auf die Zukunft. Zwar gibt es auch schon relevantes aktuelles Geschäft. Starlinks Bedeutung zeigt sich auch im Zahlenwerk. Starlink generierte 2025 circa 11,4 Milliarden US-Dollar Umsatz und einen Betriebsgewinn von 4,4 Milliarden US-Dollar. Doch Musk verkauft mit SpaceX vor allem die Hoffnung auf eine glorreiche Zukunft. Neben touristischen Flügen ins All steht auch das Erreichen des Mars auf der Agenda. Der potenzielle Gesamtmarkt des Unternehmens wird im Prospekt mit 28,5 Billionen US-Dollar beziffert. Der Großteil davon in den Zukunftsfeldern.

So viel Umsatzfantasie hat schon immer auch die Fantasie der Anleger beflügelt. Es ist also davon auszugehen, dass die Aktie reißenden Absatz finden wird. Bereits zum Ausgabepreis wird das Unternehmen mit ungefähr 1,8 Billionen US-Dollar bewertet sein. Angesichts der zu erwartenden Kaufhysterie dürften daraus recht zügig 2 bis 3 Billionen US-Dollar werden. Elon Musk wird dann der erste Billionär der Menschheitsgeschichte werden. Doch welche Folgen könnte das für den Gesamtmarkt haben? Die liechtensteinische VP Bank hat sich in einer Analyse mit der Thematik befasst. „Historisch traten Wellen von Börsengängen häufig in späten Phasen von längeren, kräftigen Marktzyklen auf. Besonders auffällig ist weniger die Anzahl der Börsengänge als das Volumen pro Transaktion, das in Hochphasen deutlich ansteigt. Das war auch so während des Aufbaus der Dotcom-Blase rund um den Jahrhundertwechsel oder im Vorfeld der Finanzkrise von 2007/08“, fasst die VP Bank die Gefahr zusammen. Mit Anthropic und OpenAI stehen weitere große Börsengänge schon in der Pipeline. Stehen wir nun also auch kurz vor dem Ende einer langen Boomphase?

Eine Rolle könnte dabei auch das Thema Liquidität spielen. Die 75 Milliarden US-Dollar, die das Unternehmen selbst einsammelt, sind für den Markt kein großes Ding. Doch Fondsgesellschaften müssen irgendwann einen derart dicken Brocken dabeihaben. Insbesondere der Siegeszug der ETFs wird dann eine große Rolle spielen. Zwar haben Indizes in der Regel Regeln, die eine Aufnahme von IPOs erschweren, doch auch hier weist die VP Bank darauf

hin, dass nun mit Ausnahme von S&P alle wichtigen Indexanbieter angekündigt haben, ihr Regelwerk zu lockern, um eine schnellere Aufnahme in die Indizes zu gewährleisten. Die Frist von Erstnotiz bis Indexaufnahme wird möglicherweise auf nur fünf (FTSE, Russell), zehn (MSCI) oder 15 Handelstage (Nasdaq) reduziert. S&P hingegen wird SpaceX frühestens zwölf Monate nach dem Börsengang aufnehmen. Das Lockern der Compliance, um nichts zu „verpassen“, ist auch eine Thematik, die oft am Ende von Boomphasen zu beobachten ist.

Doch was passiert, wenn SpaceX (und später noch OpenAI und Anthropic) abheben und damit gigantische Summen Kapital aus anderen Werten abziehen, in einem Marktumfeld mit vielen extremen Belastungsfaktoren? Es könnte der berüchtigte letzte Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt ...

## Währungspolitik

### Euro braucht „mehr Europa“

11 Länder, rund 300 Millionen Menschen. So startete der Euro 1999 als Buch- und 2002 schließlich auch als Bargeld. Heute ist der Euro die amtliche Währung in 21 der 27 EU-Mitgliedsstaaten und wird von mehr als 358 Millionen Menschen genutzt. Man kann also sagen, dass die Euro-Banknoten und -Münzen zu einem greifbaren Symbol der europäischen Integration geworden sind. Der Einfluss der Gemeinschaftswährung reicht jedoch weit über die Grenzen der EU hinaus. Weltweit haben 60 Länder und Gebiete mit etwa 175 Millionen Menschen ihre Währung direkt oder indirekt an den Euro gekoppelt. Auch vor dem Hintergrund erhöhter geopolitischer Risiken und hoher Inflation in den vergangenen Jahren hat sich der Euro als widerstandsfähig erwiesen. Mehr als 25 Jahre nach seiner Einführung ist er nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Währung im internationalen Währungssystem. All das ist Gegenwind für die Euroskeptiker.

Dementsprechend stolz verkündete die EZB kürzlich, dass der Euro „2025 international eine etwas größere Rolle“ spielte, wodurch seine Position als zweitwichtigste Währung der Welt gefestigt wurde. Gemessen an einer breiten Palette von Indikatoren zur internatio-

nenen Währungsverwendung erhöhte sich der Anteil des Euro laut europäischer Notenbank auf rund 20 Prozent. Um diesen Wert schwankt die Bedeutung des Euro seit seiner Einführung. Mit einer Ausnahme: Im Jahr 2010 verzeichnete die Gemeinschaftswährung mit einem Anteil von knapp 28 Prozent ein Zwischenhoch, dass aber vor allem aus der Wechselkursentwicklung resultierte, die US-Währung notierte damals bei 1,50 Dollar je Euro. Überhaupt der Dollar: Sein Anteil an den weltweiten Zentralbank-Fremdwährungsreserven inklusive Gold sank von 2015 bis 2024 von etwa 62 Prozent auf 47 Prozent. Aber der Euro hat nicht wirklich profitieren können. Denn statt aus dem US-Dollar in den Euro zu wechseln, substituieren viele Zentralbanken aktuell zu Gold. Der Gold-Anteil an den Reserveeinlagen stieg von 9 Prozent auf 19 Prozent. Entsprechend warnt die EZB in ihrer aktuellen Pressemitteilung vor „ersten Anzeichen der Fragilität“. Denn gleichzeitig treiben einige Länder alternative grenzüberschreitende Zahlungssysteme voran, darunter auch solche, die auf digitalen Technologien basieren. Diese Trends verdeutlichen eine zunehmende Fragmentierung des internationalen Währungssystems. „Dadurch entsteht für den Euro die Chance, seine weltweite Anziehungskraft zu erhöhen – sofern die politischen Entscheidungsträger in Europa die erforderlichen Voraussetzungen schaffen und Worten Taten folgen lassen“, erklärte EZB-Präsidentin Christine Lagarde. „Dazu müssen die drei Säulen gestärkt werden, die das globale Potenzial des Euro stützen – die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit, die rechtliche und institutionelle Integrität und die geopolitische Glaubwürdigkeit.“

Der Euro braucht für eine noch stärkere internationale Bedeutung nach Ansicht der EZB also mehr Europa. Die ökonomische Wirtschafts- und Währungsunion der Euroländer ist bis heute unvollständig. Noch immer gibt es trotz Gemeinschaftswährung und zunehmender EU-Gesetzgebungskompetenz viele nationale Unterschiede, gerade in der Fiskalpolitik. Dann müssen im Euroraum tiefere und liquidere Kapitalmärkte entstehen. Doch auch bei der Vollendung der Spar- und Investitionsunion geht es nur schleppend voran. Natürlich würde die EZB auch Euro-Anleihen für die gemeinsame Finanzierung öffentlicher Güter befürworten, um einen sicheren und liquiden Bestand an öffentlichen EU-Schuldtiteln zu schaffen. Und nicht zuletzt

darf bei diesen Überlegungen auch die Entwicklung des digitalen Euro nicht fehlen. Denn, das räumte auch die EZB-Präsidentin im vergangenen Jahr ein: „Der Euro wird nicht automatisch an Einfluss gewinnen, sondern wird sich diesen erst verdienen müssen.“ Der Weg dahin ist noch weit. Aber die Richtung stimmt. Und allein das ist doch schon eine gute Nachricht für Europa, das sich im internationalen Wettbewerb mehr denn je behaupten muss.

## Kapitalmarkt II

### Reformen vorantreiben?

Beinahe jeder Kommentar in der Wirtschaftsberichterstattung fängt derzeit mit der gleichen Einleitung an, in der die immer gleichen Probleme, unter denen die deutsche und europäische Wirtschaft leidet, aufgezählt werden. Auch die Lösungsansätze sind meist die gleichen. Nun hat sich der BdB in einem Positionspapier nochmals dieser Themen angenommen: „Europa braucht vor allem eines: mehr Wachstum. Dazu sind erhebliche Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur, Verteidigung und Transformation nötig. Dies ist nur mit einem leistungsfähigen Kapitalmarkt zu schaffen“, sagte Heiner Herkenhoff, Hauptgeschäftsführer des BdB.

Der BdB forderte daher „jetzt endlich“ Fortschritte für eine echte Savings and Investment Union, um den Kapitalmarkt zum Wachstumsmotor zu machen. Dabei hat der Verband vier Schritte identifiziert, die es nun auf EU-Ebene brauche. Der erste Schritt ist wenig überraschend: „Regulierung entschlacken“. Berichtspflichten seien zu reduzieren, Doppelmeldungen sollten abgebaut werden und die Proportionalität sei konsequent anzuwenden. Nichts davon ist neu, aber dadurch werden diese Forderungen ja nicht weniger richtig.

Als zweiter wichtiger Schritt wurde „Marktprozesse modernisieren“ genannt. Darunter versteht der BdB den Post-Trade zu harmonisieren und Steuerverfahren praxistauglich zu gestalten. Fragmentierte Prozesse in Europa erhöhten die Kosten und erschwerten grenzüberschreitende Investments, so der BdB in dem Positionspapier. Durch Digitalisierung und Standardisierung könnten erhebliche Effi-



zierungsgewinne erzielt werden, zum Beispiel durch Digitalisierung und Automatisierung der Informationen der Aktiengesellschaften.

Als dritter Schritt wurde „Marktintegration vorantreiben“ genannt. Die Fragmentierung der Kapitalmärkte kann laut BdB durch das Market Integration and Supervision Package (MISP) der EU-Kommission abgebaut werden. Wichtig seien kostengünstigere und weniger komplexe Marktinfrastrukturen in Europa. Dabei müsse jedoch der Unterschied zwischen Banken und Marktinfrastrukturen anerkannt werden. Viertens wurde die Forderung „Finanzierungskraft erhöhen“ genannt. Erreicht werden soll dies unter anderem durch die Belegung des Verbriefungsmarktes – auch das wahrlich keine neue Forderung des BdB – und durch eine Stärkung von Innovationen. Doch auch mit nötigen Maßnahmen auf nationaler Ebene hat sich der BdB in seinem Positionspapier beschäftigt. Hier identifizierte der Verband gleich fünf Notwendigkeiten: Steuerliche Wettbewerbsfähigkeit herstellen, kapitalmarktgestützte Alterssicherung ausbauen, Kapitalmarktzugang für Unternehmen erleichtern, Wachstumskapitalmarkt aufbauen und Finanzbildung stärken.

Die Ansätze, die der BdB präsentiert, sind alle richtig und dürften, wenn angewendet, helfen, die angestrebten Ziele zu erreichen. Nur, die Lösung für ein Problem – und das ist gerade in Deutschland eines der größten Probleme – findet sich auch in diesem Papier nicht: Wie kriegen wir unsere träge Bundesregierung endlich in den richtigen (Reform-)Gang? Statt Reformen voranzutreiben, beschäftigt sich Bundeskanzler-Simulator Friedrich Merz derzeit lieber damit, über die deutsche Schlechtere-Kultur zu lamentieren. Als ob ein sich Schönreden die fehlende politische Entschlossenheit dauerhaft übertünchen könnte ...

## Digitalisierung

### Kein Freifahrtschein

Das Jahr 2025 war das erste unter der Regulierung des Digital Operations Resilience Act (DORA). Die drei europäischen Aufsichtsbehörden EBA, ESMA und EIOPA (die ESAs) haben nun ihren ersten Jahresbericht mit einem Überblick über schwerwiegende IKT-bezogene Vorfälle aus dem Jahr 2025 veröffentlicht. 2025

meldeten Finanzunternehmen insgesamt 3383 Vorfälle. Dies entspricht durchschnittlich 282 Vorfällen pro Monat beziehungsweise 0,18 Vorfällen je von DORA erfasstem Finanzunternehmen. Besonders auffällig: Mehr als drei Viertel der schwerwiegenden Vorfälle konzentrierten sich auf zwei Sektoren: Kreditsektor (60 Prozent) und Zahlungsverkehr (16 Prozent). Bei der Art der schweren Vorfälle dominierten mit 51 Prozent die Systemausfälle. Weitere 27 Prozent der Vorfälle wurden durch externe Ereignisse verursacht und nur 10 Prozent waren Cybervorfälle. Bereits ein Risikobericht aus dem Herbst 2025 der EBA deutete darauf hin, dass bestehende Sicherheitsmaßnahmen hier wirksam seien, so die ESAs. Besonders bemerkenswert: Die von DORA regulierten Unternehmen haben auch eine Meldepflicht für Kosten und Verluste. Laut den ESAs waren die wirtschaftlichen Auswirkungen schwerwiegender Vorfälle insgesamt „relativ begrenzt“: Bei 40 Prozent aller Vorfälle entstanden gar keine Kosten und bei weiteren zehn Prozent weniger als 1000 Euro.

Die ESAs haben einige zentrale Erkenntnisse als Schlussfolgerung gewonnen. Die erste wesentliche Erkenntnis besteht darin, dass operationelle Störungen immer häufiger sektorübergreifenden und grenzüberschreitenden Charakter aufweisen. Diese Entwicklung spiegelt die zunehmende Vernetzung des europäischen Finanzsystems wider. Die zweite zentrale Erkenntnis betrifft die Ursachen schwerwiegender Vorfälle. Die Analyse zeige, dass insbesondere Systemausfälle und Drittanbieter die wichtigsten Auslöser schwerwiegender Vorfälle waren. Hieraus leiten die ESAs aufsichtliche Konsequenzen ab. Finanzunternehmen müssen ihre Abhängigkeiten von externen Dienstleistern systematisch überwachen und steuern und Outsourcing darf nicht zu einem Verlust operativer Kontrolle führen. Die Überwachung ausgelagerter Funktionen gewinnt daher weiter an Bedeutung.

Für das laufende Jahr kündigten die ESAs auch gleich wichtige Weiterentwicklungen an. So soll unter anderem ein neues IT-Werkzeug für die Meldung schwerwiegender Vorfälle eingeführt werden. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass die europäische Finanzindustrie die durch DORA regulierten digitalen Gefahren gut im Griff hat. Doch das darf natürlich kein Freifahrtschein sein, im Bemühen um die digitale Sicherheit nachzulassen!

## 22. Mai bis 5. Juni 2026

Die **Vereinigte Volksbank eG** mit Sitz in Brakel muss zusätzliche Eigenmittel vorhalten. Das hat die Finanzaufsicht **BaFin** angeordnet. Eine im Januar 2026 abgeschlossene Sonderprüfung hatte ergeben, dass bei der Bank nicht in allen Teilbereichen eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gegeben war. Die Einschränkung bezieht sich auf die Organisation im Kreditgeschäft des Instituts. Die Vereinigte Volksbank eG verstieß damit gegen die Vorgaben des Kreditwesengesetzes. Die Maßnahme ist seit dem 26. Mai 2026 bestandskräftig.

Die slowenische **Nova Ljubljanska banka (NLB)** erhöht im Bieterkampf um die österreichische **Addiko Bank** ihr Gebot. Das Institut erhöhe das Angebot von 29,00 Euro auf 33,50 Euro je Addiko-Aktie in bar inklusive Dividende, teilte die NLB am Montag mit. Die Slowenen liegen mit der Aufstockung nach eigenen Angaben 26,4 Prozent über dem konkurrierenden Angebot der Raiffeisen Bank International (RBI).

Die niederländische Bank **ABN Amro** steigt bei der europäischen Ratingagentur **Scope** ein. Mit der Investition solle die Autonomie der europäischen Kapitalmärkte gestärkt werden. Zu den Aktionären der Scope Group gehören CEO und Gründer Florian Schoeller und Ankerinvestor Stefan Quandt sowie eine gesamteuropäische Basis institutioneller Investoren. Dazu gehören führende Bankengruppen, Vermögensverwalter und Versicherer wie beispielsweise **AXA**, **BPCE**, **Crédit Agricole Assurances** und die **Dekabank**.

Der IT-Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe, Finanz Informatik, hat im Ausschreibungsverfahren für eine integrierte Gesamtbanklösung die **Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank)** als neue Kundin gewonnen. Mit der bestehend aus dem OSPlus-Kernbankensystem sowie dem förderbankspezifischen Portfolio „OSPlus Förderbank“ (Kunden- und Sachbearbeiterportal) an-

gebotenen Lösung hat die Finanz Informatik den Zuschlag erhalten. Die Zusammenarbeit beinhaltet auch den langfristigen Betrieb der Gesamtbanklösung in den Rechenzentren der FI-Gruppe.

**Riverty**, das Fintech-Unternehmen von Bertelsmann, gründet eine Bank in Luxemburg, um Händler durch eingebettete Zahlungs-, Kredit- und Liquiditätslösungen beim Wachstum zu unterstützen. Die Bank soll im Juli 2026 den Betrieb aufnehmen. Rivertys Payment- und Kreditgeschäft betreut nach eigenen Angaben mehr als 1800 Händler mit rund 25 Millionen Kunden und verarbeitet jährlich mehr als 235 Millionen Transaktionen in Europa.

Die **BaFin** und die **Deutsche Bundesbank** haben gemeinsam Daten zur Diversität erhoben. Die Auswertung durch die Bundesbank zeigt: Rund ein Drittel der untersuchten deutschen Institute hat keine Diversitätsstrategie umgesetzt. Ein weiteres Ergebnis: Frauen sind in der Geschäftsleitung der untersuchten Institute deutlich unterrepräsentiert. Alle Ergebnisse sind anonymisiert auf der Website der Bundesbank veröffentlicht. Grundlage der Datenerhebung waren die Leitlinien der europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA (European Banking Authority) zum Benchmarking von Diversitätspraktiken (EBA/GL/2023/08). Die EBA beabsichtigt eine Veröffentlichung der zusammengefassten Ergebnisse aller untersuchten Institute der Mitgliedsstaaten.

Die **Moonfare Financial Services GmbH**, eine Tochtergesellschaft der **Moonfare GmbH** und Teil der Moonfare-Gruppe, hat nach eigenen Angaben von der **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** die Erlaubnis erhalten, als unabhängige Investmentgesellschaft nach dem Wertpapierinstitutsgesetz (WpIG) tätig zu sein. Die Lizenz umfasst die Wertpapierdienstleistungen Anlagevermittlung, Anlageberatung und Portfoliomanagement.

Mit diesem Schritt vollzieht das Unternehmen den Übergang vom bisherigen Modell als vertraglich gebundener Vermittler zur direkten Aufsicht durch die BaFin. Bislang war die Muttergesellschaft **Moonfare GmbH** als vertraglich gebundener Vermittler unter dem Haftungsdach der **DHD Deutsche Haftungsdach GmbH** tätig und erbrachte Anlagevermittlung und Anlageberatung gemäß § 2 Abs. 10 Kreditwesengesetz (KWG).

Die **Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)** hat ein Memorandum of Understanding (MoU) mit dem **New York State Department of Financial Services (NYDFS)** im Rahmen der Markets in Crypto-Assets Regulation (MiCAR) unterzeichnet. Die Vereinbarung zielt darauf ab, die Zusammenarbeit bei der Überwachung von Einrichtungen zu stärken, die sich mit grenzüberschreitenden Stablecoin-Aktivitäten befassen. Das MoU legt Grundsätze und Verfahren fest, um den Informationsaustausch und die Koordinierung der Aufsichtsaktivitäten im Zusammenhang mit Stablecoins zu erleichtern, die sowohl im Staat New York als auch in der Europäischen Union ausgegeben werden, einschließlich von Stellen, die direkt von der EBA unter MiCAR beaufsichtigt werden. Sie bietet auch einen Rahmen für die gegenseitige Amtshilfe bei der laufenden Aufsicht sowie für eine rechtzeitige Koordinierung in Krisen- oder Notsituationen. Dieser Kooperationsrahmen spiegelt die wachsende internationale Dimension der Stablecoin-Märkte wider und unterstützt eine wirksame und einheitliche Aufsicht über die Gerichtsbarkeiten hinweg. Im Rahmen der MiCAR ist die EBA mit der direkten Aufsichtsverantwortung für Emittenten von „erheblichen“ Asset-Referenz-Token (ARTs) und E-Geld-Token (EMTs) betraut. In diesem Zusammenhang ermöglicht Artikel 126 von MiCA der EBA, Verwaltungsvereinbarungen über den Informationsaustausch mit den Aufsichtsbehörden von Drittländern abzuschließen.



Ab dem 1. Juni 2026 hat **Martina Andexlinger** die Leitung des Bereichs „Versicherungs-, Pensionskassen- und Vorsorgekassenaufsicht“ der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) übernommen. Sie tritt damit die Nachfolge von **Peter Braumüller** an, der diesen Bereich über mehr als zwei Jahrzehnte geprägt hat und in den Ruhestand geht. Andexlinger ist bereits seit vielen Jahren in Führungsfunktionen der FMA tätig, zuletzt in den integrierten Aufsichtsbereichen Conduct sowie Geldwäscheprävention. Als Leiterin des Transformationsprogramms „Fit For Future“ hat sie die strategische Weiterentwicklung und Modernisierung der FMA maßgeblich vorangetrieben.

Auf der Mitgliederversammlung des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp) in Frankfurt am Main wurde der seit 2023 amtierende Präsident **Gero Bergmann**, Mitglied des Vorstands der Bayern LB, wiedergewählt. Er bleibt damit für zwei weitere Jahre vdp-Präsident. Dem vdp-Vorstand gehört er seit 2021 an. Turnusgemäß fand im Rahmen der Mitgliederversammlung ebenfalls die Wahl des vdp-Vorstands für die neue Amtsperiode von zwei Jahren statt. Dabei wurden elf Mitglieder wiedergewählt. Nicht mehr zur Wahl angetreten waren – bedingt durch ihren bevorstehenden Austritt aus ihren Instituten – **Dr. Matthias Danne**, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Dekabank, und **Thomas Köntgen**, stellvertretender CEO der Deutschen Pfandbriefbank (pbb).

**Marcel Dick** ist seit dem 1. Juni 2026 Mitglied des Vorstands der Fürstlich Castell'schen Bank. Dick ist seit Oktober 2021 für die Bank tätig und verantwortete zuletzt als Generalbevollmächtigter das Private Banking sowie den Firmenkundenbereich. In dieser Funktion hat er die strategische Weiterentwicklung und Transformation der Bank in den vergangenen Jahren maßgeblich mitgestaltet. Auch als Vorstandsmitglied wird er weiterhin für das Kundengeschäft verant-

wortlich zeichnen. Ebenfalls zum 1. Juni 2026 hat zudem **Inka Winter** die Fürstlich Castell'sche Bank auf eigenen Wunsch verlassen, um sich einer neuen beruflichen Herausforderung zu widmen.



**Erik Haubold** (Foto) übernimmt ab 1. Juni 2026 die Rolle des Chief Investment Officer (CIO) bei Unicredit in Deutschland. In dieser Funktion verantwortet er die Vermögensverwaltung für das deutsche Netzwerk – basierend auf der einheitlichen Investmentstrategie der Gruppe. Gemeinsam mit dem Head of Macroeconomic Analysis, dem Head of Cross Asset Investment Strategy sowie den Unicredit-CIOs aus Italien und Österreich soll Erik Haubold ein zentrales Mitglied des Unicredit Group Investment Committee sein. Er folgt auf **Philip Gisdakis**, der künftig die Position des Head of Client Investment Strategy Germany (Leiter Anlagestrategie) im Bereich Wealth Management & Private Banking übernehmen soll.

Das Direktorium der EZB hat die leitenden Führungspositionen von drei Generaldirektionen neu besetzt. **Roland Straub** wurde zum Generaldirektor Geldpolitik, **Christophe Kamps** zum Generaldirektor Internationale und europäische Beziehungen und **Petra Senkovic** zur Generaldirektorin Rechtsdienste ernannt. Die Ernennung von Straub und Kamps erfolgt mit Wirkung vom 1. Juli 2026. Senkovic wird ihre neue Position am 1. November 2026 antreten.

## Sparkassen-Finanzgruppe



**Dr. Joachim Schmalzl** wird Ende Juni 2027 seine Berufstätigkeit beenden und als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGVO ausscheiden. Der 2016 abgeschlossene Vertrag sieht die Möglichkeit vor, mit einem bestimmten Lebensalter den Vertrag vorzeitig beenden zu können. Von

## 22. Mai bis 5. Juni 2026

dieser Möglichkeit macht **Schmalzl** Gebrauch. Seine Amtszeit wurde eigentlich erst zuletzt zum 1. März 2026 um weitere fünf Jahre verlängert.

## Genossenschaftliche Finanzgruppe



**Heiko Hunkel** (Foto) hat am 1. Juni 2026 sein Amt als Vorstand des Verbandes der Sparda-Banken e.V. angetreten. Er ist bereits seit September 2013 für den Verband tätig und leitete dort bislang den Prüfungsdienst. Der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater folgt auf **Uwe Sterz**, der sich zum 31. Mai 2026 in den Ruhestand verabschiedet hat. Gemeinsam mit dem Vorstandsvorsitzenden **Florian Rentsch** bildet Hunkel ab sofort das Führungsduo des Verbandes.

## Feier-Tage

**Prof. Dr. Joachim Nagel**, Präsident der Deutschen Bundesbank, wurde am 31. Mai dieses Jahres 60 Jahre alt.

Ihr 75. Lebensjahr vollendete **Margitta Römer**, Vorstandsmitglied im Ruhestand der Sparkasse Mittelsachsen, am 11. Juni 2026.

Am 14. Juni 2026 feierte **Lothar Voll**, ehemaliges Vorstandsmitglied der Sparkasse Baden-Baden Gaggenau, seinen 65. Geburtstag.

**Dr. Ulrich Weiß**, früheres Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und ehemaliger Herausgeber der Zeitschrift *bank und markt*, wurde am 3. Juni dieses Jahres 90 Jahre alt.

Wichtige Basis für Personalien ist neben den Pressemitteilungen der jeweiligen Institute und den eigenen Recherchen insbesondere bei den Volks- und Raiffeisenbanken das Unternehmensregister, dessen Veröffentlichungstermine leider nicht sehr zeitnah sind.

## Redaktionsgespräch mit Thomas Groß

# „Nur wettbewerbsfähige Banken sind auch stabile Banken“

### Herr Groß, wie steht es um die wirtschaftliche Lage in Deutschland?

Wir waren noch vor einiger Zeit recht optimistisch, dass der bereits eingesetzte Konjunkturaufschwung nach vier Jahren Stagnation oder bestenfalls Miniwachstum langsam an Dynamik gewinnt. Der Iran-Krieg und die unzureichenden Reformen bremsen die wirtschaftliche Erholung jetzt aber wieder aus. Viel wird davon abhängen, wie lange der Krieg anhält. Wenn er in absehbarer Zeit beendet wird und die Energiepreise sich wieder beruhigen, dann sollte auch die wirtschaftliche Be-

ressen wirklich etwas bewegt, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts zu sichern. Erste Schritte sind gemacht, aber es fehlt noch an einem Gesamtkonzept, das auch Investoren zeigt: Wir geben euch einen verlässlichen ordnungspolitischen Rahmen für Investitionen.

### Welche Bedeutung haben die öffentlichen Banken denn bei der Finanzierung der deutschen Wirtschaft und der Erneuerung unseres Landes?

Die VÖB-Institute haben eine starke Position am deutschen Bankenmarkt und haben dies auch in Krisenzeiten immer

Es sind vier Themen, die mir besonders wichtig sind. Dies ist erstens die nachhaltige Transformation unserer Wirtschaft. Und zwar mit dem Ziel, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Anders als oft behauptet, sehe ich in den meisten Fällen keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Zielen. Wir haben in Deutschland kaum natürliche Ressourcen. Daher ist es in unserem wirtschaftlichen Interesse, unabhängiger zu werden von Energie- und Rohstofflieferungen aus dem Ausland. Hierbei leisten erneuerbare Energien, moderne Netze und Speichertechnologien einen maßgeblichen Beitrag. Aber wir sollten auch den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft noch stärker in den Blick nehmen, also zum Beispiel Rohstoff-Recycling und -Substitution oder Design-for-Circularity-Ansätze. Diese Ansätze können uns dabei helfen, unsere Abhängigkeit von internationalen Lieferketten zu verringern.

„Die VÖB-Institute haben eine starke Position am deutschen Bankenmarkt.“

lebung wieder einsetzen, vorausgesetzt die angestoßenen und anstehenden Reformen werden zügig umgesetzt.

### Unabhängig von der aktuellen konjunkturellen Lage, welche Reformfordernisse sehen Sie für Deutschland?

Viele Dinge sind zwar adressiert, aber müssen jetzt konsequent angegangen werden, vor allem die Reform der Altersvorsorge, der Krankenversicherung sowie eine Einkommensteuerreform. Darüber hinaus muss die Bundesregierung vor allem den versprochenen Bürokratieabbau energisch voranbringen. Wir brauchen ein glaubwürdiges Signal, dass sich jenseits von parteipolitischen Partikularinter-

wieder unter Beweis gestellt. Dabei sichern sie die langfristige und stabile Finanzierung von Realwirtschaft, Infrastruktur und Wohnungsbau und stärken den Strukturwandel und damit die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sie sind ein maßgeblicher Finanzierer des deutschen Mittelstands. Jeder dritte Kredit an Unternehmen kommt von einer unserer Banken. Und bei der Finanzierung der öffentlichen Hand sind wir Spitzenreiter: Unser Marktanteil bei der Kreditvergabe an Bund, Länder und Gemeinden liegt bei über zwei Dritteln.

### Sie sind seit Ende vergangenen Jahres VÖB-Präsident. Welche Themen wollen Sie in Ihrer Präsidenschaft vor allem angehen?

### Was gehört für Sie neben der Transformation der Energieinfrastruktur noch zur nachhaltigen Transformation?

Wir sollten auch einen stärkeren Fokus auf den Erhalt intakter Ökosysteme legen. Diese erfüllen grundlegende ökonomische Funktionen: Sie sichern die Wasserqualität, stabilisieren die klimatischen Bedingungen und schützen vor Extremwetterereignissen. Damit tragen sie dazu bei, unsere Produktionsgrundlagen zu sichern, zum Beispiel für land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

### Welche Rolle spielen die öffentlichen Banken bei der nachhaltigen Transformation?

Die öffentlichen Banken sind bei der nachhaltigen Transformation eindeutig Vorreiter. Nur eine Zahl als Beleg: Über 50 Prozent des seit 2019 in Deutschland von Banken ausgegebenen Green-Bond-Volumens stammen von VÖB-Mitgliedsbanken. Die öffentlichen Banken finanzieren aber nicht nur Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte, sondern eine Vielzahl von Investitionen, die auf Transformation und Innovation einzahlen. Und diesen Kurs werden die VÖB-Institute weiterverfolgen.

### Was sind die anderen Themen, die Sie als VÖB-Präsident vorantreiben wollen?

Ein übergeordnetes Thema ist die Stärkung der europäischen Souveränität. Das betrifft die bereits angesprochene stärkere Unabhängigkeit von Energie und Rohstoffen, geht aber darüber hinaus. Die weltpolitischen Entwicklungen der jüngsten Zeit haben gezeigt: Wir müssen als Europäer in der internationalen Sicherheitspolitik zu einer stärkeren

## „Wir müssen als Europäer in der internationalen Sicherheitspolitik zu einer stärkeren Souveränität kommen.“

ren Souveränität kommen. Bei Themen wie der Rüstungsfinanzierung hat bereits ein Umdenken stattgefunden. Das ist meines Erachtens richtig so. Wir brauchen darüber hinaus aber auch eine stärkere digitale und finanzielle Souveränität. Das Thema hat also viele Facetten.

### Sie sprachen von vier Themen. Welche anderen Herausforderungen bewegen Sie noch?

Das ist die Bankenregulierung, die nach wie vor zu komplex und zu bürokratisch ist. Insgesamt sind seit der Finanzmarktkrise 2008 über 6000 neue Vorschriften auf den Weg gebracht worden, die Anforderungen für deutsche Institute begründen. Eine Trendumkehr ist auch für 2026 nicht erkennbar. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Banken

und lähmt sie bei der Wahrnehmung ihrer Kernaufgaben, nämlich der Finanzierung von Wachstum und Investitionen sowie der nachhaltigen Transformation und Erneuerung unserer Infrastruktur.

Um es klar zu sagen: Wir benötigen einen Rückbau von Anforderungen, die über das Ziel hinausschießen, sich überschneiden oder zu detailliert sind. Und bei jedem neuen regulatorischen Vorhaben sollten wir fragen, welche Auswirkungen es auf die Wettbewerbsfähigkeit hat. Denn nur wettbewerbsfähige Banken sind auch stabile Banken.

### Gibt es überzogene regulatorische Vorschriften, die speziell das Fördergeschäft betreffen?

Ja, die gibt es in der Tat. Zum Beispiel führt die Einbeziehung durchgeleiteter Förderkredite bei den Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (MREL) aus unserer Sicht zu einer unsachgerechten Überzeichnung der Bemes-

sungsgrundlage. Förderdarlehen werden für nicht wettbewerbliche Zwecke, auf nicht gewinnorientierter Basis zur Unterstützung von Gemeinwohlzielen der Union oder der Zentralregierung oder einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaats gewährt. Vor diesem Hintergrund wurde die Besonderheit der Förderdarlehen auch auf europäischer Ebene anerkannt und entsprechend in mehreren zentralen EU-Regelwerken zur Bankenregulierung niedergelegt.

Der überwiegende Teil des Förderdarlehengeschäfts in Deutschland erfolgt nach dem Prinzip der Durchleitung. Dieses Prinzip ist den Förderbanken als Regelfall für die Gewährung von Darlehen gesetzlich vorgeschrieben. Wie bereits bei der Leverage Ratio sollten diese Geschäfte daher konsequenterweise ausge-



Thomas Groß

Präsident, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V., Berlin

Der neue VÖB-Präsident skizziert ein anspruchsvolles Programm für Deutschlands wirtschaftliche Erneuerung – und spart nicht mit Kritik an Politik und Regulierung. Zwar sieht er Chancen für eine konjunkturelle Belebung, warnt jedoch vor den Folgen geopolitischer Krisen, hoher Energiepreise und ausbleibender Strukturreformen. Gefordert seien entschlossene Schritte bei Altersvorsorge, Steuern, Krankenversicherung und Bürokratieabbau, um Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Eine Schlüsselrolle weist er den öffentlichen Banken zu: Sie finanzieren Mittelstand, Infrastruktur, Wohnungsbau und Transformation in erheblichem Umfang und seien zugleich Treiber nachhaltiger Investitionen. Schwerpunkte seiner Präsidentschaft sind neben der grünen Transformation die europäische Souveränität, der Abbau regulatorischer Überlastung sowie die Bekämpfung des Wohnungsmangels. Kritisch äußert er sich zudem zur Ausgestaltung des Infrastruktur-Sondervermögens und plädiert für mehr Förderkredite, Bürgschaften und öffentlich-private Partnerschaften. (Red.)

nommen werden, um die Durchleitung von Förderkrediten nicht regulatorisch zu bestrafen. Allein bei den Zentralinstituten im VÖB-Kreis macht das Durchleitungsgeschäft ein Volumen von über 150 Milliarden Euro aus.

### Und was ist das vierte Schwerpunktthema auf Ihrer Agenda als VÖB-Präsident?

Vierter Schwerpunkt ist für mich der Wohnungsmangel. Denn die Beseitigung des Wohnungsmangels und die Sicher-

baus bezahlbaren Wohnraums liegen, insbesondere in den städtischen Räumen. Ohne staatliche Förderung wer-

vestitionen eingesetzt werden. Wenn es zu Verschiebungen von Investitionen aus dem Kernhaushalt in das Sondervermögen kommt und dadurch der Staatskonsum ansteigt, wäre das kontraproduktiv. Wir hätten uns beim Sondervermögen im Übrigen eine stärkere Nutzung der bewährten Förderbanken-Instrumente gewünscht, also Förderkredite und Bürgschaften. Stattdessen wird jetzt häufig auf Zuschüsse gesetzt.

### „Hohe Wohnkosten sind nicht nur ein gesellschaftliches Problem.“

stellung bezahlbaren Wohnens gehören zu den politischen Herausforderungen, die konsequent angegangen werden müssen. Hohe Wohnkosten sind nicht nur ein gesellschaftliches Problem, sie mindern auch die Standortattraktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

den die erforderlichen Investitions- und Finanzierungsvolumina aber nicht gestemmt werden können. Die öffentlichen Banken haben die notwendige Förder- und Finanzierungsexpertise und sind zuverlässige und langfristige Partner auch bei angespannten Marktbedingungen.

#### Was ist an zinsgünstigen Krediten und Bürgschaften denn besser?

Sie sind im Vergleich zu Zuschüssen das effizientere Mittel, weil sie privates Kapital mobilisieren. Angesichts knapper Haushaltsmittel und dringender Infrastrukturaufgaben sind die Förderbanken wichtiger denn je und sollten von der Politik auch genutzt werden.

Was überhaupt nicht hilft, ist weitere staatliche Regulierung. Und Bestrebungen, Wohnungsbaugesellschaften zu enteignen, bewirken eher das Gegenteil. Bereits die Diskussion darüber schreckt Investoren ab, bindet öffentliche Mittel und führt letztlich nicht zu mehr Wohnraum.

**Reden wir noch über eine weitere große gesellschaftliche Herausforderung: Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr ein milliarden schweres Sondervermögen zur Infrastrukturerneuerung auf den Weg gebracht. Wird dieses Paket einen Schub für die Erneuerung unseres Landes bringen?**

Die Investitionserfordernisse bei der Transformation sind so hoch, dass sie allein über den Staat und durch Banken nicht finanziert werden können. Deswegen ist es so wichtig, privates Kapital zu mobilisieren. Vor allem bei der Infrastrukturerneuerung setzen wir zudem auf eine Wiederbelebung von PPPs, also Partnerschaften zwischen privaten Investoren und der öffentlichen Hand.

#### Was ist stattdessen zu tun?

Die Hauptaktivitäten zur Beseitigung des Wohnungsmangels müssen auf der Finanzierung und Förderung des Neu-

Ich hoffe das sehr, denn wir haben hier tatsächlich einen erheblichen Nachholbedarf. Was mir beim Sondervermögen Sorgen macht, sind Hinweise darauf, dass die Mittel nicht immer für zusätzliche In-

# KNOW HOW

## SIE HABEN EINE AUSGABE VERPASST?

### UNSERE ZEITSCHRIFTEN – EXPERTENWISSEN FÜR SIE



Einfach nachbestellen unter [WWW.KREDITWESEN.DE/EINZELHEFT](http://WWW.KREDITWESEN.DE/EINZELHEFT)

Ebenfalls jederzeit online für Sie verfügbar: einzelne Beiträge oder das komplette E-Paper



Postfach 70 03 62 | 60553 Frankfurt am Main | Telefon +49(0)69/970833-25 | Telefax +49(0)69/7078400  
E-Mail [vertrieb@kreditwesen.de](mailto:vertrieb@kreditwesen.de) | Internet [www.kreditwesen.de](http://www.kreditwesen.de)



Stefan B. Wintels

## Investitionen für Deutschlands Zukunft: Die KfW als Partnerin im Wandel

Als die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Jahr 1948 gegründet wurde, war ihr Auftrag so elementar wie dringend: den physischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau eines zerstörten Landes zu finanzieren und die Mittel des Marshallplans in die Realwirtschaft zu lenken. Heute, knapp acht Jahrzehnte später, steht Deutschland – und mit uns ganz Europa – vor Herausforderungen von vergleichbarem historischem Ausmaß. Dekarbonisierung, Digitalisierung, eine fundamentale geopolitische Neuordnung der Weltmärkte und ein tiefgehender demografischer Wandel greifen gleichzeitig ineinander und verlangen Antworten mit einer Geschwindigkeit, die in der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit kein Vorbild hat.

All diese Aufgaben verbindet eine entscheidende Eigenschaft, die uns trotz aller

derstandsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Die Sicherung einer verlässlichen Energieversorgung, der Schutz kritischer Infrastrukturen und die Stärkung unserer Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit gehören heute untrennbar zum Kern eines modernen Förderauftrags. Resilienz ist damit kein nachgeordneter Zusatznutzen der Förderung, sondern ein zentrales Ziel, an dem sich Programme und Strukturen der KfW zunehmend ausrichten.

Die KfW ist die Förderbank des Bundes und der Länder – mit nationalem, europäischem und internationalem Auftrag. Ein Neugeschäftsvolumen von rund 98 Milliarden Euro im Jahr 2025, eine sehr robuste Kapitalausstattung sowie die wiederholte Auszeichnung als eine der sichersten Banken der Welt sind für uns keine Trophäen. Sie dienen der Wirkung

Der überwiegende Teil muss aus privaten Quellen mobilisiert werden. Das verlangt von der KfW, aber auch von der gesamten Kreditwirtschaft, neue Rollen, innovative Finanzierungsstrukturen und neue strategische Partnerschaften.

### Standortwettbewerb und Investitionsdruck

Die Ausgangslage nüchtern und ohne Beschönigung zu analysieren, ist Voraussetzung für die richtigen Schlüsse. Im IMD World Competitiveness Ranking hat sich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands seit 2014 von einem starken 6. Platz auf Platz 19 verschlechtert. Erste strukturelle Anpassungen zeigen Wirkung, doch der Weg zurück in die Spitzengruppe ist noch weit.

Die strukturellen Ursachen sind tiefgreifend: anhaltend hohe und im internationalen Vergleich nicht wettbewerbsfähige Energiepreise, eine Bürokratie, die unternehmerische Flexibilität bremst, Rückstände bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie eine für Investoren häufig fehlende Planungssicherheit. Hinzu kommen neue, dringende Anforderungen an die Resilienz kritischer Infrastrukturen sowie an die Diversifizierung unserer Energieversorgung und Lieferketten.

Dennoch gilt: Die Substanz dieses Landes ist besser als die aktuelle Stimmung. In Gesprächen mit institutionellen Investoren zum Beispiel in London, New York und Hongkong ist regelmäßig eine deutlich positivere Wahrnehmung Deutschlands zu erleben, als wir sie in

### „Es geht um die Widerstandsfähigkeit unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells.“

aktuellen Herausforderungen zuversichtlich stimmen kann: Sie sind strategisch gestaltbar und finanzierbar, wenn privates Kapital und passgenaue Förderstrukturen, ein breiter gesellschaftlicher Konsens sowie politischer Gestaltungswille zielgerichtet zusammenwirken.

### Auftrag in einer neuen Zeit

Zugleich geht es in dieser neuen Zeit nicht mehr nur um Wachstum und Transformation, sondern ebenso um die Wi-

in der Realwirtschaft. Als „Bank aus Verantwortung“ versteht die KfW ihre Aufgaben heute mehr denn je auch als aktiven Gestaltungsauftrag.

Die finanziellen Dimensionen der beschriebenen Neugestaltung sind erheblich: Laut KfW Research werden bis 2045 allein für das Erreichen der Klimaziele in Deutschland rund fünf Billionen Euro an Investitionen benötigt. Die öffentliche Hand kann und sollte diesen Investitionsbedarf weder allein finanzieren noch ordnungspolitisch vollständig tragen.

der heimischen Debatte oft zulassen. Deutschland gilt weiterhin als stabiler, verlässlicher Rechtsstaat und als Technologieführer in unzähligen industriellen Nischen. Das breite internationale Vertrauen in den Qualitätsstandort spiegelt sich auch in den führenden Platzierungen im Anholt-Ipsos Nation Brands Index wider – einem verlässlichen Indikator für das globale Vertrauen in „Made in Germany“.

Der Investitionsbedarf ist konkret und duldet keinen Aufschub: Bis 2030 fehlen

Ertragsgründen an seine Grenzen stößt – ohne ihn zu beschneiden. Es teilt Risiken systematisch auf, schafft Hebelwirkung für das eingesetzte öffentliche Kapital und sichert ein robustes Kreditangebot auch in Krisenzeiten und angesichts des tiefen Strukturwandels.

Die Leistungsdaten für 2025 belegen die Stärke dieses partnerschaftlichen Modells: Die KfW hat rund 137000 kleine und mittlere Unternehmen finanziert – statistisch war damit etwa jeder zehnte neu vergebene mittelständische Kredit

lässliche Konditionen, echte Risikoteilung und planbare Zusammenarbeit auch in einem herausfordernden Zinsumfeld.

### Impulsgeberin für Finanzierungsökosysteme

Die Welt um uns herum verändert sich – und so entwickelt sich auch die KfW weiter, nicht reaktiv, sondern mit klarer strategischer Absicht. Neben der klassischen, standardisierten Kreditvergabe agiert die KfW zunehmend als Initiatorin und Strukturierende komplexer Finanzierungsökosysteme. Es werden Plattformen aufgebaut, in Fonds investiert, passgenaue Garantieinstrumente entwickelt und strategische Co-Investments getätigt.

---

## „Der Deutschlandfonds ist aktive, strategische Marktentwicklung.“

---

allein im Verkehrs- und Energiesektor rund 500 Milliarden Euro, im Digitalbereich weitere 150 Milliarden Euro. Dem steht ein außerordentliches privates Finanzvermögen von rund neun Billionen Euro gegenüber, das überwiegend risikoavers in Sicht- und Spareinlagen geparkt ist. Der entscheidende Hebel der kommenden Dekade liegt darin, dieses Kapital in produktive, zukunftsgerichtete Investitionen zu lenken. Nachhaltigkeit darf dabei nicht länger nur als ökologisches Gebot verstanden, sondern muss Teil einer Wachstumsagenda sein. So lag die Bruttowertschöpfung der Greentech-Branche im Jahr 2023 bei 314 Milliarden Euro. Dies zeigt eindrucksvoll, dass dieser Wandel auch ein kraftvoller Wachstumsmotor sein kann.

### Kontinuität und Verlässlichkeit

Bei aller Notwendigkeit zur Veränderung bleibt das Fundament das Bewährte. Das Hausbanken-Prinzip ist und bleibt das Herzstück des Geschäftsmodells: Die KfW refinanziert sich dank der expliziten Garantie des Bundes zu günstigen Konditionen am Kapitalmarkt und leitet Kredite über Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen an Endkunden weiter. Dieses Modell ergänzt den privaten Markt dort, wo er aus Risiko- oder

ein KfW-Darlehen. Im Gebäudesektor haben wir die Modernisierung und den Bau von rund 752000 Wohneinheiten gefördert, ein Plus von 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rund 35000 Gründerinnen und Gründer erhielten Finanzierung, Förderung und Beratung. Das Neugeschäft in den Segmenten Mittelstand und Gründung stieg um über 75 Prozent auf 23,5 Milliarden Euro. Im Bereich Klimaschutz und Umwelt wurden erneut deutlich mehr Mittel zugesagt als im Vorjahr.

Diese Förderleistung ruht auf einer soliden kommerziellen Basis, und das ist kein Zufall. Mit einem ökonomischen Ergebnis von über zwei Milliarden Euro im Jahr 2025 verfügt die KfW über die Ertragsstärke, die nötig ist, um den Förderauftrag aktiv zu gestalten. Erfolgreich operierende Geschäftsbereiche wie die KfW Capital im Wagniskapitalbereich und die IPEX-Bank im Export- und Projektgeschäft sind dabei keine Nebenaktivitäten, sondern integraler Bestandteil des Modells: Sie erwirtschaften Überschüsse, die gezielt in bessere Förderkonditionen zurückfließen. Rund 421 Millionen Euro hat die KfW 2025 aus eigenen Mitteln eingesetzt, um die Zinsen ihrer Förderangebote zu verbilligen – der höchste Wert seit einem Jahrzehnt. Für die Kreditwirtschaft bedeutet dieses Modell: ver-

Das übergeordnete Ziel: Privates Kapital in einem paneuropäischen Maßstab mobilisieren, wie es bisher nicht gelungen ist. Durch Blended-Finance-Strukturen, asymmetrische Risikoübernahme und First-Loss-Tranchen werden institutionellen Investoren – von Pensionskassen bis zu großen Versicherern – Anlagelassen erschlossen, die sie aufgrund eigener Risiko- oder Regulierungsvorgaben allein nur schwer besetzen könnten. Als neutraler Brückenbauer moderiert die KfW die komplexen Schnittstellen zwischen Bundes- und Landespolitik, Geschäftsbanken, internationalen Investoren, Unternehmen und Kommunen.

Das zentrale und derzeit wirkmächtigste Instrument dieser neuen Phase ist der Deutschlandfonds. Er schafft einen übergreifenden Rahmen für Investitionen in industrielle Transformation, den Mittelstand, die Energiewirtschaft sowie in Start-ups und Scale-ups. Ausgestattet mit einem Garantierahmen des Bundes von rund 30 Milliarden Euro sollen durch das Zusammenspiel mit den KfW-Instrumenten private und öffentliche Investitionen von insgesamt etwa 130 Milliarden Euro angestoßen werden. Das ist keine passive Förderung nach dem Gießkannenprinzip, sondern aktive, strategische Marktentwicklung.

Die KfW agiert dabei konsequent komplementär zur privaten Finanzwirtschaft. Die Maxime lautet: Crowding-in statt Crowding-out. In der intensiven Vorbereitung des Deutschlandfonds standen deshalb tiefgehende Dialoge mit wichtigen Stakeholdern aus Unternehmen, Verbänden, Kommunen und der Finanzwirtschaft im Mittelpunkt. Die Leitfrage dieser Gespräche war stets: Welche systemischen Risiken müssen durch die öffentliche Hand gezielt abgedeckt werden, damit das Rendite-Risiko-Profil für private Investitionen attraktiver wird? Die Antwort liegt in einer klaren Arbeitsteilung: öffentliche Mittel als Katalysator, private Finanzierungen beziehungsweise privates Kapital als langfristiger Haupttreiber der Transformation.

### Energie und Dekarbonisierung: Resilienz und Transformation

Die Energiewende ist das größte infrastrukturelle Investitionsprojekt der deutschen Nachkriegsgeschichte. Das Narrativ hat sich in den vergangenen Jahren jedoch erheblich verschoben: Es geht heute längst nicht mehr allein um den ökologischen Umbau. Es geht ebenso um Versorgungssicherheit und um die Verringerung unserer Abhängigkeit von geopolitisch instabilen Rohstoffmärkten. Transformation und nationale Resilienz müssen deshalb zusammengedacht werden.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Finanzierung des Wasserstoff-Kernnetzes. Mit einem Kreditrahmen von bis zu 24 Milliarden Euro begleitet die KfW den Aufbau einer H<sub>2</sub>-Infrastruktur, die das logistische Rückgrat der künftigen deutschen und europäischen Industrie bilden soll. Das geplante Netz von über 9000 Kilometern ermöglicht energieintensiven Schlüsselbranchen wie Stahl, Zement und Chemie den Umstieg auf grünen Wasserstoff und schafft gleichzeitig Flexibilität für Bezüge aus verschiedenen europäischen und internationalen Quellen. Das ist Transformation und geopolitische Resilienz in einem einzigen Großprojekt.

Ergänzend wird gezielt die tiefe Geothermie gefördert. Sie ist grundlastfähig, krisensicher und heimisch – ihr Potenzial für die deutsche Wärmeversorgung wird noch immer unterschätzt. Durch gezielte Risikoübernahme bei den kapitalintensiven und mit Fündigkeitsrisiken behafteten Bohrungen wird hier aktiv ein Markt von erheblicher strategischer Bedeutung für die nationale Wärmeversorgung entwickelt. In beiden Fällen – Wasserstoff wie Geothermie – werden nicht nur technische Anlagen finanziert. Es wird in die Unabhängigkeit und Zukunftsfähigkeit Deutschlands investiert.

### Digitalisierung: Infrastruktur und Resilienz

Flächendeckende Digitalisierung ist keine Option mehr, sondern Grundbedingung für den Erhalt globaler Wettbewerbsfähigkeit. Die KfW unterstützt diesen Prozess breit: vom Ausbau der Breitbandnetze bis zu Smart-City-Anwendungen in urbanen Zentren. Projekte wie die umfassende Vernetzung in Gelsenkirchen im Rahmen des Programms „IKK – Digitale Kommunen“ zeigen, wie öffentliche Schulen, Verkehrssteuerung und alltägliche Bürgerdienste von intelligenten Netzwerken profitieren können, wenn die Finanzierung steht.

Im Mittelstand helfen Instrumente wie der ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit bei der Umstellung auf moderne, oft KI-gestützte Produktions- und Verwaltungssysteme. Diese Investitionen zahlen sich in Effizienzgewinnen und Energieeinsparungen unmittelbar aus. Gleichzeitig gilt: Je digitaler unser Land wird, desto größer seine Angriffsfläche. Deshalb wird die Resilienz digitaler Infrastrukturen durch Finanzierungen in IT-Sicherheit und digitale Souveränität gestärkt.

Und die KfW wendet den Blick auch auf die eigene Branche: Mit ersten Investments in Anleihen auf Basis von DLT (Distributed Ledger Technology) und Emissionen unter Nutzung von digitalem Zentralbankgeld treibt sie die technolo-



Stefan B. Wintels



Vorstandsvorsitzender, KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

Von der Förderbank zur Gestalterin von Finanzierungsökosystemen: Die KfW definiert ihre Rolle in einer Zeit tiefgreifender wirtschaftlicher und geopolitischer Umbrüche neu. Neben der klassischen Förderung über das bewährte Hausbankenprinzip rücken die Mobilisierung privaten Kapitals, die Strukturierung innovativer Finanzierungsmodelle und die Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz zunehmend in den Mittelpunkt. Im Beitrag erläutert der Vorstandsvorsitzende der KfW, wie die Förderbank den Wandel hin zu einer klimaneutralen, digitalen und widerstandsfähigen Volkswirtschaft begleiten will – und warum die enge Partnerschaft mit der Kreditwirtschaft dabei wichtiger ist denn je. (Red.)

gische Modernisierung der europäischen Kapitalmärkte aktiv voran.

### Innovations- und Wagniskapital – ein Ökosystem

Deutschland investiert im Verhältnis zum BIP noch immer deutlich zu wenig in Venture Capital – laut KfW Research rund 0,25 Prozent gegenüber 0,85 Prozent in den USA. Viele brillante Ideen entstehen hier, wandern aber zur Skalierung ab. KfW Capital und der Zukunftsfonds haben in den vergangenen Jahren erhebliche Strukturarbeit geleistet: Beteiligungen an über 150 VC-Fonds in Eu-

ropa, mittelbare Finanzierung von mehr als 2900 Start-ups und Ankerinvestments mit messbarer Hebelwirkung auf private Folgeinvestitionen. Mit der WIN-Initiative und den Bausteinen des Deutschlandfonds – darunter Scale-up Direct sowie

rechts zum Schutz des Binnenmarkts sowie die Wahrung einer finanziellen Solidität, die nicht verhandelbar ist.

Zugleich rückt stringente Wirkungsmessung ins Zentrum. Eine Förderbank will

– die systematische Verankerung von Resilienz als Querschnittsziel aller strategischen Entscheidungen.

Die KfW ist und bleibt Förderbank – dieser Kernauftrag bleibt der unverrückbare Bezugspunkt. Zugleich wächst sie immer stärker in die Rolle einer zentralen Gestalterin und Partnerin, die Märkte baut, private Investitionen mobilisiert und Risiken teilt. Damit trägt sie nicht nur zu Wachstum und Klimaschutz bei, sondern stärkt ausdrücklich auch die Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft: in der Energieversorgung, in der digitalen und physischen Infrastruktur sowie im Umfeld von Sicherheit und Verteidigung.

Die Leitfragen des Handelns bleiben dabei konstant: Schaffen wir messbare Wirkung? Ist das Modell skalierbar? Und fördern wir echte Kooperation?

An die Kreditwirtschaft richte ich die ausdrückliche Einladung, diese Entwicklung aktiv mitzugestalten – als geschätzte Partner in der Durchleitung, als Ko-Investoren in neuen Fondsstrukturen und als unverzichtbare Katalysa-

---

### „Eine Förderbank will und muss wissen, was jeder eingesetzte Euro bewirkt.“

---

FOAK-Programme (First-of-a-Kind) für hochrisikoreiche, neuartige Technologien – werden nun Finanzierungslücken geschlossen, die bei kapitalintensiven Wachstumsfinanzierungen im späten Stadium bisher offengeblieben sind.

Die geopolitische Zeitenwende hat auch die Einschätzung tradierter Sektorgrenzen verändert. Im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hat die KfW ihren Handlungsspielraum bewusst und transparent erweitert – über den klassischen Dual-Use-Bereich hinaus, unter striktem Ausschluss kontroverser Waffen und geächteter Rüstungsgüter.

Die Beteiligung an Unternehmen wie Quantum Systems ist dabei kein Widerspruch zu den Werten, sondern deren konsequente Anwendung: In einer unsicherer gewordenen Welt ist die Stärkung europäischer Wehrhaftigkeit eine notwendige Konsequenz unseres demokratischen Wertekanons.

Insgesamt geht es im Innovations- und Wagniskapitalgeschäft damit nicht nur um technologische Spitzenleistungen, sondern ebenso um die Fähigkeit Europas, sich gegen neue sicherheitspolitische Risiken zu behaupten.

### Verantwortung als Fundament

Je größer die Rollenvielfalt einer Institution wie der KfW wird, desto klarer und verlässlicher müssen ihre internen Prinzipien und Kontrollmechanismen sein. Das bedeutet in der Praxis: strikte Trennung von Förder- und Wettbewerbsbereichen, konsequente Einhaltung des EU-Beihilfe-

und muss wissen, was jeder eingesetzte Euro bewirkt. Mit den „KfW-Wirkungseinblicken“ werden ökonomische und ökologische Effekte transparent gemacht: 822.000 Arbeitsplätze wurden 2024 durch KfW-Finanzierungen gesichert oder geschaffen, 5,68 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart. Nachhaltige Förderung ist damit messbar – und in der Folge auch steuerbar.

Mit Blick auf die Kreditwirtschaft gilt dabei: Die vertrauensvolle Partnerschaft mit den Hausbanken bleibt das unumstößliche Herzstück des Geschäftsmodells. Sie bedeutet für die Partner konkrete Risikoteilung, die Eigenkapital schont, bessere

Konditionen für den Endkunden und verlässliche Planungssicherheit – gerade in einem strukturell herausfordernden Umfeld.

### Ausblick: Gemeinsam Deutschlands Zukunft finanzieren

Die KfW der kommenden Jahre wird durch drei Elemente geprägt sein:

- Kontinuität und Verlässlichkeit in der bewährten klassischen Förderung über die Hausbanken,
- die gezielte Weiterentwicklung des Ökosystems für Wachstums- und Innovationskapital sowie die Hebelung von privatem Kapital,

---

### „Die vertrauensvolle Partnerschaft mit den Hausbanken bleibt das unumstößliche Herzstück des Geschäftsmodells.“

---

toren des Wandels vor Ort in den Unternehmen. Ich bin, trotz aller konjunkturellen Schwächen der gegenwärtigen Phase, ein überzeugter Optimist für Deutschlands Zukunft. Der Grund ist einfach: Ich sehe täglich die Substanz dieses Landes – eine exzellente Forschungslandschaft, einen Mittelstand mit ungebrochenem Gestaltungswillen und das weltweite Vertrauen in die Verlässlichkeit und Qualität von „Made in Germany“.

Diesem Wohlstandsversprechen fühlt sich die KfW als Bank aus Verantwortung zutiefst verpflichtet. Die Zukunft gehört am Ende immer denen, die den Mut haben, sie heute gemeinsam zu gestalten und zu finanzieren.

# NUTZEN SIE NOCH HEUTE DEN VOLLEN UMFANG IHRES ABONNEMENTS!

EXKLUSIV  
FÜR SIE

KOSTENLOS

Aktivieren Sie Ihren **Online-Zugang**\* ganz einfach unter  
**[www.kreditwesen.de/anmeldung](http://www.kreditwesen.de/anmeldung)**

\* Für die Aktivierung des Online-Zugangs benötigen Sie Ihre Abonnementnummer.  
Sollten Sie diese nicht vorliegen haben, so zögern Sie nicht, uns direkt zu kontaktieren.

**069 970833-25 oder [vertrieb@kreditwesen.de](mailto:vertrieb@kreditwesen.de)**

## Redaktionsgespräch mit Iris Bethge-Krauß

# „Gegen Wohnungsnot hilft nur bauen, bauen, bauen!“

**Frau Bethge-Krauß, die Diskussion um die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände in Berlin gewinnt im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl erneut an Dynamik. Warum beschäftigt dieses Thema die Bankenbranche so intensiv?**

Weil die Auswirkungen weit über den Berliner Wohnungsmarkt hinausreichen. Es geht nicht nur um wohnungspolitische Fragen, sondern um Grundsatzthemen wie Eigentumsschutz, Investitionssicherheit und die Funktionsfähigkeit der Immobilienfinanzierung. Sollte ein Vergesellschaftungsgesetz auf Basis der Vorschläge der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ umgesetzt werden, hätte das erhebliche Konsequenzen für Eigentümer, Investoren, Kreditgeber und letztlich für den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland. Aus Sicht der Banken steht ein möglicher Paradigmenwechsel im Umgang mit privatem Eigentum zur Debatte.

**Die Befürworter argumentieren, dass die Vergesellschaftung ein Mittel gegen die Wohnungsnot sei. Teilen Sie diese Einschätzung?**

Nein. Das Gegenteil ist der Fall. Gegen Wohnungsnot hilft nur bauen, bauen, bauen. Die Vergesellschaftung schafft keine einzige zusätzliche Wohnung. Es führt nur dazu, dass Mieter von 220000 Wohnungen, die jetzt im Durchschnitt 7,94 Euro Miete pro Quadratmeter bezahlen, künftig noch günstiger, nämlich für 4,04 Euro pro Quadratmeter, wohnen könnten. Das zentrale Problem in vielen Ballungsräumen ist aber ein Mangel an Wohnraum. Dieses Problem lässt sich nur durch mehr Neubau und zusätzliche Investitionen lösen.

Die Überführung bestehender Wohnungsbestände in öffentliches Eigentum verändert zwar die Eigentümerstruktur, erhöht aber das Wohnungsangebot nicht. Im Gegenteil: Die Debatte selbst führt bereits heute zu einer spürbaren Zurückhaltung bei Investitionen und Finanzierungen.

**Welche konkreten Regelungen des vorliegenden Gesetzentwurfs bereiten Ihnen besondere Sorgen?**

Der Entwurf sieht die Vergesellschaftung von rund 220000 Wohnungen großer Bestandhalter vor. Betroffen wären Unternehmen mit mehr als 3000 Wohnungen; sämtliche Bestände oberhalb dieser Schwelle würden in eine neu zu gründende Anstalt öffentlichen Rechts überführt. Besonders kritisch sehen wir mehrere Aspekte. Die vorgesehene Entschädigung läge lediglich bei 40 bis 60 Prozent des Verkehrswertes. Zudem soll die Entschädigung nicht in bar, sondern über eine 100-jährige Schuldverschreibung erfolgen. Höchst problematisch ist aus Sicht der Finanzierer die vorgesehene Löschung bestehender Grundpfandrechte. Damit würde ein fundamentales Prinzip der besicherten Immobilienfinanzierung infrage gestellt.

**Warum sind Grundpfandrechte für Banken so zentral?**

Sie bilden die Grundlage der Immobilienfinanzierung. Banken vergeben Kredite auf Basis werthaltiger Sicherheiten. Wird eine Immobilie beliehen, dient das Grundpfandrecht als Sicherheit, solange der Kredit nicht zurückgezahlt ist. Die Bank hätte ein dingliches Verwertungsrecht an der Immobilie. Wenn diese Sicherheiten nach-

träglich entfallen oder ihre Werthaltigkeit grundlegend infrage gestellt wird, betrifft das nicht nur einzelne Finanzierungen, sondern das gesamte System der besicherten Kreditvergabe. Dies hätte Auswirkungen auf Risikobewertungen, Eigenkapitalanforderungen und die Refinanzierungsmöglichkeiten der Institute.

**Welche Risiken ergeben sich daraus konkret für die Banken?**

Nach Einschätzung von Experten besteht ein erhebliches Finanzierungsengagement gegenüber der Berliner Wohnungswirtschaft. Ein relevanter Teil dieses Engagements wäre unmittelbar betroffen. Zwar liegen die Beleihungsausläufe vielfach in moderaten Bereichen, dennoch würden wesentliche Kreditvereinbarungen und Covenants verletzt. Es sind unter anderem Rating-Verschlechterungen, höhere Eigenkapitalanforderungen, Wertberichtigungen sowie erhebliche Unsicherheiten bei der Besicherung der Kredite zu erwarten.

**Welche Folgen hätte das für die Kreditversorgung?**

Die Auswirkungen würden sich keineswegs auf die unmittelbar betroffenen Unternehmen beschränken. Banken müssten Risiken neu bewerten und höhere Risikoprämien kalkulieren. Das würde die Finanzierungskosten erhöhen und die Kreditvergabe insgesamt beeinflussen. Bereits heute berichten Institute von einer deutlich größeren Zurückhaltung bei Neufinanzierungen.

**Neben den finanziellen Folgen wird häufig auf die Signalwirkung für den Investitionsstandort**



### Deutschland verwiesen. Ist das nicht übertrieben?

Wir müssen das große Ganze im Blick haben. Deutschland profitiert seit Jahrzehnten von einem hohen Maß an Rechts- und Planungssicherheit. Nationale und internationale Investoren treffen langfristige Entscheidungen auf dieser Grundlage. Wenn der Eindruck entsteht, dass Eigentumsrechte politisch neu verhandelbar sind, führt das zwangsläufig zu höheren Risikoprämien und geringeren Investitionen. Das betrifft nicht nur Wohnimmobilien, sondern potenziell auch andere Bereiche wie Infrastruktur oder Daseinsvorsorge.

### Könnte Berlin damit einen Präzedenzfall schaffen?

Genau, die Tragweite wäre enorm. Ein erfolgreiches Vergesellschaftungsmodell in Berlin könnte auch in anderen Bundesländern Nachahmer finden. Entsprechende politische Initiativen existieren bereits. Die Folgen wären deshalb keineswegs regional begrenzt, sondern könnten bundesweite Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen und Finanzierungsbedingungen haben.

### Wie bewerten Sie die rechtliche Situation?

Die Rechtslage ist komplex. Es bestehen erhebliche Zweifel hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen und der Vereinbarkeit einzelner Regelungen mit verfassungsrechtlichen Vorgaben. Kritiker verweisen unter anderem auf Fragen der Verhältnismäßigkeit und der angemessenen Entschädigung. Selbst wenn Gerichte später zu dem Ergebnis kämen, dass einzelne Regelungen rechtswidrig sind, bliebe das Problem bestehen, dass die wirtschaftlichen Schäden bereits vorher eintreten könnten. Rechtliche Verfahren würden sich voraussichtlich über mehrere Jahre erstrecken.

### Der VÖB vertritt neben Geschäftsbanken auch die Förderbanken des Bundes und der Länder. Welche Rolle spielen diese Institute bei der Bewältigung der Wohnungsmarktpl Probleme?

Förderbanken leisten bereits heute einen sehr wichtigen Beitrag zur Schaffung und Modernisierung von Wohnraum. Sie unterstützen insbesondere Investitionen in den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau, in energetische Sanierungen, in den altersgerechten Umbau sowie in die Stadtentwicklung. Gerade in einem schwierigen Marktumfeld helfen Förderprogramme dabei, Projekte wirtschaftlich darstellbar zu machen und private Investitionen zu mobilisieren. Aus unserer Sicht liegt der Schlüssel zur Entspannung des Wohnungsmarktes nicht in der Umverteilung bestehender Bestände, sondern in zusätzlichen Investitionen und einem höheren Neubauvolumen.

### Welche Förderinstrumente halten Sie aktuell für besonders wirksam, um den Wohnungsbau wieder anzukurbeln?

Grundsätzlich besteht die Stärke der Förderbanken darin, öffentliche Förderung mit privaten Investitionen zu verbinden und dadurch Investitionen in den Wohnungsbau anzureizen. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang zinsverbilligte Darlehen, Bürgschaften, Haftungsfreistellungen und Zuschussprogramme für den sozialen und klimafreundlichen Wohnungsbau. Auf diese Weise werden Investitionen gefördert, die unter reinen Marktbedingungen häufig nicht zustande kämen. Gerade vor dem Hintergrund hoher Baukosten und gestiegener Zinsen kommt diesen Instrumenten eine besondere Bedeutung zu.

### Was erwarten die öffentlichen Banken von der Politik im Umgang mit den Herausforderungen am Wohnungsmarkt?

Wir brauchen vor allem verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Investitionen in den Wohnungsbau. Die öffentliche Hand und die öffentlichen Banken verfolgen letztlich dasselbe Ziel: mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür müssen wir alle verfügbaren Instrumente nutzen – von schnelleren Genehmigungsverfahren über gezielte Förderprogramme bis hin zu einer Stärkung privater Investitionen. Eigentums- und Rechtssicher-



Iris Bethge-Krauß



Hauptgeschäftsführerin und geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e. V., Berlin

Im Redaktionsgespräch mit Iris Bethge-Krauß geht es vor allem um die Folgen für Banken und Investoren der geplanten Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände in Berlin sowie die Rolle der Förderbanken bei der Schaffung von Wohnraum. Bethge-Krauß warnt vor den Auswirkungen, die nicht nur Berlin und nicht nur den Wohnungsmarkt betreffen dürften. Risikoauflage und Investitionszurückhaltung internationaler Investitionen könnten die gesamte Wirtschaft und das auch bundesweit treffen. Von der Politik fordert sie verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Investitionen in den Wohnungsbau. (Red.)

heit sind dabei eine unverzichtbare Voraussetzung.

### Was sollte aus Ihrer Sicht nun politisch geschehen?

Entscheidend ist, den Fokus wieder auf die eigentliche Herausforderung zu richten: die zügige Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Politische Maßnahmen sollten daran gemessen werden, ob sie Investitionen erleichtern und das Wohnungsangebot erweitern.

Aus Sicht vieler Marktteilnehmer wäre es sinnvoll, rechtliche Klarheit auf Bundesebene zu schaffen und damit Unsicherheiten zu reduzieren.

Erk Westermann-Lammers

## Förderbanken für bezahlbares Wohnen unverzichtbar

Es zählt zu den zentralen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. In vielen Metropolregionen und zunehmend auch in mittelgroßen Städten übersteigt die Nachfrage das Angebot deutlich. Steigende Baukosten, hohe regulatorische Anforderungen und begrenzte Flächen verschärfen die Situation. Die Wohnraumfrage entwickelt sich über soziale Aspekte hinaus immer stärker zu einem wesentlichen Standort- und Wettbewerbsfaktor.

Fehlt ausreichend bezahlbarer Wohnraum, beeinträchtigt dies die Mobilität von Arbeitskräften, verfestigt regionale Ungleichgewichte und belastet die wirtschaftliche Dynamik. Eine kurzfristige Entspannung ist nicht zu erwarten, da auch die Wohnungswirtschaft vor erheblichen Transformationsanforderungen steht: Klimaziele, energetische Sanierun-

teuren von Ländern, Bund und Europäischer Union. Insbesondere regionale Förderbanken übernehmen dabei eine wesentliche Rolle.

### Föderale Verantwortung und differenzierte Förderpraxis

In Deutschland ist die Zuständigkeit für die soziale Wohnraumförderung seit der Föderalismusreform 2006 klar bei den Bundesländern verankert. Die Länder gestalten ihre Förderprogramme eigenständig, setzen regionale Schwerpunkte und reagieren auf spezifische Marktbedingungen vor Ort. Diese dezentrale Struktur hat sich bewährt, weil sie passgenaue Lösungen ermöglicht.

Die Förderpraxis zeigt dabei ein klares Bild: Wohnraumförderung wird nicht über ein einzelnes Instrument getragen,

nungsbau und verwandte Programme stellt die Bundesregierung den Ländern bis 2029 insgesamt 23,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon entfallen auf das Jahr 2025 rund 3,5 Milliarden Euro, auf 2026 vier Milliarden Euro, auf 2027 fünf Milliarden Euro sowie jeweils 5,5 Milliarden Euro auf die Jahre 2028 und 2029.

Die Bundesmittel bilden einen wesentlichen Bestandteil der Gesamtarchitektur der Wohnraumförderung. Sie stabilisieren Investitionen und setzen zusätzliche Impulse in einem Marktumfeld, das von steigenden Kosten und hoher Unsicherheit geprägt ist.

### Europäischer Vorstoß: Impulse für mehr Tempo und Effizienz

Ergänzend zur regionalen und nationalen Ebene gewinnt die europäische Perspektive an Bedeutung. Mit weiteren Initiativen wie dem „Affordable Housing Act“, der EU-weiten Investitionsplattform für bezahlbares und nachhaltiges Wohnen und dem „Housing Simplification Package“ positioniert sich die Europäische Union stärker als bislang in diesem Politikfeld.

Die grundsätzliche Rollenverteilung bleibt dabei klar: Wohnungspolitik bleibt primär Aufgabe der Mitgliedsstaaten – und in Deutschland der Bundesländer. Die Maßnahmen der Europäischen Union zielen darauf, über verschiedene Wege zusätzliche Investitionsanreize zu setzen.

Ein zentraler Ansatzpunkt ist dabei der geplante Bürokratieabbau. Die Europäi-

---

„Der Bund unterstützt die Länder bei der Wohnraumförderung weiterhin mit Finanzmitteln.“

---

gen und nachhaltiges Bauen erfordern zusätzliche Investitionen in Milliardenhöhe.

Vor diesem Hintergrund rückt eine leistungsfähige Wohnraumförderung immer stärker in den Fokus. Sie übernimmt eine doppelte Funktion. Einerseits soll sie Wohnraum schaffen und sichern, andererseits Investitionen ermöglichen und Transformationsprozesse unterstützen. Das Fördersystem basiert auf dem Zusammenwirken von verschiedenen Ak-

teuren über eine abgestufte Förderarchitektur aus Darlehen, Zuschüssen sowie ergänzenden Bürgschaften und Haftungsfreistellungen. Im Kern bleibt die Wohnraumförderung in Deutschland jedoch darlehensbasiert. Zuschüsse spielen ebenfalls eine wichtige Rolle, fallen volumenmäßig jedoch deutlich geringer aus.

Der Bund unterstützt die Länder bei der Wohnraumförderung weiterhin mit Finanzmitteln. Für den sozialen Woh-

sche Kommission überprüft derzeit zahlreiche bestehende Regelwerke – von Umwelt- und Naturschutzvorgaben über Bau- und Energiestandards bis hin zu Vergabe- und Finanzierungsregeln. Es gilt, Hemmnisse zu identifizieren, die Bauprojekte unnötig verzögern oder verteuern, ohne die klima- und umweltpolitischen Ziele infrage zu stellen.

### Koordination und Transparenz

Die daraus abgeleiteten Maßnahmen sollen schrittweise umgesetzt werden. Im Fokus stehen beschleunigte Genehmigungsverfahren, mehr Digitalisierung und klarere regulatorische Vorgaben. Gerade im Wohnungsbau könnten schnellere Verfahren erhebliche Effizienzgewinne ermöglichen.

Darüber hinaus setzt die Europäische Union verstärkt auf Koordination und Transparenz. Die geplante europäische

Regionale und nationale Förderbanken bilden das Rückgrat der Wohnraumförderung in Deutschland. Sie verbinden öffentliche Förderziele mit bankfachlicher Kompetenz, stellen langfristige Finanzierungen bereit und wirken stabilisierend in einem angespannten Marktumfeld.

Die Darlehensbewilligungen der Förderbanken im Bereich Wohnungs- und Städtebau summierten sich im Jahr 2025 auf rund 28,4 Milliarden Euro. Hinzu kamen Zuschüsse in Höhe von rund 8,1 Milliarden Euro sowie Bürgschaften und Haftungsfreistellungen von rund 54,6 Millionen Euro. Die Wohnraumförderung hat sich damit auf einem hohen Niveau stabilisiert.

Förderbanken übernehmen dabei weit mehr als eine reine Finanzierungsfunktion. Sie bündeln Landes-, Bundes- und EU-Mittel, strukturieren komplexe Förderprogramme und übersetzen politische Zielsetzungen in konkrete Finanzierungs-

---

## „Wohnraumschaffung ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität.“

---

Investitionsplattform soll öffentliche und private Finanzierungsquellen künftig besser bündeln und sichtbar machen. Für Projektträger könnte dies den Zugang zu Fördermöglichkeiten deutlich vereinfachen.

Gleichzeitig eröffnet sich für nationale und regionale Akteure die Möglichkeit, ihre Programme stärker in europäische Finanzierungsstrukturen einzubetten.

### Förderbanken als Bindeglied zwischen Politik und Markt

Klar bleibt: Die finanzielle Verantwortung für den Wohnungsbau wird weiterhin auf nationaler Ebene liegen. Zusätzliche europäische Mittel sind ausdrücklich willkommen, können zusätzlich Kapital hebeln und wichtige Impulse setzen, sie ersetzen jedoch keine tragfähige nationale Förderarchitektur.

angebote. Gerade in einem zunehmend regulatorisch anspruchsvollen Umfeld schaffen sie Planungssicherheit für Investoren, Kommunen und Wohnungsunternehmen.

### Europäische Impulse und starke regionale Förderstrukturen

Der Kurs der Europäischen Union beim Thema bezahlbares Wohnen macht deutlich: Wohnraumschaffung ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität, Fachkräftesicherung und gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem europäischen Binnenmarkt.

Damit die angestoßenen Initiativen erfolgreich greifen, braucht es ein eng abgestimmtes Zusammenspiel aller Ebenen – regional, national und europäisch. Entscheidend bleibt eine leistungsfähige Förderarchitektur vor Ort.



Erk Westermann-Lammers



Stellvertretender Präsident, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V., Berlin

Bezahlbarer Wohnraum entwickelt sich zunehmend zu einem wirtschaftlichen Standortfaktor – mit Folgen für Fachkräftemobilität, Investitionen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erk Westermann-Lammers versucht aufzuzeigen, warum die Wohnraumförderung angesichts steigender Baukosten, hoher regulatorischer Anforderungen und milliardenschwerer Transformationsaufgaben an Bedeutung gewinnt. Im Mittelpunkt stehe das Zusammenspiel von Bund, Ländern, EU und Förderbanken innerhalb einer mehrstufigen Förderarchitektur aus Darlehen, Zuschüssen und Bürgschaften. Zugleich wird analysiert, wie europäische Initiativen wie der „Affordable Housing Act“ oder das „Housing Simplification Package“ Genehmigungsprozesse beschleunigen und Investitionen erleichtern sollen. Der Autor zeigt auf, weshalb Förderbanken weit mehr als reine Finanzierer sind: Sie bündeln öffentliche Mittel, übersetzen politische Ziele in marktfähige Programme und schaffen Stabilität in einem zunehmend komplexen regulatorischen Umfeld. (Red.)

Förderbanken verfügen über die notwendige Kompetenz in Finanzierungsfragen, die regionale Verankerung und die institutionelle Stabilität, um politische Zielsetzungen in konkrete Investitionen zu übersetzen. Das macht sie zu Schlüsselakteurinnen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum wie auch für die nachhaltige Transformation des Gebäudesektors.

Markus Ferber

## Europa kann einen deutlichen Unterschied in der Wohnraumkrise machen

Bezahlbares Wohnen ist zur sozialen Frage dieser Zeit geworden. In ganz Europa spüren Menschen tagtäglich, dass Mieten steigen, Eigentum unerschwinglich wird und selbst Normalverdienende kaum noch passende Wohnungen finden. Die politische Debatte ist deshalb hitzig und oft emotional. Doch bei aller Aufgeregtheit dürfen wir den Kern des Problems nicht aus den Augen verlieren: Es wird schlicht zu wenig gebaut. Solange das Angebot nicht wächst, werden viele gut gemeinte Maßnahmen an den Symptomen ansetzen, nicht jedoch an der Ursache.

### Europa als Möglichmacher

Wohnungsbau ist keine klassische Zuständigkeit der Europäischen Union. Die Ver-

antwortung liegt bei den Mitgliedsstaaten, Regionen und Gemeinden. Dennoch kann Europa einen echten Unterschied machen, wenn es zum Möglichmacher wird. Überall dort, wo Regeln der Europäischen Union Bauvorhaben unnötig verlangsamen oder verteuern, wo Investitionen gebremst werden oder Fachkräfte durch Bürokratie aufgehalten sind, hat die Europäische Union reale Hebel in der Hand.

### EU-Plan für bezahlbares Wohnen

Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission ihren Plan für erschwinglichen Wohnraum vorgestellt. Als Mitglied im Sonderausschuss Wohnen des Europäischen Parlaments begrüßt der Autor ausdrücklich, dass

günstiger und mit mehr privatem Kapital gebaut wird. In der politischen Debatte droht jedoch häufig ein falscher Fokus. Wer die Wohnungsfrage allein über Zuschüsse und Umverteilung diskutiert, greift zu kurz. Subventionen ohne zusätzliches Angebot treiben am Ende nur die Preise weiter nach oben. Die einzige nachhaltige Antwort auf steigende Mieten und Kaufpreise ist mehr Wohnraum.

freut mich sehr, dass das Europäische Parlament diesen Bericht am 10. März 2026 angenommen hat.

Es ist ein wichtiges Signal, dass es seit Dezember 2024 im Europäischen Parlament erstmals den Sonderausschuss HOUS zur europäischen Wohnraumkrise gibt. Allein seine Einrichtung zeigt: Bezahlbares Wohnen wird nicht länger als Randthema behandelt. Das Ziel ist klar: Es sollen konkrete Lösungen für menschenwürdiges, nachhaltiges und bezahlbares Wohnen erarbeitet werden.

Mit Dan Jørgensen gibt es in der EU-Kommission erstmals einen explizit zuständigen Kommissar für Wohnen. Doch trotz fehlender gesetzgeberischer Zuständigkeit der Europäischen Union in einigen Bereichen liegt hierin eine Chance: Die Aufgabe des Ausschusses ist es nicht, neue Kompetenzen an sich zu ziehen, sondern zu koordinieren, wo europäische Rahmenbedingungen verbessert werden können und wo bestehende Regelungen den Wohnungsbau unnötig behindern.

### Herausforderungen in der gesamten Europäischen Union

Die Ursachen der Wohnraumkrise sind seit Langem bekannt: zu geringe Bautätigkeit, langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren, steigende Bau- und Finanzierungskosten, Fachkräftemangel und eine hohe steuerliche Belastung. Diese Faktoren wirken zusammen und verstärken sich gegenseitig. Hinzu kommt zunehmend das Baulandmanagement als echter Engpass.

---

„Wohnungsbau ist keine klassische Zuständigkeit der Europäischen Union.“

---

antwortung liegt bei den Mitgliedsstaaten, Regionen und Gemeinden. Dennoch kann Europa einen echten Unterschied machen, wenn es zum Möglichmacher wird. Überall dort, wo Regeln der Europäischen Union Bauvorhaben unnötig verlangsamen oder verteuern, wo Investitionen gebremst werden oder Fachkräfte durch Bürokratie aufgehalten sind, hat die Europäische Union reale Hebel in der Hand.

Europa kann das Haus zwar nicht selbst bauen, aber Europa kann die Rahmenbedingungen so setzen, dass schneller,

dieses Thema endlich auch auf europäischer Ebene mit Nachdruck angegangen wird.

Entscheidend ist jedoch, ob dieser Plan mehr ist als eine Sammlung guter Absichten und ob er tatsächlich dazu beiträgt, das Wohnungsangebot spürbar zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang hat der Sonderausschuss HOUS in den vergangenen Monaten an einem Bericht gearbeitet, der in die entsprechenden Überlegungen der Kommission einfließen soll. Es



Auch zahlreiche europäische Regelwerke verfolgen für sich genommen legitime Ziele. Richtlinien zum Natur- und Umweltschutz, Umweltverträglichkeitsprüfungen oder Vorgaben zur Energieeffizienz von Gebäuden sollen Klima und Umwelt schützen. In der Summe führen sie jedoch häufig zu langwierigen, widersprüchlichen und kaum planbaren Verfahren. Für Investoren, Kommunen und Bauherren entsteht eine Unsicherheit, die Projekte verzögert oder verhindert.

Ein weiterer Engpass ist der Fachkräftemangel. Ohne Menschen auf der Baustelle wird kein Plan, kein Förderprogramm und keine Strategie eine einzige Wohnung fertigstellen. Ausbildung, Umschulung und die bessere Mobilität von Fachkräften müssen deshalb stärker in den Fokus rücken. Europa kann hier un-

dingungen der Finanzierung spielen eine entscheidende Rolle. Der Zugang zu Hypothekarkrediten ist für viele Haushalte die Voraussetzung, um Wohneigentum zu erwerben oder in Wohnraum zu investieren. Höhere Zinsen und strengere Bankenregeln haben diese Finanzierung zuletzt erschwert.

Die internationalen Basel-Regeln sollen das Finanzsystem stabiler machen, indem Banken mehr Eigenkapital für Risiken vorhalten müssen. Dieses Ziel ist auch richtig und notwendig. Dennoch muss genau geprüft werden, ob die Regulierung überall angemessen austariert ist.

Strengere Bankenregeln führen dazu, dass Kreditinstitute mehr Eigenkapital für Immobilienkredite hinterlegen müssen. Dadurch wird die Finanzierung für

---

### „Ein zentrales Problem bleiben die viel zu langen Planungs- und Genehmigungsverfahren.“

---

terstützen, indem Qualifikationen leichter anerkannt und Verfahren konsequent digitalisiert werden.

#### Verfahren beschleunigen

Ein zentrales Problem bleiben die viel zu langen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wenn Projekte zehn Jahre brauchen, bis gebaut werden kann, ist das kein Marktversagen, sondern Behördenversagen.

Es braucht Verfahren, die digital, standardisiert und verbindlich befristet sind. Tempo vom Antrag bis zum fertigen Bau ist keine Option, sondern vielmehr eine Voraussetzung für bezahlbaren Wohnraum.

#### Finanzierung als Schlüssel

Doch die Ursachen für mangelnden Wohnraum liegen nicht allein im Wohnungsmarkt selbst. Auch die Rahmenbe-

Banken teurer und die Vergabe von Krediten schwieriger.

Gerade in einer Phase, in der Europa eigentlich mehr Investitionen in Wohnraum braucht, kann dies die Kreditvergabe bremsen und damit auch den Neubau indirekt dämpfen.

Die Europäische Investitionsbank und nationale Förderbanken können hier Risiken abfedern und privates Kapital mobilisieren. Gleichzeitig dürfen europäische Regeln Investitionen nicht unbeabsichtigt ausbremsen. Wir brauchen Investitionen in Beton und Backstein und nicht nur gute Absichten.

#### Mehr Angebot statt falscher Schwerpunkte

Nun heißt es Kohärenz statt Komplexität. Umwelt-, Klima- und Wohnungsbauziele dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen zusammen gedacht werden.



Markus Ferber

Mitglied des Europäischen Parlaments, Brüssel

Bezahlbares Wohnen entwickelt sich europaweit zur zentralen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderung. Der Beitrag analysiert, warum die Debatte über Zuschüsse und Regulierung oft am Kern des Problems vorbeigeht: dem massiven Mangel an neuem Wohnraum. Im Fokus stehen die Rolle der EU als „Möglichmacher“, der neue HOUS-Sonderausschuss des Europäischen Parlaments sowie die Frage, wie europäische Vorgaben Bauprojekte beschleunigen oder ausbremsen können. Zugleich wird deutlich, welche Bedeutung Bankenregulierung, Finanzierungskosten und Basel-Vorgaben für den Wohnungsbau haben. Der Text zeigt, weshalb lange Genehmigungsverfahren, Fachkräftemangel und regulatorische Unsicherheit Investitionen hemmen – und warum Förderbanken sowie privates Kapital entscheidend für mehr Neubau sein werden. Ein wirtschafts- und finanzpolitischer Blick auf die Wohnraumkrise, der die Verbindung zwischen Baupolitik, Regulierung und Kreditwirtschaft in den Mittelpunkt rückt. (Red.)

Europa kann dabei eine wichtige Rolle spielen: als Möglichmacher, als Beschleuniger und als Partner für Investitionen. Wenn es gelingt, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu verkürzen und privates Kapital zu mobilisieren, kann der EU-Plan für bezahlbares Wohnen mehr sein als ein weiteres Papier. Dann wird er zu einem echten Beitrag zur Lösung einer der drängendsten sozialen Fragen dieser Zeit.

---

Julian Joswig

## Auswirkungen der Wohnungskrise sind zu groß, um sie weiter zu vertagen

Bezahlbares Wohnen ist zu der großen sozialen Frage unserer Zeit geworden. Die Ausgaben für Wohnraum sind mit rund 38 Prozent der mit Abstand größte Konsumposten privater Haushalte in Deutschland. In keinem anderen Bereich ist ein existenzielles Grundbedürfnis so eng mit der wirtschaftlichen Realität verknüpft.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum verschärft zunehmend gesellschaftliche Spannungen – zwischen Stadt und Land, Jung und Alt sowie Mietern und Eigentümern. Dabei ist die Frage nach bezahlbarem Wohnen längst mehr als nur ein soziales Thema, sie ist auch ein volkswirtschaftliches Hemmnis: Das Ifo Institut warnt bereits vor negativen Effekten auf Wachstum und Fachkräftemobilität.

Mit der sinkenden Bezahlbarkeit von Wohnraum gerät zudem ein zentrales Versprechen der sozialen Marktwirtschaft unter Druck: Dass sich gesellschaftlicher Aufstieg durch eigene Leistung erreichen lässt. Wenn ein angemessenes Zuhause trotz Erwerbsarbeit für viele kaum noch erreichbar ist, hat das Folgen

rem Einkommen, Familien, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, Menschen mit Behinderungen oder Migrationshintergrund sowie Minderheiten.

### Nicht nur ein Ort des Lebens

Vor diesem Hintergrund ist Wohnen für die Partei die Grünen kein nachgelagertes sozialpolitisches Thema, sondern eine zentrale Frage gesellschaftlicher Teilhabe. Wohnen muss ein Grundrecht sein. Denn die Wohnung ist nicht nur ein Ort des Lebens, sondern Voraussetzung für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integration. Die Herausforderung besteht daher nicht nur im Schließen einer quantitativen Lücke, sondern in der Frage, wie Wohnen wieder für die breite Bevölkerung zugänglich und bezahlbar organisiert werden kann.

Für die Grünen ist der zentrale Hebel, um Wohnraum langfristig bezahlbar zu machen, ein größeres Angebot an Wohnraum zu schaffen und zugleich Anreize für gemeinwohlorientierte Vermietung zu stärken. Um eine drohende Mietexplo-

Neue Wohngemeinnützigkeit, die von der Ampel-Regierung auf den Weg gebracht wurde, seit Januar 2025 in Kraft ist und in den kommenden Jahren ihre volle Wirkung entfalten kann. Unternehmen verpflichten sich dabei zu dauerhaft niedrigen Mieten und erhalten im Gegenzug steuerliche Vorteile. So entsteht neben dem sozialen Wohnungsbau und dem rein privaten Markt ein zusätzliches Segment, das langfristig preisdämpfend wirkt.

### Angebot schaffen: Neue Wohngemeinnützigkeit

Der Begriff „neu“ ist bewusst gewählt: Bis 1990 existierte in Deutschland bereits eine Wohngemeinnützigkeit. Zwischen 1950 und 1985 sorgte sie für ein eigenständiges Segment bezahlbaren Wohnraums – rund jede fünfte Wohnung wurde von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen errichtet. Ihre Abschaffung im Jahr 1990 markierte den Beginn eines deutlichen Rückgangs an bezahlbarem Wohnraum. Mit der Neuen Wohngemeinnützigkeit wird ein bewährtes Instrument wieder aufgegriffen, das langfristig zur Stabilisierung der Mieten beitragen kann und deswegen auch politische Unterstützung von der aktuellen Regierung erfährt.

Neben der Förderung von Neubauten gilt es insbesondere, die Umnutzung und den Umbau von adäquatem Bestand zu aktivieren. Gerade in Ballungszentren sind die Wohnungsmärkte besonders angespannt, gleichzeitig bestehen erhebliche Leerstände bei Büroflächen. In den sieben größten deutschen Städten standen zuletzt rund 8,4 Millionen Quadratmeter Bürofläche leer – mit steigender Ten-

---

„Bezahlbares Wohnen ist zu der großen sozialen Frage unserer Zeit geworden.“

---

für Leistungsanreize und Chancengerechtigkeit. Der Wohnungsmangel in Deutschland ist mittlerweile strukturell. Schätzungen gehen von rund 1,4 Millionen fehlenden Wohnungen aus, wobei der größte Engpass im Segment des günstigen Wohnraums liegt. Besonders betroffen sind Menschen mit niedrige-

sion zu verhindern, braucht es darüber hinaus eine funktionierende Mietregulierung. In dem derzeit dysfunktionalen Wohnungsmarkt sind klare Regeln notwendig, um Mieter wirksam zu schützen.

Der zentrale Bestandteil des Bezahlbar-Bauen-Programms der Grünen ist die

denz. Hier liegt ein erhebliches ungenutztes Potenzial: Leerstehende Büros und Ladenflächen sowie Dachgeschosse können zügig in Wohnraum umgewandelt werden.

Das schafft zusätzliche Kapazitäten, stärkt die Wertschöpfung und nutzt vorhandene Infrastruktur effizienter. Darüber hinaus gibt es bereits innovative Ansätze, um sanierungsbedürftige Bestandsimmobilien zu sanieren, etwa die KfW-Förderung „Jung kauft Alt“, die Familien beim Kauf und der Sanierung sanierungsbedürftiger Bestandsimmobilien mit zinsgünstigen Krediten unterstützt. Auf kommunaler Ebene können außerdem Maßnahmen wie eine Leerstandssteuer zu einer Revitalisierung leerstehender Wohnimmobilien sorgen.

Einer der stärksten Kostentreiber beim Wohnen sind steigende Grundstücks- und Baulandpreise. Das Ziel der Grünen ist es daher, spekulative Entwicklungen zu begrenzen und einen größeren Anteil des Bodens als Gemeingut zu sichern, durch die öffentliche Hand oder gemeinwohlorientierte Träger. Öffentliche Träger sollen dann verstärkt auf langfristige Nutzungsmodelle setzen wie das Erbbaurecht, statt diese Grundstücke einmalig gewinnbringend zu veräußern. So bleiben Wertsteigerungen des Bodens im Gemeinwesen und werden nicht zum Gegenstand privater Spekulation.

### Anreize für FAIRmietung

Neben der Ausweitung des Angebots wollen die Grünen gezielt Anreize schaffen, damit Mieten gleichermaßen fair für Vermieter und Mieter gestaltet werden. Viele private Vermieter möchten von sich aus faire Mieten und eine gute Beziehung zu ihren Mietern. Mit ihnen, Genossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften ziehen wir an einem Strang. Wer als privater Vermieter freiwillig unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleibt, soll dafür einen steuerlichen Bonus bekommen. Das fördert Gemeinwohlorientierung, entlastet Mieter und wirkt insgesamt dämpfend auf das Mietniveau.

Gleichzeitig sind die Grünen der Ansicht, dass es bei der Immobilienbesteuerung weiterhin erhebliche Gerechtigkeitslücken gibt. Diese Lücken werden von großen Wohnungsgesellschaften und Investoren zulasten von Privatpersonen ausgenutzt. Ein Beispiel sind sogenannte „Share Deals“: Während die Bürger als Privatperson beim Immobilienkauf die Grunderwerbssteuer zahlen, wird diese von Großinvestoren umgangen, indem Anteile eines Unternehmens, dem die Immobilie gehört, weitergereicht werden. Solche Ungleichbehandlungen müssen beseitigt werden, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und damit preistreibende Effekte zu begrenzen.

### Mietregulierung stärken

Der Wohnungsmarkt ist derzeit infolge des Angebotsmangels nicht funktionsfähig. Deswegen braucht es wirksame Instrumente, um Mieter und Gewerbetreibende akut zu schützen. Wir wollen Ländern und Kommunen ein abgestuftes Instrumentarium zur Verfügung stellen, das von einer erweiterten und rechtssicheren Mietpreisbremse bis hin zur Ultima Ratio, einem befristeten, regional begrenzten Mietenstopp, reicht.

Zugleich muss der Mieterschutz konsequenter durchgesetzt werden, da rechtliche Vorgaben und tatsächliche Praxis häufig divergieren. Die Grünen wollen ungerechtfertigte Eigenbedarfskündigungen, die Umlage fragwürdiger Nebenkosten sowie übermäßige Mieterhöhungen im Zuge von Sanierungen wirksam eindämmen.

### Bei den Ursachen ansetzen

Ein letzter wichtiger Baustein ist mehr Transparenz und Vergleichbarkeit auf dem Wohnungsmarkt. Die Grünen setzen sich für einen realistischeren Mietspiegel ein, der nicht nur die Neuvermietungen der vergangenen sechs Jahre einbezieht, sondern der vergangenen 20 Jahre. Damit bildet der Mietspiegel auch die günstigeren Bestandsmieten mit ab. Ergänzend soll über ein bundesweites



Julian Joswig

Mitglied des Bundestages, Berlin

Bezahlbares Wohnen entwickelt sich nach Meinung des Autors zunehmend zur sozialen und wirtschaftlichen Schlüsselfrage in Deutschland. Julian Joswig benennt die strukturellen Ursachen der Wohnraumkrise – von fehlenden Wohnungen über steigende Bodenpreise bis hin zu wachsender sozialer Ungleichheit – und ordnet sie in einen größeren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zusammenhang ein. Im Mittelpunkt des Beitrags stehen die wohnungspolitischen Konzepte der Grünen: die Neue Wohngemeinnützigkeit, steuerliche Anreize für faire Vermietung, stärkere Mietregulierung sowie die Aktivierung bestehender Flächen durch Umnutzung und Sanierung. Zugleich beleuchtet der Beitrag die Rolle von Bodenpolitik, Mietspiegeln und regulatorischen Eingriffen bei der Stabilisierung der angespannten Wohnungsmärkte. (Red.)

Online-Portal der örtliche Mietspiegel einsehbar sein und es ermöglichen, Verstöße unkompliziert zu melden.

So vielfältig wie die Ursachen der Wohnraumkrise sind, müssen auch die politischen Antworten ausfallen. Die Grünen wollen eine nachhaltige Lösung, die bei den Ursachen ansetzt – nicht bei den Symptomen. Entscheidend ist dabei die Ausweitung des Wohnraumangebots. Doch dieser Weg wird Zeit brauchen. Umso wichtiger ist es daher, umgehend zu handeln. Denn die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Wohnraumkrise sind zu groß, um sie weiter zu vertagen.

Gabriela Pantring

## Resilienz „Made in Europe“ – warum Förderbanken den Unterschied machen

Sicherheit und Verteidigung sind heute weit mehr als Fragen militärischer Stärke. Zunehmend geht es um die Fähigkeit, kritische Abhängigkeiten zu reduzieren und zentrale Versorgungsstrukturen krisenfest zu machen. Im Kern geht es um die Fähigkeit der europäischen Gesellschaften, Krisensituationen zu bewältigen und gestärkt aus ihnen hervorzugehen – kurz: um Resilienz.

Wie entscheidend Resilienz ist, haben die Krisen der vergangenen Zeit deutlich gemacht. Unterbrochene Lieferketten und steigende Energiepreise zeigen, wie unmittelbar globale Entwicklungen

Förderbanken spielen dabei eine Schlüsselrolle, und zwar auf allen Ebenen: auf der europäischen und der nationalen genauso wie auf der regionalen. Gerade die regionalen Förderbanken wissen am besten, welcher Bedarf vor Ort besteht. Sie haben den direkten Draht zu den Akteuren vor Ort. Dabei verstehen sich die Förderbanken als Partnerinnen der Hausbanken, Kammern und Wirtschaftsförderungen genauso wie von Unternehmen und Kommunen.

Neben der regionalen Verankerung sind Förderbanken ein entscheidender Katalysator für Investitionen. Sie schließen Fi-

2024 wurde der Draghi-Bericht vorgelegt, ein Fahrplan zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Investitionen, Innovation und wirtschaftliche Integration. Dort werden die notwendigen zusätzlichen Investitionen auf jährlich rund 750 bis 800 Milliarden Euro in ganz Europa beziffert – ohne dafür einen festen Endzeitpunkt zu nennen.<sup>1)</sup> Förderung kann dabei langfristig ein wichtiger Baustein sein, um die Herausforderungen erfolgreich anzugehen.

Um Handlungsspielräume für Kommunen und Unternehmen zu schaffen, lohnt sich der Blick auf Förderkredite und die Einbindung von Zuschussprogrammen, um einen optimalen Finanzierungsmix zu erreichen. So tragen Förderbanken dazu bei, Investitionen wirtschaftlich tragfähig und realisierbar zu machen. Ziel von Förderung ist es also, gezielte Investitionsimpulse zu setzen und Kapital in jene Bereiche zu lenken, die Wirtschaft und Gesellschaft widerstandsfähiger machen.

### „Der Aufbau widerstandsfähiger Gesellschaften erfordert enorme Investitionen.“

unseren Alltag in Europa beeinflussen – an der Tankstelle ebenso wie im Supermarkt oder in den Auftragsbüchern der Unternehmen. Die entscheidende Frage dieser Zeit lautet daher: Wie kann sich Europa resilienter aufstellen?

#### Schlüsselrolle der Förderbanken

Der Aufbau widerstandsfähiger Gesellschaften erfordert enorme Investitionen. Es braucht zum Beispiel Mittel für einen modernen Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz ebenso wie für eine sichere Energieversorgung und die Innovationskraft der Wirtschaft. Damit wird deutlich: Finanzielle Handlungsfähigkeit entwickelt sich zunehmend zu einer strategischen Voraussetzung europäischer Sicherheit.

nanzierungslücken und teilen Risiken mit Finanzierungspartnern. Zusätzlich mobilisieren sie privates Kapital dort, wo wichtige Investitionen ansonsten ausbleiben würden. Gerade in einer Zeit geopolitischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten werden sie damit zu einem wichtigen Faktor für mehr Resilienz „Made in Europe“.

Doch wo können Förderbanken konkret ansetzen? Entscheidend ist, dass Fördermittel nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern gezielt dort wirken, wo sie Transformation, Innovation und Resilienz voranbringen.

Dabei muss klar sein, dass Förderbanken den enormen Finanzierungsbedarf nicht allein stemmen können. Im Jahr

#### Resilienz beginnt im Rathaus

Kommunen sind dabei die erste operative Ebene im Krisenfall – sei es beim Bevölkerungsschutz, beim Schutz kritischer Infrastruktur oder bei der digitalen Sicherheit. Zusätzlich stehen viele Städte und Gemeinden vor der Aufgabe, Klimaschutz umzusetzen. Darüber hinaus bauen und modernisieren die Kommunen Schulen und Kitas. Sie tragen zugleich die Verantwortung für die Wasser- und Energieversorgung. Vielerorts bauen sie schnelles Internet aus.



Insgesamt ergibt sich ein großer öffentlicher Investitionsbedarf in den Kommunen. Das Institut der deutschen Wirtschaft spricht von knapp 600 Milliarden Euro<sup>2)</sup> für die Jahre 2025 bis 2034, das KfW-Kommunalpanel 2025 beziffert den kommunalen Investitionsrückstand auf rund 216 Milliarden Euro.<sup>3)</sup> Gerade deshalb wird die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen zu einer zentralen Voraussetzung wirtschaftlicher Resilienz. Sie sind das Fundament für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten.

Die Bevölkerung weiß, wie wichtig kommunale Dienstleistungen für das tägliche Leben sind: Laut einer repräsentativen Bitkom-Umfrage fürchten 77 Prozent der Deutschen hybride Angriffe auf die Energieversorgung, 60 Prozent sorgen sich um Ausfälle bei Krankenhäusern, 58 Prozent um Wasser- und Abwasserversorgung.<sup>4)</sup> Die Sorgen sind keineswegs abstrakt.

Der Cyberangriff auf die Südwestfalen-IT in NRW im Jahr 2023 war dafür ein einprägsames Warnsignal. Mehr als 70 Städte, Gemeinden und Kreise konnten in der Folge teilweise über Wochen keine normalen Verwaltungsleistungen mehr anbieten. Es war einer der größten Angriffe auf die öffentliche Verwaltung in Deutschland. Dieses und viele ähnliche Ereignisse zeigen: Cyberangriffe auf Kommunen und kritische Infrastruktur gehören heute zum Alltag hybrider Bedrohungsszenarien, ihr Schutz wird zum zentralen Bestandteil moderner Sicherheits- und Resilienzpolitik.

Kommunen investieren inzwischen verstärkt in Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, schaffen neue Leitstellen und Rechenzentren und investieren in Warnsysteme. All diese Maßnahmen sind kostspielig.

Kommunalfinanzierer – darunter neben Sparkassen, Landesbanken und weiteren Finanzierungspartnern auch Förderbanken<sup>5)</sup> – schaffen durch passgenaue Angebote notwendige Spielräume. Die NRW-Bank als Förderbank für Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel im Jahr 2025

den Kommunen, Hausbanken und Infrastrukturprojekträgern im Land insgesamt 7,9 Milliarden Euro für Investitionen in Zukunftsthemen wie Energie- und Wärmewende, Klimaschutz oder Bildung bereitgestellt.

### Neue industriepolitische Dynamik

Notwendige Investitionen beschränken sich dabei längst nicht nur auf die kommunale und infrastrukturelle Ebene. Hinzu kommt eine erhebliche wirtschaftliche Dimension. Die europäischen Verteidigungsausgaben werden in den kommenden Jahren massiv steigen – Schätzungen gehen bis 2030 von bis zu 800 Milliarden Euro aus. Laut McKinsey könnten dadurch europaweit bis zu 1,2 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.<sup>6)</sup> Das gilt für zahlreiche Bereiche der Wirtschaft wie künstliche Intelligenz, Sensorik, Robotik, Kommunikation, Energieversorgung oder Cybersecurity. Daraus kann eine neue industriepolitische Dynamik resultieren, nicht zuletzt im Bereich der Sicherheits- und Dual-Use-Technologien.

Aus der Notwendigkeit, in Resilienz und Souveränität zu investieren, können entsprechend neue Märkte und neue Wertschöpfung entstehen. Nordrhein-Westfalen steht dabei exemplarisch für diese Entwicklung: Als industrielles Herz Europas verfügt das Land über ein Innovationsökosystem, das industrielle Stärke mit Forschung und Unternehmertum verbindet. Das ist die Basis für technologische Innovationen, mit denen Resilienz und Souveränität gestaltet wird.

Neben dem etablierten Mittelstand prägen junge Technologieunternehmen zunehmend die wirtschaftliche und technologische Widerstandsfähigkeit Europas. Gerade im Bereich Deep Tech zeigt sich dabei allerdings noch ein strukturelles Problem: Technologien wie künstliche Intelligenz, Quantentechnologie oder neue Materialien erfordern hohe Anfangsinvestitionen, lange Entwicklungszyklen und geduldiges Kapital. In Europa werden diese Unternehmen oft vergleichsweise früh verkauft – häufig an außereuropäische Investoren.



Gabriela Pantring



Vorstandsvorsitzende, NRW.BANK, Düsseldorf

Resilienz ist zur strategischen Leitkategorie europäischer Wirtschafts- und Sicherheitspolitik geworden – und Förderbanken rücken dabei in eine Schlüsselposition. Von der kommunalen Infrastruktur über die Finanzierung von Deep-Tech-Unternehmen bis zur Transformation des Mittelstands schließen sie Finanzierungslücken, teilen Risiken und mobilisieren privates Kapital dort, wo Marktmechanismen allein nicht ausreichen. Der Investitionsbedarf ist enorm: Allein für deutsche Kommunen werden bis 2034 knapp 600 Milliarden Euro veranschlagt, europaweit beziffert der Draghi-Bericht den jährlichen Zusatzbedarf auf 750 bis 800 Milliarden Euro. Am Beispiel der NRW-Bank zeigt der Beitrag, wie regionale Förderinstitute europäische Instrumente vor Ort wirksam machen, Innovationsökosysteme stärken und Souveränität in Zeiten geopolitischer Unsicherheit aktiv mitgestalten. (Red.)

Damit verliert Europa nicht nur Unternehmen und zukünftige Wertschöpfung, sondern oftmals auch technologische Souveränität. Hier braucht Deutschland deutlich mehr Wachstumskapital von institutionellen Investoren und mehr große europäische Technologie-Wachstumsfonds.

Dafür gilt es, auch das von der europäischen Ebene bereitgestellte Instrumentarium regional zu nutzen. Die NRW-Bank hat dazu gemeinsam mit der

Europäischen Kommission einen Garantievertrag im Rahmen von Invest EU geschlossen und auf dieser Basis den Fonds NRW.Venture EU Tech&Scale aufgebaut.

Halbleitern, die die Datenübertragung deutlich schneller und energieeffizienter machen sollen – eine Schlüsseltechnologie für zukünftige Rechenzentren

maßen fort – der Wandel von fossilen Geschäftsmodellen hin zu klimaneutraler Industrie, Digitalisierung und künstlicher Intelligenz. Auch hier sind Innovationen Kern der Zukunftssicherung. Erneuerbare Energien, neue Materialien und Kreislaufwirtschaft machen unabhängiger von fragilen Energie- und Rohstofflieferketten. Im Verbund mit Digitalisierung und neuen Technologien entsteht so Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz.

---

### „Transformation ist zunehmend ein Aspekt wirtschaftlicher Souveränität.“

---

Gemeinsam mit privaten Co-Investoren sollen so größere Wachstumsfinanzierungen für europäische Technologieunternehmen ermöglicht werden. Mit zusätzlichen 200 Millionen Euro Wagniskapital insgesamt kann die Förderbank so pro Unternehmen bis zu 30 Millionen Euro investieren.

und KI-Anwendungen. Mehr als 250 Millionen Euro sammelte das Unternehmen ein, beteiligt war auch die NRW-Bank.

Beide Beispiele zeigen, worum es im europäischen Deep-Tech-Wettbewerb heute geht: technologische Souveränität, industrielle Skalierung und die Fähigkeit, strategische Schlüsseltechnologien in Europa zur Marktreife zu bringen.

Der Fonds zeigt exemplarisch, wie die europäische Ebene dazu beiträgt, regionale Innovationsökosysteme zu stärken. Genau darin liegt eine große Chance: Regionale Stärke mit europäischer Zusammenarbeit zu verbinden, indem Förderbanken europäische Programme, Garantien und Investitionsinstrumente vor Ort wirksam machen. Das mobilisiert Investitionen schneller und stärkt wirtschaftliche Resilienz und Souveränität nachhaltig.

Wie sicherheitsrelevante Innovationen konkret aussehen können, zeigt das Start-up Skylance aus der Nähe von Köln. Das Unternehmen entwickelt Abwehrsysteme gegen unbemannte Flugkörper im Nahbereich – mit Anwendungen sowohl im militärischen Bereich als auch beim Schutz kritischer ziviler Infrastrukturen. Ziel des Gründungsteams ist es, die Asymmetrie bei den Kosten zwischen Drohnenherstellung und Drohnenabwehr zu überwinden – unterstützt durch ein Wandeldarlehen der NRW-Bank.

### Zusammenwirken von Förderbank und Investoren

Dass durch das Zusammenwirken von Förderbank und Investoren größere Finanzierungsrunden für Start-ups und Scale-ups aus dem Bereich Deep Tech möglich sind, dafür stehen in Nordrhein-Westfalen aktuell gleich mehrere Beispiele wie eleQtron aus Siegen und Black Semiconductor aus Aachen. eleQtron entwickelt Quantencomputer mit einer deutlich reduzierten Komplexität der Hardware, die zugleich sehr robust ist und die für Industrie und Wissenschaft verfügbar gemacht werden sollen.

Die NRW-Bank übernimmt als Förderbank mit Blick auf ein lebendiges Start-up-Ökosystem eine zentrale Rolle, indem sie als Ankerinvestorin auftritt. Ziel ist nicht die dauerhafte Finanzierung erfolgreicher Unternehmen durch eine

### Von der Kohle zur KI – Transformation durch Innovation

Transformation ist zunehmend ein Aspekt wirtschaftlicher Souveränität, um langfristig wirtschaftliche und nicht zuletzt politische Handlungsspielräume zu gewinnen. Auch das stellt Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen. Viele Mittelständler wissen um die Notwendigkeit von Investitionen, gleichzeitig führen Unsicherheit, volatile Märkte und steigende Finanzierungskosten häufig dazu, dass Investitionen verschoben werden.

Genau in dieser Lücke zwischen volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und betriebswirtschaftlicher Zurückhaltung nehmen Förderbanken in enger Partnerschaft mit den Hausbanken ebenfalls eine entscheidende Rolle ein. Hier schaffen Förderbanken wie die NRW-Bank Verlässlichkeit in unsicheren Zeiten und unterstützen insbesondere durch zinsgünstige Förderkredite, langfristige Finanzierungen, Risikoteilung mit den Hausbanken, Eigenkapitalangebote oder

---

### „Viele Mittelständler wissen um die Notwendigkeit von Investitionen.“

---

öffentliche Institution. Entscheidend ist vielmehr, privates Kapital zu mobilisieren und Skalierung überhaupt erst möglich zu machen.

Dienstleistungen zu Zuschüssen. Zu all diesen Themen bieten sie zudem eine unabhängige Beratung. Das öffnet die Tür zu wichtigen Zukunftsinvestitionen.

Die NRW-Bank hat sich hier an einer Finanzierungsrunde über insgesamt 57 Millionen Euro beteiligt. Black Semiconductor wiederum entwickelt auf Basis von Graphen eine neue Generation von

Parallel dazu setzt sich eine Transformation der Wirtschaft mit historischen Aus-

Förderung zielt dabei immer direkter auf eine klare Wirkung. Es gilt, Förder-



mittel so einzusetzen, dass sie den größten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mehrwert entfalten. Bei der NRW-Bank zeigt sich das auch in den Zahlen. Im Jahr 2025 wurden Unternehmen und Gründende mit insgesamt 3,3 Milliarden Euro unterstützt. Die Förderprogramme, die gezielt Transformation und Innovation adressierten, erreichten ein Fördervolumen von mehr als 770 Millionen Euro. Gefördert wurden so fast 1 500 Vorhaben, die auf Digitalisierung und Innovation zielen. Das zeigt, dass der Mittelstand entschlossen in seine Zukunft investiert – sofern verlässliche Rahmenbedingungen vorhanden sind, die wirtschaftliche Chancen eröffnen.

## Resilienz als europäische Gemeinschaftsaufgabe

Die zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung Europas besteht heute damit darin, Resilienz, Souveränität und Transformation zusammenzudenken.

Die Volkswirtschaften Europas sind eng miteinander verflochten und stehen gemeinsam im globalen Wettbewerb mit den USA und China.

Als zweitgrößter Wirtschaftsraum der Welt verfügt Europa grundsätzlich über die wirtschaftliche Stärke, um technologische Souveränität und Transformation aus eigener Kraft zu sichern. Strategische Investitionen entfalten ihre volle Wirkung insbesondere dann, wenn sie europäisch gedacht werden.

Um hier noch besser zu werden, wird es darauf ankommen, dass weiter an einem starken europäischen Kapitalmarkt gearbeitet und weiter Bürokratie abgebaut wird. Zusätzlich wird es auf bessere Rahmenbedingungen für Investitionen ankommen. Daraus wird zusätzlicher Mut für strategische Zukunftsinvestitionen resultieren.

Zugleich zeigt sich: Resilienz „Made in Europe“ ist weit mehr als ein wirt-

schaftspolitisches Leitbild. Sie ist das Versprechen, Europas wirtschaftliche Stärke, technologische Souveränität und gesellschaftliche Stabilität auch in Zeiten geopolitischer Umbrüche zu sichern – durch langfristiges Denken, gezielte Investitionen und starke Partnerschaften. Gerade darin liegt der strategische Beitrag der Förderbanken für ein starkes, handlungsfähiges und souveränes Europa.

### Fußnoten

- 1) [https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961\\_de?filename=The%20Draghi%20report%20A%20competitiveness%20strategy%20for%20Europe%20%28Part%20A%29-DE.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_de?filename=The%20Draghi%20report%20A%20competitiveness%20strategy%20for%20Europe%20%28Part%20A%29-DE.pdf), Seite 75
- 2) <https://www.iwd.de/artikel/deutschland-braucht-investitionen-von-600-milliarden-euro-621333/>
- 3) <https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/KfW-Research/KfW-Kommunalpanel.html>
- 4) <https://www.bitkom.org/sites/main/files/2026-03/bitkom-studienbericht-hybrideangriffe-final.pdf>
- 5) <https://www.derneuekaemmerer.de/themen/kommunalkredit/> -> 80% aller Kommunalkredite wurden 2020 von Förderbanken, Landesbanken und Sparkassen ausgereicht
- 6) <https://www.mckinsey.com/industries/aerospace-and-defense/our-insights/cutting-europes-800-billion-euro-gordian-knot-five-catalysts-to-transform-defense>



### IMPRESSUM

#### Verlag und Redaktion:

Verlag Fritz Knapp GmbH  
Gerbermühlstraße 9, 60594 Frankfurt am Main  
Postfach 70 03 62, 60553 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 97 08 33 - 0  
Telefax +49 (0) 69 7 07 84 00  
E-Mail: red.zfgk@kreditwesen.de  
Internet: www.kreditwesen.de

**Herausgeber:** Klaus-Friedrich Otto (K.O.)

**Chefredaktion:** Philipp Otto (P.O.)

**Redaktion:** Carsten Englert (Leitender Redakteur, ce),  
Swantje Benkelberg (sb)

**Redaktionsassistent und Lektorat:** Volker Schmidt

**Satz und Layout:** J. Altstadt, M. Moleri

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

**Manuskripte:** Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das ausschließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeicherung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsrichtlinien finden Sie unter [www.kreditwesen.de](http://www.kreditwesen.de).

**Verlagsleitung:** Philipp Otto

**Anzeigenverkauf:** H. Reuß  
Telefon +49 (0) 69 97 08 33 - 0

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 68 vom 1.1.2026 gültig.

**Zitierweise:** KREDITWESEN

**Erscheinungsweise:** am 1. und 15. jeden Monats.

**Bezugsbedingungen:** Abonnementspreise inkl. MwSt. und Versandkosten: jährlich € 753,68 bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 387,74, 1/4-jährlich € 203,04. Ausland: jährlich € 814,88. Preis des Einzelheftes € 30,00 (zuzügl. Versandkosten).

#### Verbundabonnement

mit der Zeitschrift »bank und markt«: € 1 153,56, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 610,04 1/4-jährlich € 320,51. Ausland: jährlich € 1 257,96.

Studenten: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche Abbestellung vorliegt. Bestellungen direkt an den Verlag oder an den Buchhandel.

Probeheftanforderungen bitte unter  
Telefon +49 (0) 69 97 08 33 - 25

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

**Druck:** Hoehl-Druck Medien + Service GmbH,  
Gutenbergstraße 1, 36251 Bad Hersfeld

**Mitteilung gemäß § 5 Abs. 2 des Hessischen Pressegesetzes:** Gesellschafter der Verlag Fritz Knapp GmbH, Frankfurt am Main, ist Philipp Otto.

ISSN 0341-4019

Wir legen Wert auf gendergerechte Sprache. Zur besseren Lesbarkeit der Artikel ist bei Verwendung der männlichen Form immer auch die weibliche beziehungsweise neutrale sprachliche Form gemeint.

Fotonachweise für Heft 12-2026 – Seite 2: Fritz Knapp Verlag; Seite 9: Erik Haubold/Hypovereinsbank; Dr. Joachim Schmalz/DSGV; Heiko Hunkel/Sparda-Verband; Seite 11: Helaba Steffen Matthes; Seite 15: KfW Alex Habermehl; Seite 19: Josef Fischnaller; Seite 21: Investitionsbank Schleswig-Holstein\_IB.SH; Seite 23: Daniel Biskup; Seite 25: Frederik Meissner; Seite 27: NRW.BANK / Christian Lord Otto; Seite 31: Sebastian Arlt; Seite 35: Landwirtschaftliche Rentenbank; Seite 39: L-Bank; Seite 45: beide ISB; Seite 47: WI-Bank; Seite 51: Katrin Leonhardt/SAB Franziska Kestel Fotografie, Dominik Lamminger/Josef Fischnaller; Seite 53: alle SAB Anika Dollmeyer

## Redaktionsgespräch mit Bernhard Schwab

# „Wir müssen mutig an die vor uns liegenden großen Aufgaben herantreten“

**Herr Schwab, die LfA feiert in diesem Jahr ein feines Jubiläum, nämlich ihren 75. Geburtstag. Mit wie viel Stolz und vielleicht auch Demut schaut man als Vorstandsvorsitzender auf eine solch lange (Erfolgs-) Geschichte?**

Die Geschichte der LfA Förderbank Bayern ist tatsächlich sehr beeindruckend. Die LfA hat Anteil daran, dass sich Bayern vom strukturschwachen Agrarland zum führenden Hightech-Industriestaat entwickelt hat. Darauf können alle, die dazu beigetragen haben, zu Recht mit Stolz zurückblicken, insbesondere, wenn man sich die schwierige Ausgangssituation nach dem Krieg vor Augen führt.

Für uns, die wir jetzt das Gesicht der LfA sind, ist das vor allem die große Verpflichtung, mit hoher Qualität und gro-

Das Kürzel „LfA“ steht für Landesanstalt für Aufbaufinanzierung. Gegründet wurde die LfA 1951 unter anderem als „Flüchtlingskreditbank“. Nach dem Zweiten Weltkrieg musste Bayerns Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden und rund zwei Millionen Heimatvertriebene im Freistaat integriert werden. In den ersten Jahren unterstützte die LfA die Unternehmer, die häufig keine banküblichen Sicherheiten besaßen, mit speziellen Krediten und Bürgschaften.

Schon damals ging es also – wenn auch mit einer noch sehr spezifischen Aufgabenstellung – darum, die Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltstruktur Bayerns zu fördern. Dieser Kernauftrag ist bis heute unverändert. Die Rahmenbedingungen unterliegen aber einem fortlaufenden Wandel. Seit jeher orientieren wir uns als staatliche Spezialbank bei der Umsetzung unseres gesetzlichen Förder-

nern und Vertretern aus Wirtschaft und Politik. Besonders freut es uns, dass der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei dem Festakt sprechen wird und im Anschluss zu einem Staatsempfang einlädt. Zudem wird es auch ein Fest für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geben.

Anlässlich unseres Jubiläums haben wir eine neue moderne Werbekampagne entwickelt, mit der wir in diesem Jahr in Bayern auf uns und unsere seit dem vergangenen Jahr grundlegend erweiterten Förderangebote aufmerksam machen. In einer Spezialausgabe unseres Kundenmagazins blicken wir zudem auf unsere Historie zurück und werfen einen Blick in die Zukunft.

**Warum müsste die LfA, wenn es sie nicht schon geben würde, erfunden werden?**

Die LfA ist Möglichmacherin für die bayerische Wirtschaft. Wir sorgen dafür, dass Ideen und Pläne nicht an der Finanzierung scheitern. Das gilt insbesondere für mittelständische Betriebe, auf denen traditionell ein Schwerpunkt unserer Förderung liegt. Mithilfe öffentlicher Förderkredite und Beteiligungskapital sorgen wir für Chancengerechtigkeit: Kleine und mittlere Unternehmen haben ansonsten in jedem Zinsumfeld strukturelle Finanzierungsnachteile gegenüber großen Unternehmen, die sich neben der klassischen Bankfinanzierung auch am Kapitalmarkt refinanzieren können. An diesem strukturellen Nachteil ändern auch Niedrigzinsphasen oder eine schwankende Konjunktur nichts. Entscheidende Vorteile der LfA-Finanzie-

### „Die LfA ist Möglichmacherin für die bayerische Wirtschaft.“

Bei Einsatz jetzt und in Zukunft unseren Förderauftrag zu erfüllen. Bei einem Jubiläum geht der Blick aber nicht nur zurück, sondern insbesondere auch nach vorn. Mutig müssen wir auch an die vor uns liegenden großen Aufgaben herantreten. In dem aktuell anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Umfeld kommt es mehr denn je auf uns Förderbanken an.

**Was war aus Ihrer Sicht der ursprüngliche Kernauftrag der LfA – und wie hat er sich verändert?**

auftrags kontinuierlich an aktuellen Entwicklungen und Bedürfnissen der Betriebe. Derzeit stehen nicht zuletzt die Überwindung der Wachstumsschwäche und des Investitionsstaus sowie die Finanzierung der digitalen und technologischen Transformation im Vordergrund.

**Welche besonderen Maßnahmen sind zum Jubiläum geplant?**

Wir feiern das Jubiläum im Sommer mit einem Festakt mit unseren Bankpart-

rungshilfen sind lange Darlehenslaufzeiten, lange Zinsbindungen und durchweg günstige Zinssätze. Tilgungsfreie Jahre helfen, die Zeit zu überbrücken, bis sich eine getätigte Investition auszahlt, und sorgen für eine verbesserte Liquidität.

Mit Risikoübernahmen – insbesondere mit unseren Haftungsfreistellungen – können wir zudem guten Ideen und tragfähigen Geschäftsmodellen auch dann zu Finanzierungen verhelfen, wenn die Gründer oder Unternehmer über keine ausreichenden Sicherheiten verfügen. Hintergrund ist, dass unsere Förderkredite über die Hausbanken der Unternehmen, also die Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken, beantragt und ausgezahlt werden. Die Hausbanken tragen dabei auch das Ausfallrisiko. Bei Unternehmen mit geringen werthaltigen Sicherheiten ist für sie verständlicherweise eine positive Kreditentscheidung häufig nicht einfach darzustellen. In solchen Fällen können wir den Hausbanken mit einer Haftungsfreistellung einen großen Teil des Kreditrisikos abnehmen und so für eine Kreditusage sorgen. Damit erweitern wir spürbar den Kreis derjenigen, die Zugang zu Kreditfinanzierungen haben.

### Wie haben sich die Geschäftsfelder der LfA in den vergangenen Jahren verändert?

Neben der klassischen Mittelstandsfinanzierung, also der Förderung von Gründungs- und Wachstumsvorhaben von kleinen und mittleren Betrieben, haben wir insbesondere unsere Förderung zur Finanzierung von Transformationsprozessen ausgebaut. Wir bieten sowohl ein attraktives Angebot für Investitionen in Innovation und Digitalisierung als auch eine Palette maßgeschneiderter Förderkredite für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien an. Seit dem vergangenen Jahr sind diese Programme auch für Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 500 Millionen Euro geöffnet. Wir sind also immer mehr nicht nur ein Partner der kleinen und mittleren Unternehmen, sondern des gesamten Mittelstands in Bayern.

### Die angesprochene Öffnung der Transformationsfinanzierung für den größeren Mittelstand erfolgte im Zuge des 2024 von der bayerischen Staatsregierung beschlossenen strategischen Ausbaus der LfA zur starken Mittelstands- und Transformationsbank des Freistaats Bayern. Welche Änderungen bei Ihrem Förderangebot gab es in diesem Zusammenhang noch und hat das einen Schub für die (Weiter-)Entwicklung der LfA gegeben?

Mithilfe der vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel haben wir in fast allen Kreditprogrammen die Darlehenshöchstbeträge deutlich angehoben. Im Energiebereich sind mittlerweile Kredite bis 40 Millionen Euro, beim Thema Wärme sogar bis 50 Millionen Euro pro Vorhaben möglich. Auch die Risikoentlastungen durch unsere Haftungsfreistellungen wurden deutlich ausgeweitet.

Erfreulicherweise hat das schnell Wirkung gezeigt. Es kommt mehr Geld in Bayerns Wirtschaft an – mehr Geld für Gründung, nachhaltiges Wachstum, Transformation und ganz besonders auch für Innovation und Digitalisierung. Das zeigen die Zahlen zu unserem Geschäftsjahr 2025. Die Gesamtförderleistung – also Kredite und Risikoübernahmen zusammen – lag im Vorjahr bei 2,67 Milliarden Euro. Das ist ein Anstieg von 45 Prozent gegenüber 2024. 2,53 Milliarden Euro entfielen auf das Kreditgeschäft. Der Großteil davon lag dabei bei den Programmkrediten für Mittelstand und Kommunen. Auch bei den Risikoübernahmen, im Wesentlichen bei den Haftungsfreistellungen, gab es einen Anstieg der Zusagen um 32 Prozent auf rund 138 Millionen Euro. Das Wachstum im Förderkreditbereich fand hauptsächlich bei den größervolumigen Krediten statt. Die deutlich erhöhten Darlehenshöchstbeträge wurden rege angenommen. Das zeigt den hohen Förderbedarf des größeren Mittelstands.

### Wo liegen aktuell die Förderungsschwerpunkte? In welchen Branchen und bei welchen Themen ist die LfA besonders gefragt?



Dr. Bernhard Schwab



Vorstandsvorsitzender, LfA Förderbank Bayern, München

75 Jahre LfA Förderbank Bayern stehen für eine lange Erfolgsgeschichte der öffentlichen Wirtschaftsförderung. Seit ihrer Gründung in den Nachkriegsjahren hat die Förderbank den wirtschaftlichen Wandel des Freistaats maßgeblich begleitet – vom Wiederaufbau über die Förderung des Mittelstands bis hin zur Finanzierung von Innovation, Digitalisierung und Transformation. Heute ist die LfA ein zentraler Partner der bayerischen Wirtschaft und unterstützt Unternehmen dabei, Zukunftsinvestitionen zu realisieren und neue Wachstumschancen zu erschließen – immer im Rahmen des gesetzlichen Auftrags und mit klarem Blick auf die Interessen der bayerischen Regierung und der bayerischen Wirtschaft. Im Gespräch mit der Kreditwesen-Redaktion erläutert Vorstandsvorsitzender Bernhard Schwab, wie die LfA ihren Förderauftrag im Wandel der Zeit weiterentwickelt hat, welche Impulse vom strategischen Ausbau zur Mittelstands- und Transformationsbank ausgehen und welche Rolle die Förderbank künftig für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern spielen will. (Red.)

Der wesentliche Schwerpunkt lag im zurückliegenden Jahr auf dem Fördersegment für Gründung, Wachstum und Betriebsmittel: Darlehenszusagen in Höhe von rund 1,32 Milliarden Euro bedeuten einen Anstieg in der „klassischen“ Mittelstandsförderung von gut 29 Prozent gegenüber 2024. Dazu gehört neben Neugründungen auch die Finanzierung von Unternehmensnachfolgen. Eben-

falls sehr erfreulich entwickelt hat sich aber auch unsere Transformationsförderung mit den Teilbereichen Innovation und Digitalisierung sowie Energie und Klimaschutz. Zusagen in Höhe von rund 720 Millionen Euro sind mehr als eine Verdreifachung gegenüber 2024.



### **Wird es weitere neue Förderangebote geben?**

Wir arbeiten kontinuierlich daran, unser Förderangebot weiterzuentwickeln. Im Frühjahr ging bereits der runderneuerte und hinsichtlich seines Antragsverfahrens grundlegend verschlankte „Regionalkredit“ an den Markt. Damit unterstützen wir die Unternehmen bei der Finanzierung des Strukturwandels in Bayern. Das Programm ergänzt die Zuschussförderung des Freistaats Bayern aus dem bayerischen regionalen Förderprogramm für die gewerbliche Wirtschaft. Mit dem Kredit kann der über die Zuschussförderung hinausgehende vorhabensbezogene Investitions- und Betriebsmittelbedarf zinsgünstig finanziert werden. Im Fokus sind insbesondere Vorhaben, die einen Beitrag zum Strukturwandel im ländlichen Raum leisten.

Seit Mai bieten wir mit dem neuen Gründungskredit Smart darüber hinaus auch ein Spezialprogramm für kleinere Gründungsvorhaben an, egal ob im Voll- oder Nebenerwerb. Damit runden wir unsere Förderfähigkeit für die bayerische Wirtschaft auch nach unten ab. In Anspruch nehmen können den Kredit sowohl Gründerinnen und Gründer, Nachfolgerinnen und Nachfolger, Angehörige freier Berufe als auch kleine und mittlere gewerbliche Unternehmen, die weniger als fünf Jahre am Markt aktiv sind.

---

### **„Unsere Finanzierungsinstrumente stehen auch der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zur Verfügung.“**

---

Mit dem Gründungskredit Smart können Investitionen, Waren und Betriebsmittel mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren finanziert werden. Der

Darlehenshöchstbetrag beträgt 150 000 Euro pro Antragsteller. Eine Besonder-

heit ist die obligatorische Haftungsfreistellung von 80 Prozent. Damit nehmen wir den Hausbanken den überwiegenden Teil des Ausfallrisikos ab und ermöglichen so flächendeckend einen besonders niederschweligen Kreditzugang für gute Ideen. Darüber hinaus bietet der Gründungskredit Smart – auch bei mäßiger Bonität und schwachen Absicherungsmöglichkeiten – attraktive Konditionen.

Außerdem ist erwähnenswert: Unsere Finanzierungsinstrumente stehen auch der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zur Verfügung. Seit diesem Frühjahr wird das auch explizit im überarbeiteten LfA-Gesetz hervorgehoben. Ausgeschlossen von der Förderung sind weiterhin lediglich die Produktion und der Handel mit sogenannten kontroversen Waffen. Eine echte Hilfe kann unsere Förderung daher auch für Unternehmen aus der bayerischen Zuliefererbranche sein, die ihre Aktivitäten in Richtung Verteidigung ausbauen möchten.



### **Bayern ist in Deutschland auch beim Thema Start-ups ganz weit vorn. Was hat sich hier zuletzt bei der Förderung getan?**

Seit vergangenem Jahr bauen wir auch unsere Venture-Capital-Förderung verstärkt aus. Gemeinsam unter anderem mit unserer 100-prozentigen VC-Tochter

Bayern Kapital bieten wir eine breite Auswahl an Eigenkapitalinstrumenten für bayerische Start-ups und Unternehmen an. Mit der vom Freistaat

Bayern angestoßenen VC4Start-ups Initiative werden nun neue Wagniskapi-

---

### **„Der wesentliche Schwerpunkt lag im zurückliegenden Jahr auf dem Fördersegment für Gründung.“**

---

talfonds mit einem zusätzlichen Volumen von insgesamt 750 Millionen Euro geschaffen.

Im Rahmen des neuen Bayern Kapital Wachstums- und ScaleUp-Fonds etwa sind jetzt auch maximale Investments pro Start-up von bis zu 50 Millionen Euro möglich. Wir haben damit Eigenkapitalangebote von der unmittelbaren Gründungsphase eines Unternehmens bis zur Wachstumsphase kurz vor einem etwaigen Börsengang. Wir wollen damit nicht nur Gründungen ermöglichen, sondern neue Unternehmen in der Wachstumsphase auch in Bayern halten.

Bei all unseren Eigenkapitalinstrumenten werden private Investoren in die Finanzierung innovativer Unternehmen eingebunden. Unsere Mittel sorgen also dafür, dass zusätzliches Risikokapital für Innovationen „Made in Bavaria“ mobilisiert wird. Das kommt gut an. Erfreulicherweise gab es bei den Neuzusagen 2025 auch in diesem Feld ein deutliches Plus mit Zusagen von rund 124 Millionen Euro gegenüber 85 Millionen Euro im Jahr davor.



### **Die Förderung der LfA wächst also auf mehreren Ebenen. Teil der damit einhergehenden neuen Refinanzierungsstrategie der LfA ist der Kapitalmarkt. Ihr Haus hat kürzlich die erste Euro-Benchmarkanleihe bekommen. Wie hat der Markt das Papier aufgenommen?**

Sehr gut. Das Orderbuch war mit knapp 2 Milliarden Euro fast vierfach überzeichnet. Das ist ein deutlicher Vertrauensbeweis in die solide Finanzstrategie der LfA und das wirtschaftliche Fundament des Freistaats Bayern als Gewährträger. 43 Prozent des Emissionsvolumens ging im Übrigen an ausländische

Investoren. Das ist für eine Debütanleihe ein erstaunlich hoher Anteil.

Emissionen dieser Art werden auch künftig ein neuer Teil der Refinanzierungsstrategie der LfA sein. Damit positionieren wir uns in Zukunft noch brei-

ten und unkomplizierten Prozessen. Wir fokussieren uns daher neben der Weiterentwicklung und Optimierung unserer Förderkredite auch auf unsere eigene Transformation. Wir arbeiten kontinuierlich insbesondere daran, unsere Kreditzusagen weiter zu beschleu-

können. Denn andere Häuser, auch die Kollegen in anderen Förderbanken, stehen vor der ähnlichen Situation. Die Mitarbeiter, die wir brauchten, um die Austritte eins zu eins zu ersetzen, werden am Arbeitsmarkt mittelfristig gar nicht zur Verfügung stehen.

---

### „Wir müssen in Zukunft noch effizienter werden.“

---

ter am Kapitalmarkt. Wir wollen damit eine langfristige, transparente und investorenfreundliche Finanzierung erreichen. Das machen wir, um das geplante Wachstum unseres Fördergeschäfts stemmen zu können. Auf diese Weise können wir die bayerische Wirtschaft mit noch besseren Konditionen fördern.

#### Welche Erwartungen haben Unternehmen heute an eine moderne Förderbank?

Die Unternehmen – aber natürlich auch unsere Bankpartner im Fördergeschäft – wünschen sich in erster Linie einen schnellen und verlässlichen Finanzierungspartner mit attraktiven Angebo-

nigen, damit der Mittelstand seine Pläne möglichst schnell umsetzen kann.

#### Welche neuen Risiken und Herausforderungen sehen Sie aktuell für Förderbanken?

Als LfA stehen wir vor der Herausforderung, in Zukunft mit weniger Mitarbeitern mehr zu schaffen: Auf der einen Seite wirft der demografische Wandel seine Schatten voraus: In den kommenden Jahren werden bei uns altersbedingt viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausscheiden. Wir optimieren daher unsere Personalgewinnungsprozesse weiter. Trotz aller Anstrengungen werden wir aber nicht alle ersetzen

Auf der anderen Seite ist unsere Aufgabe mit dem Ausbau des Förderangebots sowohl bei den Kreditangeboten als auch beim Thema Risikokapital deutlich größer geworden. Dazu kommen wachsende regulatorische Anforderungen und notwendige IT-Investitionen. Wir müssen also in Zukunft noch effizienter werden. Daran arbeiten wir intensiv.

#### Wo sehen Sie die LfA in zehn Jahren?

Wir wollen auch in zehn Jahren starker Finanzierungspartner der bayerischen Wirtschaft sein. Unsere Prozesse sollen dazu noch einmal deutlich digitaler und schneller als heute sein. Wir als staatliche Förderbank geben unser Bestes, dass bayerische Unternehmen die vielfältigen Herausforderungen und Unsicherheiten gut bewältigen und die bayerische Wirtschaft auf einem kräftigen, stabilen Wachstumskurs sein wird.

## Ihr Anspruch ist Expertenwissen. Unserer auch!

Bleiben Sie mit aktuellen Studien zu spannenden Themen immer nah am Markt.

[WWW.KREDITWESEN.DE/RESEARCH](http://WWW.KREDITWESEN.DE/RESEARCH)

Finden Sie jetzt bei uns online aktuelle Studien rund um das Kreditwesen.

Nikola Steinbock

## Deutschland und der weiße Wal

Als Herman Melville 1851 seinen Roman „Moby Dick“ veröffentlichte, schrieb er nicht nur eine Geschichte über die Jagd auf einen Wal. Im Kern erzählt der Roman von der Schwierigkeit, den eigenen Kurs zu ändern – selbst dann, wenn sich die Welt längst verändert hat. Kapitän Ahab verfolgt den weißen Wal mit ob-

folg. Und gleichzeitig scheint es manchmal, als würden wir diese Tatsache einfach ignorieren.

Dabei begegnet uns dieses Thema mit jeder neuen Konjunkturprognose erneut. Die aktuellen Ausblicke machen deutlich, dass Deutschland nicht nur eine

Viele Unternehmen agieren in dieser Drucksituation abwartend, wenn es um neue Technologien und Geschäftsmodelle geht. Dadurch entsteht ein gefährlicher Kreislauf: Schwache Investitionen bremsen die Produktivität, sinkende Produktivität schwächt die Wettbewerbsfähigkeit und eine geringere Wettbewerbsfähigkeit reduziert wiederum die Bereitschaft zu investieren.

„Deutschland durchläuft nicht nur eine vorübergehende Schwächephase.“

sessiver Konsequenz, obwohl alles darauf hindeutet, dass seine bisherigen Gewissheiten nicht mehr tragen.

Dieses Muster begegnet uns bis heute. Gesellschaften scheitern selten daran, Veränderungen zu erkennen. Allerdings gelingt der Transfer in eigene Veränderung zu oft nicht, wenn alte Erfolgsmodelle sehr lange funktioniert haben.

### Deutschlands strukturelle Wachstumsschwäche

Genau an diesem Punkt steht heute auch Deutschland. Über Jahrzehnte beruhte der wirtschaftliche Erfolg des Landes auf industrieller Stärke, Exportorientierung, günstiger Energie und hoher ingenieurtechnischer Kompetenz. Dieses Modell hat enormen Wohlstand geschaffen. Doch unter den Bedingungen geopolitischer Spannungen, technologischer Umbrüche, demografischer Alterung und der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft verliert es zunehmend an Dynamik und eben Er-

vorübergehende Schwächephase durchläuft. Viele Ökonominnen und Ökonomen – zuletzt etwa die Wirtschaftsweisen Professor Veronika Grimm bei der Agrarfinanztagung der Rentenbank – sprechen sehr klar von einem strukturellen Problem. Wirtschaftliches Wachstum entsteht immer seltener aus privaten Investitionen, Produktivitätsfortschritten oder Innovationen. Stattdessen wird die Konjunktur, wenn überhaupt, vor allem durch kurzfristige und zeitlich begrenzte staatliche Impulse gestützt.

Besonders problematisch ist dabei, dass gerade jene Bereiche an Dynamik verlieren, die lange als Stärkezentren der deutschen Wirtschaft galten. Industrieproduktion und Investitionen stagnieren – auch in Schlüsselbranchen wie dem Maschinenbau und der Automobilindustrie. Verschärft wird diese Entwicklung durch stark steigende Energiepreise, regulatorische Unsicherheit und den Fachkräftemangel. Hinzu kommt ein internationales Umfeld, das sich deutlich schneller und dynamischer verändert als noch vor einigen Jahren.

### Die Finanzierungslücke der Transformation

Besonders sichtbar wird diese Entwicklung dort, wo langfristige und risikoreichere Investitionen notwendig wären. Genau in den Bereichen, die für die wirtschaftliche Transformation entscheidend sind, agieren private Kapitalmärkte und Investoren oft zurückhaltend.

Studien beziffern den Investitionsbedarf für Energiewende und industrielle Transformation bis 2049 auf mehrere Billionen Euro. Bereits bis 2035 wären jährlich Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe notwendig. Gleichzeitig warnen Wirtschaftsverbände zunehmend davor, dass die Privatwirtschaft diese Transformation allein nicht finanzieren kann.

Denn viele Zukunftsinvestitionen leiden unter einem strukturellen Problem: Hohe Anfangskosten treffen auf lange Amortisationszeiten, technologische Unsicherheit und wechselnde regulatorische Rahmenbedingungen. Für private Investoren entsteht dadurch ein Risiko, das häufig zu groß erscheint.



Genau an dieser Stelle gewinnen Institutionen an Bedeutung, die Risiken teilweise mittragen, Finanzierung ermöglichen und privates Kapital mobilisieren.

### Förderbanken als Infrastruktur des Wandels

Eine dieser Institutionen sind Förderbanken. Die Förderbanken in Deutschland erfüllen eine Funktion, die weit über klassische Kreditvergabe hinausgeht. Private Kapitalmärkte orientieren sich naturgemäß am Risiko-Rendite-Verhältnis für einen überschaubaren Investitionszeitraum. Förderbanken dagegen schaffen Bedingungen, unter denen langfristige Transformation überhaupt finanzierbar wird.

Sie übernehmen dabei mehrere Funktionen gleichzeitig:

- Sie schaffen Vertrauen in neue Technologien und Märkte. Viele Innovationen

ges Projekt, sondern ein langfristiger Anpassungsprozess. Unternehmen benötigen dafür Planungssicherheit über politische Zyklen und konjunkturelle Schwankungen hinweg.

Gerade unter Bedingungen hoher Unsicherheit werden Förderbanken damit zu Brückeninstitutionen zwischen Staat, Kapitalmarkt und Realwirtschaft. Sie helfen dabei, langfristige gesellschaftliche Ziele mit privatwirtschaftlicher Investitionslogik kompatibel zu machen.

### Die Landwirtschaft als Beispiel für Transformation

Eine Branche, die wie kaum eine andere für Veränderungen steht, ist die Landwirtschaft – auch, weil sie schon immer und auch jetzt wieder von vielen aktuellen Entwicklungen direkt tangiert wird: Klimawandel, extreme Wetterereignisse, volatile Rohstoffpreise, geopolitische Krisen, neue Nachhaltigkeits-

## „Transformation braucht Investitionsspielräume, Planungssicherheit und Zugang zu langfristigem Kapital.“

entstehen zunächst unter Bedingungen hoher Unsicherheit: Sie erfordern hohe Anfangsinvestitionen, während Erträge und regulatorische Rahmenbedingungen oft noch unklar sind.

- Gleichzeitig verbessern Förderbanken Finanzierungsbedingungen. Über zinsvergünstigte Kredite, Zuschüsse oder Haftungsfreistellungen werden Investitionen wirtschaftlich tragfähiger, die unter reinen Marktbedingungen häufig verschoben würden.
- Darüber hinaus mobilisieren sie privates Kapital. Indem sie Risiken teilweise mittragen, ermöglichen sie Investitionen, die ansonsten nicht oder deutlich später zustande kämen.
- Und schließlich schaffen sie Verlässlichkeit. Transformation ist kein kurzfristi-

anforderungen und technologische Umbrüche wirken hier unmittelbar zusammen.

Gleichzeitig gehört die Landwirtschaft historisch zu den anpassungsfähigsten Wirtschaftsbereichen überhaupt. Technologische Entwicklungen haben den Sektor bereits mehrfach grundlegend verändert.

Zudem verändert sich das Verständnis landwirtschaftlicher Wertschöpfung. Landwirtschaft produziert längst nicht mehr nur Nahrungsmittel. Sie wird zunehmend auch Energieerzeuger, Klimamanager, Rohstofflieferant, Biodiversitätsakteur und Datenanwender.

Doch Veränderungsbereitschaft allein reicht nicht aus. Transformation braucht Investitionsspielräume, Planungssicher-



Nikola Steinbock



Vorstandssprecherin, Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt am Main

Deutschland steht vor einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Transformation – doch der Wandel stockt. Während alte Erfolgsmodelle an Dynamik verlieren, wachsen Investitionsbedarf und Unsicherheit zugleich. Die Autorin analysiert in diesem Beitrag ausgehend von der strukturellen Wachstumsschwäche Deutschlands und der wachsenden Finanzierungslücke der Transformation die besondere Rolle von Förderbanken als Brückeninstitutionen zwischen Staat, Kapitalmarkt und Realwirtschaft. Am Beispiel der Landwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Rentenbank zeigt sie auf, warum langfristige Finanzierung, Planungssicherheit und institutionelle Anpassungsfähigkeit zu zentralen Voraussetzungen wirtschaftlicher Resilienz werden. Ausgangspunkt ist dabei eine überraschend aktuelle Lesart von Herman Melvilles „Moby Dick“: die Gefahr, unter veränderten Bedingungen zu lange an alten Gewissheiten festzuhalten. (Red.)

heit und Zugang zu langfristigem Kapital. Die Ergebnisse des Rentenbank-Agrarbarometers zeigen, was passiert, wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind: Die Stimmung in der Branche verschlechtert sich, Unsicherheit wächst und die Investitionszurückhaltung nimmt zu. Im schlimmsten Fall führt dies dazu, dass Betriebe nicht mehr in Veränderung investieren, sondern aussteigen und für sich keine Zukunft in der Branche sehen.

Das ist nicht nur schade, sondern auch ein wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Verlust für unser Land – Stichwort Ernährungssicherheit. Deshalb ist es wichtig, dass wir die Rahmenbedingungen schaffen, um Veränderungsinvestitionen zu ermöglichen.

### Die Rolle der Landwirtschaftlichen Rentenbank

Genau an dieser Stelle kommt die Landwirtschaftliche Rentenbank ins Spiel. Ihre Bedeutung erschließt sich besonders mit einem Blick auf ihre Entstehungsgeschichte.

Die Rentenbank wurde 1949 in einer Phase gegründet, in der Deutschland selbst vor einer tiefgreifenden Transformations-

licht so die Investitionen, die die Branche widerstands- und zukunftsfähig machen. Das Zusammenspiel mit den Hausbanken ist der zentrale Bestandteil ihres Geschäftsmodells. Es verbindet die bundesweite Förderfähigkeit mit der regionalen Nähe und Expertise der Hausbanken.

**Programmkreditgeschäft:** Die Rentenbank unterstützt die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Landwirtschaft sowie die ländlichen Räume in ihrer gesamten Breite und Vielfalt. Im vergangenen Jahr hat die Rentenbank über Programmkredite ein Fördervolumen von 6,6 Milliarden Euro bereitgestellt. Damit wurden Investitionen in Maschinen, Ställe und Gebäude, Energieeffizienz, Emissionsminderung, ökologische Landwirtschaft, effiziente Bewässerung, Speichertechnologien und vieles mehr

lehen werden zur neuen Kondition „LR-Soforthilfe“ vergeben, die durch eine Zinsvergünstigung aus eigenen Mitteln der Rentenbank finanziert wird. Die Antragstellung ist einfach gehalten. Denn uns als Förderbank ist es wichtig, wirkungsvoll und schnell zu unterstützen.

**Zuschüsse:** Zusätzlich vergibt die Rentenbank Zuschüsse aus eigenen Mitteln und im Rahmen von Bundesprogrammen. Ein Beispiel ist der Zuschuss „Klimabilanz“, mit dem die Erstellung betrieblicher Klimabilanzen gefördert wird. Ergänzt wird dieses Instrument durch einen Zinsbonus, der bei Vorlage einer Klimabilanz in Anspruch genommen werden kann. So unterstützt die Rentenbank Betriebe dabei, Transparenz über ihre Emissionen zu schaffen und gezielt in wettbewerbsfähige und klimafreundliche Produktionsweisen zu investieren.

---

## „Das Zusammenspiel mit den Hausbanken ist der zentrale Bestandteil des Geschäftsmodells.“

---

aufgabe stand. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es darum, Ernährungssicherheit unter Bedingungen von Zerstörung, Kapitalmangel und wirtschaftlichem Neuanfang wiederherzustellen.

Bemerkenswert war dabei vor allem die institutionelle Logik: Die Landwirtschaft organisierte ihre Finanzierung weitgehend selbst – über die sogenannten Rentenbankgrundschuldzinsen, eine gesetzlich geregelte Sonderabgabe auf land- und forstwirtschaftliche Flächen. Dieses Selbsthilfeprinzip prägt die Rentenbank bis heute.

Von Anfang an ging es deshalb nicht nur um einzelne Kredite. Die größere Aufgabe bestand darin, die Anpassungsfähigkeit unter unsicheren Bedingungen finanzierbar zu machen. Diese Funktion erfüllt die Rentenbank bis heute. Dafür finanziert sie die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Landwirtschaft und die ländlichen Räume von Norden bis Süden und von Osten bis Westen – in enger Zusammenarbeit mit den Hausbanken in den Regionen und vor Ort – und ermög-

refinanziert. Auch in den ersten Monaten des Jahres 2026 blieb die Nachfrage nach Förderkrediten ungebrochen hoch.

Den größten Zuwachs im Neugeschäft 2025 mit Programmkrediten verzeichnete die Fördersparte „Erneuerbare Energien“ – nach dem Ausnahmejahr 2024. Insgesamt konnte die Rentenbank 2025 Investitionen in erneuerbare Energien mit 1,8 Milliarden Euro refinanzieren. Der gesunkene EU-Referenzzinssatz ermöglichte wieder mehr Geschäft. Bis Ende April 2026 wurden bereits 1,2 Milliarden Euro für Darlehen im Bereich erneuerbare Energien refinanziert.

Mit ihrem Sonderprogramm zur Liquiditätssicherung unterstützt die Rentenbank seit Anfang Juni die Unternehmen, die von den Auswirkungen der geopolitischen Konflikte im Nahen Osten – insbesondere der Blockade der Straße von Hormus – tangiert werden. Um die Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Betriebe abzufedern, hat die Bank kurzfristig ein Sonderprogramm für die Liquiditätssicherung aufgelegt. Die Dar-

Die Zuschüsse gewährt die Rentenbank vollständig aus eigenen Mitteln. Bis Ende April 2026 konnten über 1000 Anträge zur Erstellung von Klimabilanzen in der Landwirtschaft bewilligt werden – mit einem Zuschussvolumen von rund einer Million Euro. Gleichzeitig wurden Darlehen in Höhe von insgesamt über 400 Millionen Euro mit dem zusätzlichen Zinsbonus ausgestattet.

Für den Bund vergibt die Rentenbank Zuschüsse, zum Beispiel mit dem Programm „ANK NABO“ im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Darüber fördert die Bank Maschinen, die die CO<sub>2</sub>-Speicherfunktion von Böden erhalten und die Biodiversität fördern. Mit dem neuen Programm „ANK PALU“ fördert die Rentenbank die Wiedervernässung und nachhaltige Nutzung von Moorflächen. Intakte Moore sind wichtige Kohlenstoffsenken und spielen eine zentrale Rolle im Klimaschutz. Da viele Moorböden in Deutschland entwässert sind und Treibhausgase freisetzen, trägt die Wiedervernässung dazu bei, den Torfabbau zu stoppen und Kohlenstoff zu binden. Die Förderung ermöglicht es, alternative und klimafreundliche Nutzungsformen zu erproben und zu etablieren.



**Innovationsförderung:** Die Rentenbank begleitet agrarnahe Start-ups und innovative Unternehmen mit Förderprogrammen. So vergibt sie im Auftrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat Nachrangdarlehen. Zudem investiert sie in Venture-Capital-Fonds. Die Herausforderungen der Agrar- und Ernährungswirtschaft erfordern neue Technologien und Geschäftsmodelle. Gerade in frühen Entwicklungsphasen sind viele Innovationen mit hohen Risiken verbunden, die private Kapitalgeber oft nicht allein tragen können.

Deshalb fördert die Rentenbank Innovationen von der ersten Idee bis zur Markteinführung und ins Wachstum. Seit 2021 wurden 32 Start-ups mit Nachrangdarlehen unterstützt, sechs davon allein im vergangenen Jahr. Die Rentenbank investiert zudem in Venture-Capital-Fonds – das Zusagevolumen liegt mittlerweile bei 165 Millionen Euro. Über diese Fonds ist die Rentenbank indirekt an 235 Start-ups beteiligt.

Mit dem Gründerprogramm „Growth Alliance“, das gemeinsam mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium und dem Frankfurter Techquartier umgesetzt wird, begleitet die Rentenbank Gründerinnen und Gründer von der ersten Idee bis zur Skalierung im Accelerator-Umfeld.

## Strategie 2030

Die Förderinstrumente der Rentenbank wurden über die Jahrzehnte stetig erweitert – von klassischen Hofkrediten bis hin zu Innovationsförderung, Klimafinanzierung, Liquiditätshilfen und Venture Capital. Die institutionelle Funktion blieb dabei konstant: Wandel wirtschaftlich tragfähig zu machen.

Das zeigt, dass sich auch die Rentenbank immer wieder selbst konsequent auf veränderte Rahmenbedingungen und sich wandelnde Bedürfnisse ihrer Kunden ausrichtet. Dafür hat sie im vergangenen Jahr ihre Geschäftsstrategie 2030 entwickelt.

Im Mittelpunkt steht dabei der gesetzliche Förderauftrag der Bank. Um diesen

auch künftig wirkungsvoll erfüllen zu können, hat die Rentenbank ihre Kundengruppen im Rahmen der Strategie noch klarer differenziert und richtet ihr Förderangebot stärker an den jeweiligen Bedarfen aus. Bis 2030 soll das Förderangebot systematisch über alle Kundengruppen hinweg weiterentwickelt und ausgebaut werden. Gleichzeitig stärkt die Rentenbank die Zusammenarbeit mit ihren Finanzierungspartnern und entwickelt ihre Steuerungslogik weiter: Künftig wird die Förderleistung noch stärker als zentrale Kennzahl des Handelns im Mittelpunkt stehen.

Die Strategie zeigt damit vor allem eines: Die Rentenbank passt ihren Kurs an, wenn sich die Rahmenbedingungen

---

„Förderbanken schaffen die Voraussetzungen dafür, dass notwendige Veränderungen wirtschaftlich tragfähig werden.“

---

verändern. Sie verbindet Kontinuität im Förderauftrag mit der Bereitschaft zur Weiterentwicklung. Entscheidend ist dabei auch die breite Verankerung innerhalb der Institution. Die Strategie 2030 wurde gemeinsam mit den Mitarbeitenden entwickelt und von den zentralen Stakeholdern – insbesondere dem Verwaltungsrat – eng begleitet. Dadurch steht die gesamte Organisation hinter dem eingeschlagenen Kurs. Dass dieser Kurs trägt, zeigen die aktuelle Geschäftsentwicklung und das Feedback unserer Kunden gleichermaßen.

## Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Prioritäten

Melvilles Moby Dick zeigt, wie gefährlich es werden kann, unter veränderten Bedingungen an alten Gewissheiten festzuhalten. Genau darin liegt auch heute eine der größten Herausforderungen für Gesellschaften: Veränderungen rechtzeitig die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und die Bereitschaft aufzubringen, den eigenen Kurs anzupassen. Stattdessen wird häufig an vertrauten Strukturen festgehalten, obwohl sich wirtschaftli-

che, technologische und geopolitische Rahmenbedingungen längst verschoben haben.

Der öffentliche Umgang mit dem gestrandeten Buckelwal „Timmy“, über den unter anderem Sandra Kegel in der FAZ schrieb, macht diese Mechanismen auf bemerkenswerte Weise sichtbar. Über Tage richtete sich die Aufmerksamkeit eines ganzen Landes auf ein einzelnes Tier: ein riesiger, kraftvoller Wal, der plötzlich orientierungslos in flachem Wasser festsaß und aus eigener Kraft nicht mehr in seinen natürlichen Lebensraum zurückfand. Gerade dieser Kontrast zwischen Größe und Hilflosigkeit verlieh der Geschichte ihre enorme emotionale Wirkung. Kegel bezeichnete Timmy als

„machtlos gewordenen Koloss“ – ein Bild, das sich auch auf Deutschland übertragen lässt: ein Land mit großer wirtschaftlicher Substanz und langer Erfolgsgeschichte, das zugleich zunehmend unsicher wirkt, wie es mit den tiefgreifenden Veränderungen der Gegenwart umgehen soll. Vielleicht erklärt gerade diese Symbolik die starke Resonanz der Geschichte. Timmy wurde zur Projektionsfläche eines diffusen gesellschaftlichen Gefühls, dass bisherige Sicherheiten nicht mehr selbstverständlich tragen und Orientierung unter veränderten Bedingungen verloren gehen kann.

Umso wichtiger werden Institutionen, die Wandel nicht aussitzen oder blockieren, sondern Anpassungsfähigkeit ermöglichen. Förderbanken wie die Landwirtschaftliche Rentenbank übernehmen genau diese Funktion: Sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass notwendige Veränderungen wirtschaftlich tragfähig werden. Wenn das gelingt, muss Deutschland weder das Schicksal Timmys teilen, der orientierungslos strandete, noch das Ahabs, der dem weißen Wal bis zum bitteren Ende hinterherjagte.

Redaktionsgespräch mit Edith Weymayr

# „Wirkungsmessung: Wir koppeln Fördereffektivität mit Fördereffizienz“

**Frau Weymayr, Sie haben vor wenigen Wochen den ersten Wirkungsbericht einer Landesförderbank veröffentlicht. Warum gab es so etwas nicht längst schon?**

Weil Wirkungsmessung ein sehr komplexes Vorhaben ist, zumindest, wenn sie systematisch, sinnvoll und verlässlich sein soll, wenn sie das Fundament sein soll, mit dem wir unsere Förderung weiterentwickeln wollen. Sie benötigen zu nächst einmal umfangreiche und belastbare Daten, die gesammelt, geclustert und nutzbar gemacht werden müssen.

Und dann brauchen Sie Berechnungsmethoden und Modelle, die in der Lage sind, diese Daten zu verarbeiten und daraus Wirkungskennzahlen abzuleiten, mit denen dann gearbeitet werden kann.

Weder die nötigen Daten noch die Berechnungsmethoden waren oder sind einfach so da. Und es gibt auch noch keine allgemeinen oder gar verbindlichen einheitlichen Wirkungsmanagement-Standards für Förderbanken, an denen wir uns hätten orientieren können. Wir haben deshalb viel Zeit und

Aufwand in die Aufstellung unseres Datenhaushalts investiert und zum Teil speziell auf die L-Bank zugeschnittene Berechnungsmodelle entwickelt, ehe wir diesen ersten Wirkungsbericht vorlegen konnten.

**Das hätten wir gerne noch etwas konkreter. Woher stammen beispielsweise die Daten, die dem aktuellen Wirkungsbericht zugrunde liegen?**

Die Daten selbst stammen in aller Regel aus den Förderanträgen. Wer ein Darle-

Abbildung 1: Das L-Bank-Wirkungsmodell



Quelle: L-Bank

hen oder einen Zuschuss beantragt, muss uns erläutern, was genau er mit der Förderung vorhat. Die Kunst ist es, diese Daten nutzbar zu machen, um systematisch damit arbeiten zu können. Ein Stichwort dabei lautet Daten-Digitalisierung, ein anderes Daten-Integration.

Konkretes Beispiel: Es geht nicht nur darum, wie viele Anlagen zur Produktion erneuerbaren Stroms wir gefördert haben, sondern auch darum, wie viele Tonnen CO<sub>2</sub>e damit eingespart werden können. Und wie groß ist die Emissionsminderung, wenn wir relevante Daten aus anderen Förderprogrammen in diese Rechnung einbeziehen? Auch aus solchen, die in mehrfacher Hinsicht wirken, etwa Wettbewerbsfähigkeit steigern und CO<sub>2</sub>e einsparen? Daran erkennen Sie auch die Komplexität, auf die unser Wirkungsmanagement eine Antwort haben muss.

Wir wollen einen ganzheitlichen Blick auf unser Fördergeschäft. Unser Datenhaushalt muss also digital, umfassend und alle Förderbereiche integrierend sein. Noch ist er das nicht in Gänze, aber wir haben nun einen Stand erreicht, mit dem wir transparent offenlegen können: Wir sind auf einem guten Weg und werden immer besser.

Der erste Wirkungsbericht für das Jahr 2025 ist der Beleg dafür. Er befasst sich mit Förderprogrammen aus den Förderfeldern Wohnen und Daseinsvorsorge, Wirtschaft und Innovation sowie Klima und Umwelt.

**Wenn wir über Wirkung sprechen, was genau ist damit im Kontext einer Förderbank gemeint?**

Bisher haben wir den Erfolg unserer Arbeit vor allem an der Nachfrage nach unseren Förderprogrammen und am ausgereichten Fördervolumen gemessen. Diese Art der Erfolgskontrolle behalten wir auch bei. Wir erweitern sie mit der Wirkungsmessung aber sowohl quantitativ als auch qualitativ um einen an Förderzielen orientierten Aspekt. Die

Wirkung messen wir über standardisierte Wirkungsindikatoren, die Förderwirkung in vergleichbare Kennzahlen übersetzt.

Im Kern geht es um eine möglichst gute Kosten-Nutzen-Relation: Wie effizient setzen wir unsere Fördersubventionen ein? Was erreichen wir mit unseren Darlehen und Zuschüssen und entspricht das Erreichte auch dem angestrebten Ziel und der politischen Intention, die hinter unseren Förderprogrammen steckt?

Es ist erklärtes Ziel der neuen grün-schwarzen Landesregierung in Baden-Württemberg, Förderprogramme viel stärker als bisher zu überprüfen und zu hinterfragen, eine wirkungsorientierte Förderpolitik zu entwickeln. Die Förderstrukturen im Land sollen schlanker und effizienter werden. Um das zu schaffen, brauchen wir die Wirkungsmessung und die transparente Berichterstattung, einen Dialog über Förderwirkung. Als der zentrale Förderdienstleister für Baden-Württemberg sehen wir es daher als unsere Aufgabe an, diesen Weg mit unserem Förder-Knowhow und den bei uns gesammelten Daten mitzugestalten.

**Also weg von der ausgabenorientierten Erfolgskontrolle hin zu einem zielorientierten Wirkungsmanagement?**

Genau. Wir haben als Landesförderbank den Auftrag, die Landesregierung Baden-Württembergs bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu unterstützen und damit die nachhaltige Transformation der Wirtschaft und einer Gesellschaft hin zur Klimaneutralität zu fördern, bei gleichzeitiger Sicherung der wirtschaftlichen Resilienz und Lebensqualität. Dieser Auftrag ist über politische Ziele und Gesetze definiert.

Das heißt: Die von uns angestrebte und im Bericht dargestellte Wirkung unserer Förderprogramme und Fördermittel ist identisch mit dem Nutzen für Land und



Edith Weymayr



Vorstandsvorsitzende, L-Bank, Förderbank in Baden-Württemberg, Karlsruhe

Rund 10 Milliarden Euro hat die L-Bank, Förderbank für Baden-Württemberg, im vergangenen Jahr an Krediten und Zuschüssen ausgereicht: Um etablierte Unternehmen bei geplanten Investitionen zu unterstützen und Start-ups zu fördern, um Familien zu bezahlbarem Wohnraum zu verhelfen und um Kommunen den Ausbau ihrer Infrastruktur zu ermöglichen. Als erste Landesförderbank überhaupt hat die L-Bank jetzt einen Bericht vorgelegt, wie ihre Förderleistungen konkret wirken: den L-Bank-Wirkungsbericht 2025. Ein bemerkenswertes Novum in der Förderbankenlandschaft; schließlich ist wirkungsorientiertes Handeln des Staates einer der Schlüsselbegriffe in der von Bund und Ländern mit Nachdruck geplanten Staats- und Verwaltungsmodernisierung. Im Gespräch mit der Kreditwesen-Redaktion spricht Edith Weymayr vom langen Weg bis zum ersten Wirkungsbericht, zentralen Erkenntnissen und den weiteren Schritten. (Red.)

Gesellschaft in den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit: Ökonomie, Soziales und Ökologie. Der Maßstab sind dabei zum einen die vom Land definierten Nachhaltigkeitsziele und zum anderen die 20 Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen.

Der methodische Ansatz fußt auf der international anerkannten Wirkungslogik der Theory of Change. Darauf aufbauend haben wir für die L-Bank ein

Wirkungsmodell entwickelt, das die Grundlage unseres neuen Wirkungsmanagements bildet.

**Wie sieht dieses Modell aus?**

Die Theory of Change ist ein Denkmodell, wie und warum eine geplante Maßnahme zu einer beabsichtigten gesellschaftlichen Veränderung führt. Es beschreibt also schematisch, welche Wirkungen wir mit unserer Förderung konkret anstreben, und es erlaubt uns, unsere Programme entsprechend zuzuordnen: Welcher Nachhaltigkeitsdimension dient ein Programm und welchen der 20 SDGs? Und in welchen der sechs von uns festgelegten Wirkungsfeldern entfaltet es seine Wirkung? Passt es eher zum Klimaschutz oder zum Ressourcenschutz beispielsweise, ist es ein Programm für Digitalisierung oder eher für Standortattraktivität, fördert es Gesundheit und Bildung oder Wohnraum?

Auf jedes Programm wenden wir dann die Wirkungslogik der Theory of Change an, die von einem Input, in unserem Fall die Fördersubvention, bis bestenfalls zu einer positiven gesellschaftlichen Veränderung – dem Impact – führt, beispielsweise einem Beitrag zur Treibhausgasneutralität 2040.

**Ein paar Sätze noch zur Theory of Change, Frau Weymayr. Dahinter verbirgt sich eine Wirkungskette, die vom Input ausgeht und**

**kausal drei Wirkungsebenen miteinander verknüpft: Output, Outcome und Impact. Angewendet auf eine Förderbank: Wie müssen wir uns das vorstellen?**

Unser Ziel ist es, den Beitrag eines einzelnen Förderprogramms zu einem

direkt Treibhausgasneutralität, sondern, zum Beispiel, die Anschaffung von E-Bussen oder die energetische Sanierung einer Altbauwohnung. Das ist der Output unserer Fördersubvention: die Anzahl der geförderten E-Busse oder die Zahl der gedämmten Wohnungen, also der unmittelbare Förderzweck eines Programms. Die Veränderung auf

**„Auf jedes Programm wenden wir die Wirkungslogik der Theory of Change an.“**

übergeordneten Ziel zu messen und zu beziffern, um über den Dialog darüber wiederum zu Verbesserungen von Förderstrukturen kommen zu können – also ein echter Wirkungsmanagement-Kreislauf. Ein Beispiel: Bleiben wir bei der Netto-Treibhausgasneutralität. Das ist ein übergeordnetes Ziel, das uns die Landesregierung mit einem Landesgesetz vorgegeben hat. Baden-Württemberg will 2040 treibhausgasneutral sein. Dieses Ziel steht in unserem Wirkungsmodell im Wirkungsfeld Klimaschutz und Klimaanpassung als Impact. Jedes Förderprogramm, das wir in diesem Wirkungsfeld prüfen, trägt zur langfristigen gesellschaftlichen Veränderung durch seinen Beitrag zur Treibhausgasneutralität bei.

Ebene der Zielgruppen wird dann als Outcome bezeichnet. Erfasst wird, was der E-Bus oder die gedämmte Wohnung konkret bewirken. In diesem Fall wären damit eingesparten CO<sub>2</sub>e-Emissionen gemeint. Und angestoßen werden alle diese Investitionen und Effekte durch den Input, in diesem Fall die Fördermittel des Landes und der L-Bank. Input-Output-Outcome-Impact, das ist die Wirkungslogik. In diesem Beispiel zusammengefasst: Fördersubvention führt zu sanierten Wohnungen führt zu eingesparten CO<sub>2</sub>e-Emissionen führt zu Treibhausgasneutralität.

**Die L-Bank hat bis zu 120 Förderprogramme im Angebot: Darlehensprogramme, Zuschussprogramme und Bürgschaftsprogramme. Für den Wirkungsbericht 2025 haben Sie aber nur einen Teil der Programme herangezogen.**

Abbildung 2: L-Bank-Wirkung 2025

Wohnen & Daseinsvorsorge		Wettbewerbs- & Innovationskraft		Klima & Umwelt	
1,36 Mill. Menschen in 89 Kommunen mit verbesserter Infrastruktur	25 000 Menschen mit einer neuen oder sanierten Immobilie	8,2 Mrd. Euro förderungsbedingte Wertschöpfung in Baden-Württemberg	8 100 Arbeitsplätze in KMU neu geschaffen	43 ökologische Betriebe gefördert, mit einer Fläche von 1 600 ha	437 000 t CO <sub>2</sub> e insgesamt durch Investitionen in Unternehmen und Kommunen eingespart
	7,22 Mill. Menschen im Einzugsgebiet 124 geförderter Krankenhäuser				


Die ausgewählten Wirkungsindikatoren bilden einen Ausschnitt aus dem Gesamtfördergeschäft der L-Bank mit einem Neugeschäftsvolumen von 9 775 Mill. Euro im Geschäftsjahr 2025.

Quelle: L-Bank



Das ist richtig. Leider ist das wegen der Fülle und Unterschiedlichkeit der Förderprogramme und -strukturen und der nach wie vor sehr heterogenen Datenlage auch nicht anders möglich gewesen. Wir haben für unseren ersten Wirkungsbericht rund die Hälfte der Förderprogramme berücksichtigt. Das ist ein sehr guter Startpunkt und eröffnet bereits heute eine offene Diskussion über Optimierung der Programmstrukturen. Die Erfassung und Berichterstattung sollen aber mittelfristig weiter ausgebaut werden, um einen möglichst breiten und transparenten Blick auf die Wirkung unserer Fördertätigkeit zu bekommen.

Das ist auch notwendig, denn wir wollen das Wirkungsmanagement im Zusammenspiel mit der Landesregierung zu einem Instrument der Fördersteuerung machen. Es dient dazu, Fördereffektivität und Fördereffizienz als wichtige Entscheidungsparameter in der Gestaltung von Förderprogrammen zu etablieren. Mit dem Ziel, das gesamte Förderangebot in Baden-Württemberg wirkungsorientiert auf die Zielsetzungen ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit ausrichten zu können.


 **Kommen wir zu den Ergebnissen Ihres ersten Wirkungsberichts, Frau Weymayr. Sie legen eine Reihe bemerkenswerter Zahlen vor.**

Die Wirkungsindikatoren zeigen uns, dass wir unsere Fördersubventionen schon jetzt gut einsetzen. Sei es beim Wohnungsbau und der Daseinsvorsorge, in der Unternehmens- und Wirtschaftsförderung oder für Klima und Umwelt.

Die Wirkungskennzahlen – eingesparte Treibhausgase, die Zahl neuer familiengerechter Wohnungen, Millionen von Menschen, die von geförderter Infrastruktur profitieren – sind für uns und für unseren Eigentümer, das Land Baden-Württemberg, nicht nur erkenntnisreich und wichtig, um unsere Förderaktivitäten künftig besser steuern zu können. Es ist einfach auch ungemein spannend zu sehen, wie Förderung in

den verschiedensten Bereichen die Lebenswirklichkeit der Menschen verändert und dann langfristig auch das Land möglichst positiv verändert.

Ich denke, auch für die allgemeine Öffentlichkeit ist das von großem Interesse.

 **Gehen wir die L-Bank-Wirkung in den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit einmal durch – Ökonomie?**

In diesem für die L-Bank sehr wichtigen Förderbereich haben wir unter anderem die Beschäftigungseffekte unserer För-

derleistungen untersucht und deren Beitrag zur Wertschöpfung in Baden-Württemberg.

derleistungen untersucht und deren Beitrag zur Wertschöpfung in Baden-Württemberg.

Für Letzteres nutzen wir ein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes Wertschöpfungsmodell der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung, das speziell für unsere Zwecke entwickelt wurde. Das Ergebnis der Wirkungsanalyse ist, dass wir mit unserem Förderbeitrag von insgesamt knapp 100

Millionen Euro eine volkswirtschaftliche Wertschöpfung von 14,7 Milliarden Euro in ganz Deutschland angestoßen haben, 8,2 Milliarden Euro davon in Baden-Württemberg. Das heißt also, dass aus einem Euro Subvention 147 Euro für Wirtschaft und Menschen in Deutschland werden. Eine beeindruckende Größenordnung, finde ich.

Für die Berechnung des Beschäftigungseffekts unserer Förderung haben wir uns angesehen, wie viel Subvention durch Förderung nötig war, um einen neuen Arbeitsplatz zu schaffen. 8100 Arbeitsplätze wollten die durch unsere Förderprogramme geförderten Unter-

nehmen schaffen, bei 59 Millionen Euro Subventionsmitteln sind das rund 7280 Euro pro Arbeitsplatz. Das klingt zunächst nach viel, wenn man aber bedenkt, was ein Arbeitsplatz für Familien und den Staat an volkswirtschaftlicher Wertschöpfung bedeutet, ist das eine lohnende Investition. Ein Arbeitsplatz trägt zum Beispiel ganz grob im Durchschnitt mehr als 100000 Euro jährlich zur Wertschöpfung Baden-Württembergs bei.

---

**„Die Erfassung und Berichterstattung sollen mittelfristig weiter ausgebaut werden.“**

---

Mit dem Wirkungsbericht 2025 dokumentiert die L-Bank erstmals systematisch für ausgewählte Indikatoren die erzielten Effekte in allen Förderbereichen und schafft damit eine Grundlage für Lernen, Weiterentwicklung und strategische Steuerung. Ein systematisches, ganzheitliches Wirkungsmanagement soll die Förderung langfristig stärken und den Übergang von der Subventions- und Finanzmittelvergabe zur förderpolitischen Wirkungssteuerung ermöglichen. Der L-Bank-Wirkungsbericht stützt sich aktuell vor allem auf Daten und Informationen aus Förderanträgen, die für die Antragsbewilligung relevant sind. Es handelt sich bei den beschriebenen Wirkungen deshalb nicht um eine Evaluation, sondern um Annahmen auf Basis von Primärdaten und ergänzenden statistischen Modellen. Die beschriebenen Wirkungen sind also Ex-ante-Prognosen, die mittelfristig durch Ex-post-Evaluierungen ergänzt werden sollen. Die L-Bank orientiert sich an erprobten und anerkannten nationalen und internationalen Methoden, wie sie unter anderem in der Nachhaltigkeitsberichterstattung, beim Wirkungsbericht der KfW und in der Verwaltung eingesetzt werden. Den Wirkungsbericht 2025 finden Sie unter: <https://www.l-bank.info/foerderwirkung>



### Und im zweiten großen Wirkungsfeld: der Ökologie, also „Klima und Umwelt“?

Da denkt man zuerst an die wichtigste Klima-Kennzahl, also an eingesparte CO<sub>2</sub>-Äquivalente – also haben wir genau das für unsere Mittelstandsprogramme und Infrastrukturprogramme untersucht.

2025 haben wir insgesamt 754 Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien gefördert, deren CO<sub>2</sub>e-Ausstoß im Vergleich zum konventionellen Energiemix um 58.000 Tonnen geringer ist. Bei eingesetzten 1,47 Millionen Euro L-Bank-Mitteln bedeutet das, dass 24 Euro Subvention nötig waren, um eine Tonne CO<sub>2</sub>e einzusparen. Zur Einordnung: Der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub>e liegt im nationalen Emissionshandel zwischen 55 und 65 Euro.

Die L-Bank-Unterstützung für Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz von Unternehmen und Kommunen sorgte für insgesamt 437.000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub>e-Ausstoß. Zum Vergleich: Das entspricht den jährlichen CO<sub>2</sub>e-Emissionen von mehr als 200.000 Verbrenner-PKW.



Schließlich die Förderwirkung in den sozialen, gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen. Für das Wirkungsfeld haben Sie „Wohnen und Daseinsvorsorge“ als Überschrift dafür gewählt.

Bei der Förderung von Kommunen ging es uns darum, herauszufinden, wie viele

Menschen von unseren Förderdarlehen in den Ausbau kommunaler Infrastruktur profitieren. Mehr als 100 Maßnahmen in 89 Kommunen hat die L-Bank im Jahr 2025 gefördert. 1,36 Millionen Menschen profitieren direkt oder indirekt von den

geförderten Maßnahmen. Ein weiteres Beispiel: Von der Krankenhausförderung haben 7,22 Millionen Menschen im Einzugsgebiet der 124 geförderten Einrichtungen einen unmittelbaren Nutzen, das sind beachtliche 64 Prozent der Bevölkerung Baden-Württembergs.

Das heißt, unsere Verantwortung, Förderbank für ganz Baden-Württemberg zu sein, können wir an diesen Stellen erfüllen. Unsere Programme sind offenbar so gestaltet, dass Kommunen sie kennen, nutzen und die Förderung den Bürgerinnen und Bürgern auch zugutekommt.



**Frau Weymayr, der erste Wirkungsbericht der L-Bank ist jetzt publik, wann kommt der nächste, wie geht es jetzt weiter?**

Die Zahlen der Wirkungsindikatoren, die wir jetzt veröffentlicht haben, haben das Potenzial, über die Jahre hinweg zu einer langen Zahlenreihe aufgebaut zu werden. Das gibt uns immer bessere Möglichkeiten, unsere Förderwirkung über die

Zeit hinweg zu bewerten, zwischen den Förderprogrammen, aber auch zwischen den Bundesländern, um dann mit den Landesministerien Schlüsse daraus zu ziehen. Am Ende geht es bei unserem Wirkungsmanagement, wie vorhin bereits

---

„Es geht darum, unsere Programme zielorientierter und effizienter zu machen.“

---

erläutert, darum, unsere Förderleistungen transparenter darzustellen und unsere Programme zielorientierter und effizienter zu machen – also aus einem Euro Förderung mehr an gewünschter Wirkung herauszuholen.

Wir koppeln also Fördereffektivität mit Fördereffizienz. Unsere Leitfrage: Machen wir zur Erreichung der gesetzten gesellschaftspolitischen Ziele die richtige Förderung und machen wir diese Förderung dann auch richtig? Eine Schlüsselfrage in Zeiten knapper werdender Haushaltsmittel, aber auch in der Entwicklung eines modernen, kundenorientierten Staatswesens. Diesem ersten Wirkungsbericht müssen also weitere folgen, die immer genauer und umfassender werden sollen, damit wir immer präzisere Wirkungsaussagen treffen und in den Diskurs gehen können.

Was am Ende zählt, ist die nachhaltige und damit gestaltende Wirkung für Baden-Württemberg, die wir mit unserer Förderung erzielen.

### Bleiben Sie immer auf dem neuesten Stand!

Ihre Kreditwesen-Redaktion informiert täglich in der Rubrik „Tagesmeldungen“.

Folgen Sie uns auf



oder besuchen Sie uns unter

[www.kreditwesen.de/tagesmeldungen](http://www.kreditwesen.de/tagesmeldungen)



Ulrich Link / Sandra Baumbach

## Wohnen für alle Generationen: Förderung vom ersten Semester bis in den Ruhestand

Wer an der Türschwelle zu einer neuen Miet- oder Eigentumswohnung steht, betritt damit gleichzeitig den nächsten Lebensabschnitt. In der aktuellen Phase steigender Mietpreise und fehlendem Wohnraum wird das mittlerweile aber nicht nur mehr in Ballungsgebieten zu einem Problem. Die Schwelle steht symbolisch für die Herausforderungen am Wohnungsmarkt, die es zu überwinden gilt.

Mit der sozialen Wohnraumförderung wird in Rheinland-Pfalz seit nun

zuhause-Standard NH 40 Plus mit Dachbegrünung und Photovoltaikanlage – separat erfassen und ökologische Qualität sowie soziale Erschwinglichkeit miteinander verbinden.

### Ländliches Ungleichgewicht

Die individuell verfügbare Wohnfläche hat sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als verdreifacht und spiegelt das Bild einer individualisierten Lebensweise wider. Unabhängig von regiona-

und Infrastruktur konzentriert sind und genau dort gerät der Wohnungsmarkt unter Druck. Wohnraumförderung setzt dort an, wo dieser am größten ist und leistet einen gezielten Beitrag zur Stabilisierung angespannter Märkte. Dass ein Viertel der Fördermittel allein auf zwei Städte entfällt, ist keine Schiefelage, sondern eine konsequente Reaktion auf die tatsächliche Bedarfslage.

Und dennoch soll im Schatten der lukrativen Wohnlagen der flächendeckende Bedarf nicht vergessen werden. Denn weitere Faktoren wie die Ländergrenze zu Luxemburg und den dortigen teuren Lebenshaltungskosten führen dazu, dass in Landkreisen wie Bitburg-Prüm die Nachfrage ebenfalls exponentiell steigt.

„Wohnraumförderung leistet einen gezielten Beitrag zur Stabilisierung angespannter Märkte.“

mehr über 75 Jahren mit staatlichen Fördermitteln gegengesteuert und bezahlbares Wohnen ermöglicht. Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) fördert in dreifacher Ausfertigung mit zinsgünstigen Darlehen, hohen Tilgungszuschüssen bis zu 45 Prozent auf Grunddarlehen sowie 50 Prozent auf Zusatzdarlehen und der Hauptrisikübernahme bezüglich der Finanzierung. In den ersten zehn Jahren fallen keinerlei Zinsen an, danach steigt der Zinssatz moderat auf bis zu einem Prozent. Hinzu kommt ein Tilgungszuschuss von bis zu 50 Prozent auf das Grund- und Zusatzdarlehen, der die effektive Finanzierungslast erheblich reduziert.

Ergänzend können Klimabausteine beantragt werden, die besonders energieeffizientes Bauen – etwa nach dem Effi-

len Merkmalen zeigt sich überwiegend ein heterogenes Szenario mit Leerständen im ländlichen Raum und Engpassituationen in den Schwarmstädten wie Mainz und Trier. Beide Städte haben im vergangenen ISB-Geschäftsjahr rund ein Viertel des geförderten Wohnraums in Rheinland-Pfalz abgebildet. Würde man die angrenzenden Landkreise noch mit einbeziehen, fiel die Quote entsprechend höher aus.

Dieses Ungleichgewicht ist kein Zufall, sondern Ausdruck struktureller Wanderungsbewegungen, denn Menschen zieht es dorthin, wo Arbeit, Bildung

Es kann daher nicht verwundern, warum die Förderprogramme so stark nachgefragt werden. Die Einkommensgrenzen für den benötigten Wohnberechtigungsschein sind so festgelegt, dass nicht nur sozial benachteiligte Menschen davon profitieren, sondern auch viele Haushalte aus der breiten Mittelschicht. Die aktuelle Obergrenze für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern liegt bei rund 103000 Euro brutto im

Jahr. Die Förderzahlen für das vergangene Geschäftsjahr erreichten schließlich neue Rekordwerte: 3312 geförderte Wohneinheiten sind der höchste Stand

„Der Fokus wird immer stärker auf einen nachhaltigen Energieeffizienzstandard gelegt.“

im vergangenen Jahrzehnt, davon 2715 Wohnungen und 597 Bewohnerplätze für Studierende und Auszubildende in

ellen Mitteln. Gemeinsam haben Handwerk, Religion und staatliche Förderung ein Zuhause mitten im Zentrum der

---

## „Bezahlbares Wohnen bleibt eine der drängendsten gesellschaftlichen Aufgaben.“

---

Wohnheimen bei einem Kreditvolumen von rund einer halben Milliarde Euro.<sup>1)</sup>

Diese Kennzahlen erzählen jedoch nur einen kleinen Teil der Erfolgsgeschichte und ihrer positiven gesellschaftlichen Wirkung. Denn die Förderung deckt faktisch über verschiedenste Programme sämtliche gesellschaftliche Alterszielgruppen ab. Hierbei wird immer stärker der Fokus auf einen nachhaltigen Energieeffizienzstandard gelegt, der separat über Klimabausteine gefördert wird. Diese Zusatzmodule umfassen Darlehen für den Effizienzhaus-Standard NH 40 Plus, Photovoltaikanlagen, Dachbegrünung sowie barrierefreie Ausstattung über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus und machen die Förderung zu einem Instrument, das soziale und ökologische Ziele konsequent verbindet.

### Kooperation mit Kirche und externer Wohnungsbaugesellschaft

Das Ludwigshafener Förderobjekt wurde durch ein ungewöhnliches Dreigestirn ermöglicht: die katholische Kirche stellte den Boden mit einer Erbpacht bereit, ein externer Bauträger setzte das Projekt um und das Land Rheinland-Pfalz ebnete den Weg mit finanzi-

Stadt geschaffen und damit dort, wo aufgrund der Ballungsdichte sonst nur wenig freie Flächen für eine Neubebauung vorhanden sind. Wo Flächen knapp und Bedarfe groß sind, braucht es daher diesen Mut zur unerwarteten Partnerschaft.

Die 18 Einheiten sind so konzipiert, dass sie unterschiedlichen Lebensrealitäten gerecht werden. 17 Wohnungen erfüllen den barrierefreien Standard, sechs davon wurden gezielt für Menschen ab 60 Jahren ausgelegt. In dieser Altersklasse ist mit einem erhöhten Bedarf an bezahlbarem Wohnen zu rechnen, wenn in der Region rund 19000 Menschen der sogenannten „Babyboomer“-Generation bis in zehn Jahren vollständig in Rente gehen.<sup>2)</sup>

Gerade in Ludwigshafen haben viele von ihnen Phasen von Arbeitslosigkeit oder Niedriglohn hinter sich und werden sich ihre bisherige Wohnung im Alter nicht mehr leisten können. Sechs barrierefreie Wohnungen für Menschen ab 60 Jahren sind daher angesichts dieser Dimension kein Tropfen, der den Ozean zum Überlaufen bringt und dennoch ein klares Signal: Bezahlbarer Wohnraum im Alter darf kein Privileg sein, sondern ein Anspruch und Landesförderbanken greifen dort ein, wo der Markt allein versagt.

Wohnraumförderung denkt in Zielgruppen und das so konkret wie möglich. Während das Ludwigshafener Projekt unter anderem gezielt Menschen ab 60 Jahren in den Blick nimmt, richtet sich das nächste Förderprojekt an eine völlig andere Lebensphase: Studierende, die am Beginn ihrer Ausbildung stehen und auf bezahlbaren Wohnraum in Hochschulnähe angewiesen sind.

Über das ISB-Programm „Junges Wohnen – Studierende“ wird in Kaiserslautern ein Studierendenwohnheim mit 208 Bewohnerplätzen energetisch modernisiert. Bauträger ist eine Stiftung – eine im Wohnungsbau eher ungewöhnliche Konstellation, die aber konsequent zur Natur des Projekts passt. Wer gemeinnützig denkt, baut nicht für die Rendite, sondern für den Bedarf. Die monatliche Miete beträgt 225 Euro und liegt damit deutlich unterhalb des Marktniveaus, das Studierende in Kaiserslautern auf dem freien Wohnungsmarkt zahlen müssten.

### Junges Wohnen

Die Modernisierung greift tief in die Bausubstanz: Asbestzementplatten werden entfernt und durch PV-Anlagen ersetzt, der Altbau aus den 1980er-Jahren erhält ein modernes Wärmedämmverbundsystem zur optimalen Isolierung. Ein Gebäude, das in die Jahre gekommen war, wird so nicht nur saniert, sondern grundlegend zukunftsfähig gemacht.

Ein weiteres Förderprojekt führt in die Eifel. In Bitburg entsteht ein Neubau mit 27 Wohnungen, die alle vollständig gefördert werden. Was dieses Projekt besonders auszeichnet: Sämtliche 27 Wohneinheiten werden barrierefrei errichtet und 21 davon sogar über die gesetzlichen Mindestanforderungen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn in der Praxis werden Barrierefreiheit und Förderung häufig nur anteilig kombiniert.

Was barrierefreies Wohnen bedeutet, geht weit über den sprichwörtlichen

#### Über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)

Die ISB mit Sitz in Mainz ist die landeseigene Förderbank für Rheinland-Pfalz und unterstützt das Land bei der Umsetzung der Wirtschafts-, Struktur- und Wohnraumförderung. Mit Beratungsangeboten, zinsgünstigen Darlehen, Bürgschaften, Zuschüssen und Eigenkapitalfinanzierungen setzt sie ein breites Portfolio an Fördermöglichkeiten ein und bezieht hierbei auch Mittel des Landes, Bundes und der Europäischen Union ein. Die ISB arbeitet wettbewerbsneutral mit allen Kreditinstituten und Sparkassen zusammen.



„Handlauf im Bad“ hinaus. Schwellenlose Zugänge und Übergänge im gesamten Gebäude bilden die Grundlage, ergänzt durch verbreiterte Innentüren mit mindestens 80 Zentimeter lichter Durchgangsbreite sowie ausreichende Bewegungsflächen vor Sanitärobjekten, in der Küche und im Schlafbereich. Sanitärräume müssen mit niveaugleichen Duschen ohne Schwelle ausgestattet sein, Aufzugkabinen eine Mindestgröße aufweisen. In rollstuhlgerechten Wohnungen werden darüber hinaus unterfahrbare Waschtische und Arbeitsflächen in Küche und Bad eingerichtet sowie mindestens ein Fenster, das einen Ausblick aus sitzender Position ermöglicht. All diese Maßnahmen verfolgen ein gemeinsames Ziel: selbstständiges Wohnen ohne fremde Hilfe.<sup>3)</sup>

Der vollständig barrierefreie Ansatz des Projekts reagiert auf eine demografische Realität, die den Wohnungsmarkt in den kommenden Jahren zunehmend prägen wird. Eine älter werdende Gesellschaft braucht Wohnraum, der von Beginn an allen Bewohnern gerecht wird und nicht erst nachträglich angepasst werden muss. Dass die Nachfrage nach solchen Objekten hoch ist, überrascht vor diesem Hintergrund nicht und wird es auf absehbare Zeit bleiben.

Das Mainzer Abschlussprojekt zeigt, dass auch private Bauherren Teil dieser Förderlogik sein können: In Mainz errichtet ein privater Bauherr im Rahmen eines Ersatzneubaus zwei Gebäude mit insgesamt neun Wohneinheiten. Auch hier gilt der Effizienzhaus-Standard 40 Plus als Maßstab – einer der höchsten erreichbaren energetischen Standards im geförderten Wohnungsbau.

### Privater Bauherr ergreift Initiative

Die Wohnungen werden zu einer Kaltmiete von 7,20 Euro pro Quadratmeter vermietet. Nimmt man zum Vergleich den offiziellen Mietspiegel der Stadt Mainz, liegt der Marktpreis bei 14,07 Euro pro Quadratmeter und somit na-

hezu doppelt so hoch. Konkret bedeutet das für eine 59 Quadratmeter große Wohnung eine monatliche Kaltmiete von 424,80 Euro statt marktüblicher 830,13 Euro. Die Förderung spart Mieterinnen und Mietern damit über 400 Euro im Monat.

Das Mainzer Projekt soll verdeutlichen, dass Wohnraumförderung kein starres System ist, welches nur institutionellen Akteuren offensteht. Auch private Bauherren können und sollen Teil der Lösung sein. Denn letztlich zählt nicht, wer baut, sondern was entsteht: bezahlbarer, energieeffizienter Wohnraum, der Menschen in einer der teuersten Mietstädte Rheinland-Pfalz eine echte Alternative zum freien Markt bietet.

### Mehr Spielraum für ambitionierte Projekte

Die vier vorgestellten Projekte stehen stellvertretend für ein Förderverständnis, das über das reine Bereitstellen von Kapital hinausgeht. Die ISB versteht sich als strategischer Partner, der unkonventionelle Konstellationen – ob mit kirchlichen Grundstücksgebern, gemeinnützigen Stiftungen oder privaten Einzelbauherren – aktiv begleitet und ermöglicht.

Mit dem Bundeshaushalt 2026, der für die Programmjahre 2026 und 2027 insgesamt neun Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitstellt, verändert sich auch der Rahmen, in dem Landesförderbanken agieren können. Für die ISB eröffnet sich damit mehr Spielraum für ambitionierte Projekte, höhere Tilgungszuschüsse und die Möglichkeit, Partnerschaften zu initiieren, die ohne Unterstützung des Landes nicht zustande kämen.

Bezahlbares Wohnen bleibt eine der drängendsten gesellschaftlichen Aufgaben und Wohnraumförderung eines der wirksamsten Instrumente, um ihr zu begegnen. Denn am Ende steht immer dasselbe Ziel, dass die Türschwelle zur nächsten Wohnung keine Hürde



Dr. Ulrich Link

Vorstandssprecher, Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), Mainz



Sandra Baumbach

Vorstandsmitglied, Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), Mainz

Bezahlbarer Wohnraum gehört zu den drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Steigende Mieten, knapper Wohnraum und wachsende Anforderungen an Energieeffizienz stellen Politik, Wohnungswirtschaft und Finanzierungsakteure vor große Herausforderungen. Während Ballungsräume unter hoher Nachfrage leiden und zugleich die Anforderungen an nachhaltiges Bauen steigen, gewinnt die öffentliche Wohnraumförderung zunehmend an Bedeutung. Als Förderbank des Landes Rheinland-Pfalz nimmt die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) dabei eine zentrale Rolle ein, wie die Autoren in diesem Beitrag verdeutlichen: Mit zinsgünstigen Darlehen, attraktiven Tilgungszuschüssen und der Finanzierung sozialer wie ökologischer Wohnbauprojekte schafft sie Anreize für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum. Anhand ausgewählter Fördervorhaben zeigt dieser Beitrag, wie die ISB gesellschaftliche Bedarfe mit nachhaltiger Finanzierung verbindet und unterschiedliche Zielgruppen erreicht. (Red.)

bleibt, sondern der Beginn eines neuen Lebensabschnitts.

#### Fußnoten

- 1) Rekordzahlen bei der sozialen Wohnraumförderung in Rheinland-Pfalz. Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz
- 2) Vgl. Ludwigshafen-Studie: Rheinland-Pfalz braucht pro Jahr 6600 neue Sozialwohnungen – Jüngere und Ältere sind die Verlierer auf dem Wohnungsmarkt in Ludwigshafen
- 3) <https://www.immobiliens24.de/tipps-fuer-vermieter/barrierefreie-wohnung/>

Gottfried Milde

## Wir machen Hessen stark – 75 Jahre WI-Bank

Die WI-Bank macht Hessen stark – seit 75 Jahren. Der Leitsatz der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) bringt den Auftrag einer modernen Landesförderbank prägnant auf den Punkt: öffentliche Ziele in wirksame Finanzierungs- und Förderlösungen zu übersetzen und damit die wirtschaftliche, soziale und infrastrukturelle Leistungsfähigkeit eines Landes zu sichern.

In einer Phase tiefgreifender Transformation – geprägt durch Digitalisierung, demografische Verschiebungen, geopolitische Risiken und Dekarbonisierung – rücken Förderbanken verstärkt in den Fokus wirtschafts- und finanzpolitischer Steuerung. Sie ergänzen Marktmechanismen dort, wo Investitionen volkswirtschaftlich geboten, im standardisierten Bankgeschäft aber nur eingeschränkt abbildbar sind, und verbinden staatliche Zielsetzungen mit bankfachlicher Risikoprüfung und Umsetzungsqualität.

Die WI-Bank nimmt in diesem Kontext eine Doppelrolle ein: als Förderbank des Landes Hessen und als operative Schnittstelle zwischen politischer Willensbildung, Kapitalmarkt und Realwirtschaft. Der Beitrag zeigt entlang des Leitmotivs „Wir machen Hessen stark“, wie sich diese Rolle institutionell und instrumentell konkretisiert und wie der rechtliche Rahmen die künftige Förderbankarbeit prägt.

### Wir – Akteursnetzwerk

„Wir“ beschreibt ein arbeitsteiliges Gefüge, in dem Landespolitik, Förderbank, Geschäftsbanken, Kommunen, Unternehmen und weitere Akteure gemein-

sam Verantwortung für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung Hessens übernehmen. Die Politik gibt Ziele vor und setzt die Leitplanken, die WI-Bank übersetzt diese zusammen mit dem Land in Förderlogiken und Produkte, während die Marktteilnehmer Investitionen operativ umsetzen. So entsteht eine klare Steuerungs- und Verantwortungsstruktur, in der öffentliche Zielsetzungen und bankwirtschaftliche Professionalität systematisch und zum Wohle des Bundeslandes miteinander verknüpft werden.

Zu diesem „Wir“ gehören Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen, die investieren und Transformationsprozesse anstoßen. Geschäftsbanken und Sparkassen sind als Hausbanken häufig erste Anlaufstellen, tragen Risiken mit und integrieren Förderprodukte der WI-Bank in ihre Finanzierungskonzepte. Ministerien, Behörden und Verbände bringen fachpolitische Schwerpunkte ein und geben die strategischen Ziele des Landes vor, die die WI-Bank stützend aufgreift und an denen sich die Produktentwicklung der WI-Bank orientiert.

Die Bewältigung der Corona-Pandemie hat die Belastbarkeit dieses Netzwerks deutlich gemacht. Förderstrukturen mussten in kurzer Zeit skaliert, Entscheidungen beschleunigt und neue Programme in enger Abstimmung mit Land, Bund und Hausbanken umgesetzt werden. Die WI-Bank fungierte dabei als operative Drehscheibe und zugleich als beratende Partnerin bei der Ausgestaltung der Instrumente. Der Krisenfall verdeutlicht, dass klare Rollen, eingespielte Abläufe und vertrauensvolle Zusammen-

arbeit zu einem zentralen Resilienzfaktor werden und dass das „Wir“ der WI-Bank weit über ein kommunikatives Motiv hinausgeht.

Die WI-Bank versteht sich in diesem Gefüge nicht als reine Durchleiterin von Mitteln, sondern als gestaltende Akteurin. Ihre Mitarbeiter bringen bankfachliche Expertise, Marktkenntnis und Regionalwissen ein, entwickeln Programme weiter und begleiten Vorhaben über ihren Lebenszyklus. Steuerung wird so als Zusammenspiel von Kooperation, Risikoteilung und langfristige Partnerschaft verstanden.

### Machen – Instrumente, Programme, Steuerung

„Machen“ steht für die operative Übersetzung wirtschafts-, struktur- und gesellschaftspolitischer Ziele in die reale Förderpraxis. Die WI-Bank stellt nicht nur Finanzierung bereit, sondern strukturiert Förderzugänge, operationalisiert politische Prioritäten und schafft Umsetzungswege für Investitionen, die gesamtwirtschaftlich erforderlich sind. Entscheidend ist dabei nicht die Höhe der eingesetzten Mittel, sondern die Qualität und Passung der Instrumente.

Das Instrumentarium umfasst Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften und Beteiligungen. Damit lassen sich unterschiedliche Bedarfs- und Risikoprofile adressieren: zinsgünstige Darlehen für tragfähige Geschäftsmodelle, Zuschüsse für Vorhaben mit hohem öffentlichem Nutzen und begrenzter Refinanzierbarkeit sowie Bürgschaften und Beteiligungen für risikoreichere oder innovationsgetriebe-



ne Projekte. Wirksamkeit entsteht vor allem aus dem Zusammenspiel dieser Instrumente: Öffentliche Mittel sollen private Finanzierung hebeln, Risiken sachgerecht verteilt und Investitionsfähigkeit dort hergestellt werden, wo Marktakteure allein zu zurückhaltend wären.

Förderberatung ist in dieser Logik kein Beiwerk, sondern integraler Bestandteil der Förderarchitektur. In einer vielschichtigen Förderlandschaft übernimmt die WI-Bank eine Übersetzungsleistung zwischen politischem Förderzweck, regulatorischen Vorgaben und den konkreten Investitionslogiken von Unternehmen, Kommunen oder Haushalten. Programmentwicklung bedeutet, Zielgruppen, Fördertatbestände, Zugangsbedingungen und Prozesse so auszutarieren, dass Förderzweck und Umsetzbarkeit gleichermaßen gewahrt bleiben.

## Geschäftsfelder und Beispiele

Die vier Geschäftsfelder der WI-Bank strukturieren die Förderpraxis entlang zentraler Transformations- und Entwicklungsaufgaben Hessens. Sie markieren unterschiedliche Förderlogiken, Risikoprofile und Wirkdimensionen.

**Gründen & wachsen:** Dieses Feld adressiert Gründungen, junge Wachstumsunternehmen und den Mittelstand. Im Vordergrund stehen Finanzierungen jenseits standardisierter Kredite – etwa bei innovativen Geschäftsmodellen oder erhöhten Unsicherheiten. Förderkredite, Beteiligungsinstrumente und Risikoentlastungen für Hausbanken ermöglichen Vorhaben, die für die Wettbewerbsfähigkeit Hessens zentral sind.

**Bilden & beschäftigen:** Hier bündelt die WI-Bank Programme für Qualifizierung, Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe. Das Angebot ist so angelegt, dass es nicht nur dem Fachkräftemangel entgegenwirkt, sondern auch arbeitsmarkt- und strukturpolitische Ziele bestmöglich miteinander verknüpft und gleichzeitig Menschen ermöglicht, ihre berufliche Entwicklung aktiv zu gestalten.

**Versorgen & modernisieren:** Dieses Geschäftsfeld umfasst Investitionen in öffentliche und kommunale Infrastruktur – von Schulen und Verkehr bis zu digitalen Netzen sowie Energie- und Klimaschutzprojekten. Langfristige Kredite, teils kombiniert mit Zuschüssen, sichern die Investitionsfähigkeit von Kommunen. Der Ausbau und die energetische Modernisierung eines Schulstandorts verdeutlichen, wie pädagogische, energiepolitische und fiskalische Ziele in einer Finanzierung zusammengeführt werden können.

**Bauen & wohnen:** Dieses Feld adressiert sozialen Wohnungsbau, bezahlbaren Wohnraum, energetische Sanierung und Quartiersentwicklung. In sozial gemischten, energieeffizienten Neubauquartieren bündeln sich wohnungs-, sozial- und klimapolitische Ziele, die durch langfristige Förderdarlehen und gezielte Zuschüsse unterstützt werden.

Das Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG) ist die Umsetzung der Mittel des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes an die Bundesländer und die Kommunen. Dadurch erhält Hessen in den kommenden Jahren insgesamt 7,4 Milliarden Euro.

## LuKIFG, HIFG und Investitionen ins Land Hessen

Das Hessische Infrastrukturförderungsgesetz (HIFG) konkretisiert das LuKIFG für das Land. Das HIFG ordnet die landesspezifische Umsetzung, Mittelverteilung und Verfahrensstruktur. Demnach sind von den eingangs genannten 7,4 Milliarden Euro rund 4,7 Milliarden Euro für kommunale Infrastruktur vorgesehen, weitere Mittel entfallen auf Krankenhäuser und Landesinvestitionen.

Kommunen erhalten für den Förderzeitraum Förderbudgets, was Planbarkeit schafft, und zugleich strategische Priorisierung erfordert.

Die Bank fungiert nicht nur als technische Plattform, sondern als institutionelle Schnittstelle für Förderadministration,



**Gottfried Milde**

Sprecher der Geschäftsleitung, WI-Bank, Offenbach

Förderbanken geraten in Zeiten tiefgreifender Transformation zunehmend in den Fokus wirtschaftspolitischer Steuerung – als Brücke zwischen staatlichen Zielen und realer Investitionstätigkeit. Die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) steht exemplarisch für dieses Modell: Seit 75 Jahren übersetzt sie landespolitische Prioritäten in bankfachlich strukturierte Förderinstrumente und verbindet dabei öffentlichen Auftrag mit Marktkenntnis. Ihr Instrumentarium aus Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungen und Zuschüssen adressiert Themen von der Gründungsfinanzierung über kommunale Infrastruktur bis zum sozialen Wohnungsbau. Mit dem LuKIFG und dem hessischen Pendant HIFG stehen der Bank nun Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung – und zugleich wächst der Anspruch an digitale Prozesse, integrierte Förderlogiken und strategische Steuerungsfähigkeit. Der Beitrag zeigt, wie ein arbeitsteiliges Netzwerk aus Politik, Bank, Kommunen und Geschäftsbanken Hessen zukunftsfähig gestaltet. (Red.)

Mittelbereitstellung und Nachweisführung. Bei der Umsetzung der Förderung über das LuKIFG mit dessen breitem Förderspektrum profitieren das Land und die Kommunen in besonderer Weise durch die bankfachliche, administrative und digitale Kompetenz der WI-Bank.

Hessen ist kein homogener Förderraum, sondern von ausgeprägten regionalen

und strukturellen Unterschieden geprägt. Die Bevölkerung liegt derzeit bei rund 6,3 Millionen Menschen; Wachstumsdynamik konzentriert sich vor allem auf Verdichtungsräume, während Teile ländlicher Regionen stagnieren oder schrumpfen. Im Rhein-Main-Gebiet bündeln sich Finanz-, Dienstleistungs- und Logistikfunktionen; zugleich ist die hessische Wirtschaft stark mittelständisch geprägt.

Diese Heterogenität spiegelt sich in den Investitionsbedarfen wider. In Wachstumsräumen dominieren Flächendruck, Infrastruktur- und Wohnraumbedarf, andernorts stehen Erreichbarkeit, Daseinsvorsorge und Modernisierung im Vordergrund. Für Hessen wurde auf Basis einer Studie des Instituts Wohnen und Umwelt ein zusätzlicher Bedarf von rund

„Stark“ beschreibt die Ausrichtung der Förderpolitik. Entscheidend ist nicht allein das Volumen der vergebenen Mittel, sondern welche Investitionen ermöglicht, welche Engpässe verringert und welche Anpassungsfähigkeiten unterstützt werden. Dabei spielen wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen eine Rolle.

### Stark – Resilienz und Zukunftsfähigkeit

Ein konkretes Beispiel hierfür ist das Projekt „In der Au 18“ der Pacarada Group in Frankfurt-Rödelheim. Durch die gezielte Unterstützung über Förderprogramme konnte sozialer Wohnraum in relevantem Umfang realisiert werden. Mit 123 Wohneinheiten für

so zu gestalten, dass dauerhafte Brüche vermieden werden. Im Bereich der ökologischen Transformation zeigt sich zudem, dass Energieeffizienz, verantwortungsvoller Ressourceneinsatz und nachhaltige Mobilität wichtige Bestandteile wirtschaftlicher und sozialer Stabilität sind.

Die 75-jährige Geschichte der WI-Bank reicht vom Wiederaufbau über Modernisierung, Strukturentwicklung und Krisenbewältigung bis zur heutigen Rolle als Transformations- und Infrastrukturbank. In jeder Phase haben sich Fördergegenstände, Instrumente und Anforderungen verändert; konstant geblieben ist der Anspruch, öffentliche Investitions- und Entwicklungsziele unter wechselnden Rahmenbedingungen verlässlich zu unterstützen.

---

## „In jeder Phase haben sich Fördergegenstände, Instrumente und Anforderungen verändert.“

---

367 000 Wohnungen bis 2040 prognostiziert; rechnerisch entspricht dies im Durchschnitt etwa 16 000 zusätzliche Wohnungen pro Jahr. Wohnraumbedarf ist damit nicht nur ein sozialpolitisches Thema, sondern eng mit Standortqualität, Fachkräftesicherung und Arbeitskräftemobilität verknüpft.

### Hessen – Förderraum und Investitionsbedarfe

Hinzu kommen Fachkräftemangel, Digitalisierung, Dekarbonisierung und die Modernisierung kritischer Infrastruktur – Herausforderungen, die Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, Energieversorgung, Verkehr, digitale Netze und kommunale Einrichtungen gleichermaßen betreffen. Förderpolitik muss diese Themen zunehmend integriert betrachten. Für die WI-Bank bedeutet dies, regionale Unterschiede, sektorale Bedarfe und unterschiedliche Trägerstrukturen in eine Förderlogik zu übersetzen, die fiskalisch verantwortbar und zugleich wirksam ist.

wohnungslose Menschen und Geflüchtete entsteht ein langfristig tragfähiges Angebot, das Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Finanzierung – unter anderem über KfW-Programme für energieeffizienten Neubau sowie ergänzende Förderbausteine der WI-Bank – schafft die Grundlage für eine Umsetzung, die ökologische Anforderungen und soziale Bedarfe miteinander verbindet. Besonders die Bauweise mit Photovoltaik, Wärmepumpe und modularen Elementen steht für einen ressourcenschonenden und zugleich wirtschaftlichen Ansatz im Wohnungsbau.

Für den Wirtschaftsstandort Hessen bedeutet dies, Investitions- und Innovationsfähigkeit auch unter veränderten Rahmenbedingungen zu sichern. Zugleich ist Stärke immer auch eine gesellschaftliche Kategorie: Wohnraum, Bildung, Qualifizierung und Teilhabe sind Voraussetzungen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Regional betrachtet geht es darum, Entwicklungen in Wachstumszentren und peripheren Räumen

### 75 Jahre und mehr

Mit der stärkeren Ausrichtung auf Transformationsfinanzierung, Infrastrukturmodernisierung und strategische Investitionssteuerung steht die WI-Bank heute für ein Förderbankmodell, das über die klassische Rolle eines administrativen Durchführungsorgans hinausgeht. Künftig wird es darauf ankommen, Förderlogiken stärker zu integrieren, digitale und nutzerorientierte Verfahren auszubauen und Förderentscheidungen noch gezielter an langfristigen Entwicklungszielen auszurichten.

Die wirtschaftliche Stärke Hessens, seine regionalen Unterschiede und die Vielzahl von Transformationsanforderungen verlangen nach einer Institution, die Nähe zum Markt mit öffentlichem Auftrag, bankfachliche Solidität mit strategischer Steuerungsfähigkeit und regionale Verankerung mit übergeordneter Entwicklungsperspektive verbindet. Genau in dieser Verbindung liegt die Zukunft der WI-Bank – und der Grund, warum ihr Leitmotiv auch über das Jubiläumshinaus Gültigkeit behält: Hessen stark zu machen, heißt heute mehr denn je, Wandel aktiv zu gestalten.



Katrin Leonhardt / Dominik Lamminger

## Förderbanken: Partner bei der Modernisierung des Staates

Deutschland steht in den kommenden Jahren vor einer doppelt großen Aufgabe: Der Staat muss handlungsfähiger werden – und die Verantwortung und Freiheit von Kommunen, Bürgern und Unternehmen stärken. Die „Föderale Modernisierungsagenda“ von Bund und Ländern setzt dafür wichtige Anker: schlanke, bürokratiearme und standardisierte Verwaltungsverfahren, verbindliche digitale Zugänge und Abwicklung von Behördenleistungen, gemeinsame IT-Plattformen, digitale Förderumsetzung.

Aber: Strategiepapiere allein modernisieren keine Verwaltung. Am Ende entscheidet sich der Erfolg im Tagesgeschäft – im Antrag, in der Schnittstelle, in der Bearbeitungszeit. Genau dort sind Förderbanken unterwegs. Sie übersetzen

und Prozesse, sie kennen die Anforderungen von Bankenaufsicht, Rechnungshöfen, Haushaltsrecht und EU-Recht – und sie erleben jeden Tag die Realität in Kommunen, Mittelstand und Zivilgesellschaft. Diese Dreifachperspektive macht sie für die Modernisierung des Staates besonders wertvoll.

### Wo Modernisierung konkret wird

Ein zentrales Versprechen der Agenda ist das Once-Only-Prinzip. Daten sollen von Antragstellenden nur einmal erhoben und dann innerhalb der Verwaltung sicher und intelligent weitergenutzt werden. Parallel haben Bund und Länder vereinbart, bis Ende 2027 eine durchgängig digitale und medienbruchfreie Bean-

Kommunen stellen häufig mehrere Förderanträge hintereinander, etwa für die Sanierung von Schulen, den Bau von Sporthallen oder Maßnahmen zur Klimaanpassung. Dabei müssen sie jedes Mal ähnliche Grunddaten angeben, wie Einwohnerzahl, Steuerkraft oder Verschuldung. Effizienter wäre es, diese Daten einmal zentral digital zu erfassen, sodass sie bei neuen Anträgen automatisch übernommen werden können. Förderbanken könnten hierfür gemeinsam mit Bund und Ländern entsprechende Strukturen schaffen. Eine geeignete Anbindung könnte die „Förderzentrale Deutschland“ sein. Das ist eine digitale Plattform des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, die Programme von Bund und Ländern bündelt und künftig auch Kommunen einbeziehen könnte.

### „Strategiepapiere allein modernisieren keine Verwaltung.“

politische Aufträge in einfach zugängliche und wirksame Förderung, sie kennen die Wünsche des Staates und die Bedürfnisse der Kunden. Sie haben jeden Tag den Auftrag, staatliche Fördermittel und eigene Mittel effizient, digital und praxisnah einzusetzen. Wenn die föderale Modernisierungsagenda gelingen soll, braucht sie diese Umsetzungsprofis.

Förderbanken sind insbesondere darin stark, was in politischen Debatten oft unterschätzt wird: Sie stehen in einem Dreiecksverhältnis zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Sie übersetzen politische Ziele in konkrete Förderlogiken

tragung und Bearbeitung von Förderverfahren zu ermöglichen – mit Anbindung an BundID und „Mein Unternehmenskonto“ sowie Registerzugriffen, den zentralen digitalen Zugängen in Deutschland, um Behördengänge online zu erledigen.

Förderbanken können dieses Versprechen vom Papier in die digitale Welt holen. Sie sehen tagtäglich, wie oft Kommunen, Unternehmen oder Privatpersonen dieselben Angaben wiederholt eingeben müssen, weil Systeme nicht miteinander kompatibel und interoperabel sind.

Förderbanken können mit Bund und Ländern Strukturen schaffen, in denen diese Grunddaten einmalig digital erfasst werden und neue Anträge automatisch darauf zugreifen. Die Förderzentrale Deutschland als gemeinsame Plattform für Programme von Bund und Ländern, perspektivisch auch der Kommunen, ist ein logischer Andockpunkt.

### Nicht nur Nutzer, sondern Mitgestalter

Technisch braucht es dafür standardisierte Datenfelder, Registeranbindungen etwa über NOOTS-Schnittstellen (National-Once-Only-Technical-System), Interoperabilität zwischen Portalen und Fachverfahren sowie die konsequente Anbindung an BundID und Unternehmenskonto. Förder-

banken können hier nicht nur Nutzer, sondern Mitgestalter dieser Strukturen sein. Sie haben eine Vielzahl von Anträgen,

kung und Entlastung der Kommunen“ an. Ihr Auftrag: Kommunen spürbar entlasten, Zuständigkeiten klarer ordnen, Büro-

Land auf pauschalierte und einfach handhabbare Instrumente umstellen. Die Reformkommission setzt klar auf Entlastung durch Pauschalierung und Digitalisierung. Das passt zur föderalen Modernisierungsagenda, die auf gemeinsame Plattformen, Cloud-Infrastrukturen und KI-Nutzung setzt. Förderbanken bewegen sich genau in dieser Schnittstelle – und können dazu beitragen, dass aus Leitplanken konkrete alltagstaugliche und weniger bürokratische Verfahren werden.

## „Die Reformkommission setzt klar auf Entlastung durch Pauschalierung und Digitalisierung.“

große Erfahrungen aus Jahrzehnten Fördertätigkeit, moderne IT-Systeme und das operative Know-how, um zu testen, was im Alltag trägt.

Die Modernisierungsagenda setzt bewusst auf Standards und Harmonisierung. Der Bund prüft ein harmonisiertes Datenmanagement, Bund und Länder wollen den Standard „Förderleistungsbeschreibung“ finalisieren und ihre Förderportale in der Förderzentrale Deutschland zusammenführen. Wer Förderleistungen einheitlich beschreibt und Indikatoren sauber strukturiert, schafft die Basis für wirkungsorientierte Programme statt reiner Mittelverteilung. Und für die einheitliche Standardisierung von Förderrichtlinien gibt es in Sachsen bereits den Förder-Digital-Modulbaukasten, mit dem vorhandene Bausteine von Förderrichtlinien fachlich standardisiert beschrieben und digital nutzbar sind. Der Förder-Digital-Modulbaukasten ist einmalig in Deutschland und in Kooperation zwischen dem Sächsischen Staatsministerium für Finanzen und der Sächsischen Aufbaubank (SAB) entstanden.

Nun geht es um die kluge Verzahnung der Reformbemühungen von Bund, Land und Kommunen. Und genau hier dockt die „Sächsische Reformkommission zur Stär-

kratie abbauen und Verwaltung verschlanken und digitalisieren, auch unter Einsatz von künstlicher Intelligenz. Die Empfehlungen der Kommission sind klar: Aufgaben, Standards und Berichtspflichten auf den Prüfstand stellen, Verwaltungsverfahren vereinfachen und zentral digitalisieren sowie die Zahl der Bewilli-

gungsstellen deutlich reduzieren. Für Förderverfahren heißt das: weg von zersplitterten Zuständigkeiten, hin zu wenigen starken Bewilligungsstellen und klar strukturierten und digitalen Verfahren. Dazu kann die Etablierung einer digitalen Förder-Service-Plattform beitragen, die Förderung modular als digitale Shared Services anbietet.

### Förderbanken als Brückenbauer

Förderbanken können hier Brückenbauer sein – indem sie zentrale Bewilligungs- und Umsetzungsfunktionen übernehmen, digitale Plattformstrukturen nutzen und Programme gemeinsam mit dem

Förderbanken arbeiten in einem hochregulierten Umfeld, müssen strenge Anforderungen der Regulatorik, Datenschutz, Informationssicherheit und Revision erfüllen und bewegen gleichzeitig eine

## „Förderbanken stehen hier vor denselben Herausforderungen wie Verwaltungen.“

sehr große Anzahl von Förderfällen. Aus dieser Kombination heraus sind sie geeignete Mitgestalter für eine „Fördercloud“, in der wiederkehrende Module für typische Förderverfahren zentral bereitgestellt werden.

Standardisierte Bausteine für Darlehensprogramme, Zuschussförderungen, Kommunalinvestitionen oder Beratungsförderungen könnten in einer sicheren Cloudumgebung betrieben und von Bund, Ländern, Kommunen und Förderbanken genutzt werden. Anpassungen würden dann vor allem in Parametern wie Förderquoten, Zielgruppen oder Förderschwerpunkten liegen, nicht in der Grundarchitektur. Sicherheitsupdates,

## SIE WOLLEN IHR **WISSEN** STETS **GRIFFBEREIT?**

SCHAFFEN SIE SICH IHR PERSÖNLICHES ARCHIV MIT UNSEREN **GANZLEINEN-EINBANDDECKEN**

Auf unserer Internetseite unter [www.kreditwesens.de/einbanddecken](http://www.kreditwesens.de/einbanddecken) finden Sie ein Bestellformular oder kontaktieren Sie uns per Telefon oder E-Mail.



Fritz Knapp Verlag GmbH | Postfach 70 03 62 | 60553 Frankfurt am Main  
Telefon 069/97 08 33 - 25 (Karin Matkovic) | Telefax 069/707 84 00  
E-Mail [vertrieb@kreditwesens.de](mailto:vertrieb@kreditwesens.de) | Internet [www.kreditwesens.de](http://www.kreditwesens.de)



rechtliche Änderungen und technologische Weiterentwicklungen – etwa die Integration von E-Payment, digitalen Identitäten oder KI-gestützten Plausibilitätsprüfungen – würden einmal zentral eingespielt und kämen allen zugute.

Auch beim Thema künstliche Intelligenz gibt die Modernisierungsagenda eine klare Richtung vor: Der Einsatz von KI in Förderverfahren soll geprüft und genutzt werden, vereinfachte, weitgehend automatisierte Verfahren für kleinere Zuwendungen sollen etabliert werden. Die sächsische Reformkommission unterstreicht diesen Ansatz im Kern: Aufgaben überprüfen, entbehrliche Verfahren streichen, Zuständigkeiten klären – und dann digitale und KI-gestützte Prozesse dort nutzen, wo sie wirklich entlasten.

### Einsatz von KI prüfen

Förderbanken sind hierfür ein idealer Partner. In Standardverfahren mit hohen Stückzahlen können KI-Systeme Unterlagen sortieren, die Vollständigkeit prüfen, einfache formale Kriterien abgleichen und Auffälligkeiten markieren. Menschen behalten die Entscheidungshoheit, entscheiden über Ausnahmen, beraten Antragstellende und sorgen dafür, dass Förderziele mit Augenmaß erreicht werden. Gemeinsam mit Aufsichtsbehörden und Politik können Förderbanken Leitplanken definieren, in denen KI transparent und überprüfbar eingesetzt wird – als Werkzeug für mehr Servicequalität, nicht als Blackbox.

All diese Bausteine greifen nur, wenn die Menschen, die in Verwaltungen und Förderinstituten arbeiten, die notwendige Kompetenz und den entsprechenden Rückhalt haben. Die Modernisierungsagenda adressiert das ausdrücklich: Kompetenzaufbau in digitalen und KI-Themen.

### Ohne starke Umsetzungspartner bleibt es bei guten Konzepten

Förderbanken stehen hier vor denselben Herausforderungen wie Verwaltungen. Sie investieren in Weiterbildung,

arbeiten in interdisziplinären Teams und stellen ihre eigenen Prozesse front to end (f2e) auf. Diese Erfahrungen können sie teilen – etwa durch gemeinsame Lernplattformen mit Ländern und Kommunen, durch projektbezogene Zusammenarbeit oder Beratungsangebote, die bewusst nicht nur Programme, sondern auch Modernisierung der Institutionen in den Blick nehmen. So werden Förderbanken zu Role Models, von denen auch die öffentliche Verwaltung Nutzen ziehen kann.

Am Ende geht es um eine einfache Frage: Wie gelingt es, die ambitionierten Ziele der föderalen Modernisierungsagenda und die Reformanstrengungen in den Ländern und Kommunen – wie in Sachsen – bis 2030 tatsächlich zu erreichen, sodass Bürger und Unternehmen die Veränderung spüren?

Die Antwort wird nicht in einem einzelnen Instrument liegen. Sie entsteht im Zusammenspiel: Vereinfachtes Zuwendungsrecht, strukturiertes Risikomanagement, harmonisierte Daten, standardisierte Förderinformationen, digitale und medienbruchfreie Verfahren und Prozesse f2e, Nutzung von gemeinsamen Plattformen, kluger und sicherer KI-Einsatz, klare Meilensteinpläne.

### Zentrale Partner der Modernisierung

Förderbanken können in all diesen Bereichen zentrale Partner der Modernisierung sein – für den Bund und die Länder. Dafür braucht es einen klaren politischen Willen, sie frühzeitig einzubinden, ihre Rolle in der Umsetzung bewusst zu stärken und ihnen im regulatorischen Rahmen ausreichend Beifreiheit zu geben. Förderbanken wollen ihre Erfahrung in der effizienten, digitalen und praxisnahen Umsetzung der föderalen Modernisierungs-Agenda einbringen und Mehrwert ermöglichen!

Wenn diese Erfahrungen und das Commitment der Förderbanken systematisch genutzt werden, hat die föderale



Dr. Katrin Leonhardt

Vorstandsvorsitzende, Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB), Leipzig



Dominik Lamminger

Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V., Berlin

Die Modernisierung des Staates entscheidet sich nicht in Strategiepapieren, sondern in der praktischen Umsetzung von Verwaltungsverfahren. Förderbanken können dabei zu zentralen Akteuren der föderalen Modernisierungsagenda werden. Im Mittelpunkt stehen digitale Förderprozesse, standardisierte Datenstrukturen, das Once-Only-Prinzip sowie der Einsatz gemeinsamer Plattformen und KI-gestützter Verfahren. Anhand konkreter Beispiele wird deutlich, wie Förderbanken zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft vermitteln und komplexe regulatorische Anforderungen mit praxistauglicher Umsetzung verbinden können. Zugleich beleuchtet der Text die Reformansätze von Bund, Ländern und Kommunen – von der Förderzentrale Deutschland bis zur sächsischen Reformkommission – und beschreibt, wie standardisierte Verfahren, Cloud-Lösungen und automatisierte Prozesse Bürokratie abbauen könnten. Eine Analyse über die Rolle von Förderbanken als operative Brückenbauer eines digitalen, effizienteren und handlungsfähigeren Staates. (Red.)

Modernisierungsagenda – gestützt durch Reformprozesse in Bund, Ländern und Kommunen – eine realistische Chance, mehr zu sein als ein gutes Papier: Sie kann zur Modernisierung unseres Staates beitragen, der leistungsfähig, digital und bürgernah ist – und der sich auf starke Umsetzungspartner wie die Förderbanken an seiner Seite verlassen kann.

## 30 Jahre Förderung in Sachsen – Die SAB zwischen Tradition und Zukunft

Von Volker Stöbel, Pressesprecher der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) – Die Sächsische Aufbaubank (SAB) blickt im Jahr 2026 auf mehr als drei Jahrzehnte erfolgreiche Unterstützung für Sachsen zurück. Seit ihrer Gründung als eigenständige Förderbank im Auftrag des Freistaates Sachsen im Jahr 1996 hat sich die Bank als verlässliche Partnerin für Kommunen, Unternehmen sowie Privatpersonen etabliert. Bereits von 1991 bis 1996 war sie als Teil der Landeskreditbank Baden-Württemberg in Sachsen tätig.

### Erfolgreiche Anfänge und Bewährung in Krisenzeiten

Die ersten geförderten Projekte in den frühen 1990er-Jahren markierten den grundlegenden Wandel von einer zentral gelenkten Planwirtschaft hin zu einer funktionierenden Marktwirtschaft. Dabei übernahm die SAB eine zentrale Rolle. „Unsere Hauptaufgabe ist es, Förder- und Finanzierungsmittel schnell, verlässlich und bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Dabei arbeitet die SAB kontinuierlich daran, Prozesse zu vereinfachen und durch Digitalisierung nachhaltige Lösungen für Sachsen zu entwickeln. Unsere Stärke liegt darin, gemeinsam mit Partnern die Zukunft aktiv zu gestalten“, sagt Dr. Katrin Leonhardt, Vorstandsvorsitzende der Sächsischen Aufbaubank.

In den zurückliegenden 30 Jahren hat das Institut mehr als 67 Milliarden Euro an Förder- und Finanzierungsmitteln umgesetzt – größtenteils aus Mitteln von Land, Bund und Europa. Mehr als 1,1 Millionen Anträge wurden bislang bearbeitet – von kleinen Existenzgründungen bis hin zu großen Infrastrukturprojekten. Jede Unterstützung ist ein Beitrag zur wirtschaftlichen Stärke und Lebensqualität in Sachsen.

Zunächst standen Investitionen in den Aufbau und die Stabilisierung der Wirtschaft im Fokus. Doch die Förderbank hat auch immer wieder bewiesen, wie wichtig sie in Krisenzeiten ist. Das zeigen die Bewältigung der Hochwasserereignisse 2002 und 2013. Besonders herausfordernd war die Corona-Pandemie: Mehr als 900 Mitarbeitende arbeiteten im Schichtsystem, um über 166000 Soforthilfe-Anträge schnell und zuverlässig zu bearbeiten und über 2,4 Milliarden Euro auszusahlen. So konnten 54 Prozent aller Unternehmen im Freistaat unterstützt werden. Ronald Kothe, Mitglied des Vorstands, sagt: „In herausfordernden Zeiten – wie während der Corona-Pandemie – hat die Sächsische Aufbaubank gezeigt, dass sie leistungsfähig, flexibel und verlässlich agiert. Erfahrung und der Teamgeist der Mitarbeitenden bilden die Basis, um auch künftig Förder- und Finanzierungsmittel effektiv einzusetzen und Sachsen bestmöglich zu unterstützen.“

### Milliarden für Sachsen

Neben Mitteln aus den Haushalten von Land und Bund bilden europäische Strukturfonds eine zentrale Säule der Förderung. Im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) hat die SAB seit 1997 Mittel von über 6 Milliarden Euro bewilligt. Durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) sind seit 2004 rund 2,3 Milliarden Euro in Projekte für Bildung, Qualifizierung und Beschäftigungsförderung geflossen.

Darüber hinaus unterstützt die Bank die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit tschechischen und polnischen Partnern mit über 760 Millionen Euro, etwa im Interreg-Projekt „ArchaeoTin“ zur Erforschung des Erzgebirges. Seit 2022 stehen dem Freistaat

außerdem rund 460 Millionen Euro aus dem Just Transition Fund (JTF) zur Verfügung, um vom Strukturwandel besonders betroffene Regionen zu unterstützen.

Diese Mittel ermöglichen zahlreiche Vorhaben – von modernen Testanlagen für Großflugzeuge in Dresden bis zu überbetrieblichen Ausbildungsprogrammen zur Fachkräftesicherung. „Die SAB sorgt dafür, dass Förder- und Finanzierungsmittel weitgehend digital und verlässlich bei den Menschen ankommen und ihre Wirkung entfalten“, betont Dr. Leonhardt.

### Digitalisierung, Modernisierung und neue Instrumente

Die Förderlandschaft befindet sich im Wandel. Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Nachhaltigkeitsanforderungen prägen zunehmend die Förderpolitik. Gleichzeitig stellt die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte höhere Anforderungen an einen effizienten Mitteleinsatz.

Rund 40 Prozent der Förder- und Finanzierungsmittel werden heute in Form von Darlehen, Bürgschaften oder Beteiligungen vergeben. Diese Instrumente helfen, mehr Investitionen anzustoßen und das Gesamtvolumen zu hebeln und mit dem begrenzten Einsatz von Haushaltsmitteln möglichst viele Investitionen zu mobilisieren.

Etwa 80 Prozent der Anträge laufen inzwischen digital, was die Bearbeitungszeiten verkürzt und die Abläufe transparenter macht. In den vergangenen fünf Jahren gelang es, die durchschnittliche Bearbeitungszeit um rund 15 Prozent zu senken.

Ein wichtiges Ziel ist zudem die einheitliche und klare Beschreibung von För-



derleistungen sowie die Entwicklung wirkungsbezogener Indikatoren. Vorstand Ronald Kothe erklärt: „Wer Förderung systematisch standardisiert, schafft die Grundlage für eine wirkungsorientierte Förderpolitik.“

Sachsen ist hier Vorreiter mit dem Förder-Digital-Modulbaukasten – einem bundesweit einzigartigen Instrument, das das Kreditinstitut gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsministerium der Finanzen entwickelt hat. Damit können Förderrichtlinien fachlich standardisiert erfasst und digital verwaltet werden. Das erleichtert Verwaltung, Steuerung und Wirkungskontrolle erheblich.

### Jubiläumsjahr 2026: Auftakt und weitere Veranstaltungen

Das Jubiläumsjahr begann am 22. Januar 2026 mit dem internen Neujahrsempfang der Aufbaubank. Sachsens

Finanzminister sowie Vorsitzender des SAB-Verwaltungsrats, Christian Piwarz, erklärte: „Die SAB hat in den vergangenen Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung unseres Freistaats geleistet. Im Jubiläumsjahr soll diese Leistung sichtbar gemacht und zugleich der Blick in die Zukunft gerichtet werden. Sachsen benötigt eine Förderbank, die effizient, digital und wirkungsvoll arbeitet.“ Als symbolisches Zeichen überreichte Finanzminister Piwarz den originalen bankrechtlichen Bescheid von 1996, der der Bank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften erteilt – die Grundlage der Arbeit der Förderbank.

Dr. Katrin Leonhardt beschreibt das Jahr 2026 als Jahr der drei „Z“: Zuversicht, Zukunft gestalten und Zusammen sind wir stark. „Die Sächsische Aufbaubank arbeitet intensiv an Vereinfachung, Standardisierung und Digitalisierung sowie an zukunftsfähigen

Finanzierungslösungen. Gemeinsam mit Partnern gestalten wir aktiv die Zukunft Sachsens.“ Ronald Kothe ergänzt: „30 Jahre eigenständiges Fördern sind nicht nur Anlass zum Feiern, sondern auch Verpflichtung. Die SAB will noch enger mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenwirken und ihren Beitrag als moderne Förderbank leisten.“

Im Laufe des Jahres folgen unter anderem ein Festakt am 3. Juni in Leipzig, Tage der offenen Tür in Leipzig und Dresden sowie die Veranstaltungsreihe „Wirtschaft stärken, Zukunft sichern“ in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium und den Industrie- und Handelskammern. Unter dem Motto „30+ Jahre für Sachsen: Gemeinsam Zukunft gestalten“ rücken vielfältige Geschichten von Partnern, Stakeholdern und Mitarbeitenden in den Mittelpunkt.

### Mit Erfahrung und Innovationskraft in die Zukunft

Mit Blick auf die bevorstehenden Herausforderungen stärkt die Förderbank ihre Rolle als verlässliche Partnerin weiter. Gestützt auf mehr als 30 Jahre Erfahrung und moderne Technik sollen Förderprozesse noch nutzerfreundlicher, schneller und wirksamer gestaltet werden. Innovation, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sind dabei keine Modebegriffe, sondern Wegweiser für eine Förderbank, die Mittel dort bereitstellt, wo sie gebraucht werden und Wirkung für die Entwicklung des Freistaates Sachsen erzielen.

Gemeinsam mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft leistet die Sächsische Aufbaubank einen Beitrag, um Wachstum und Innovation zu ermöglichen und Lebensqualität zu sichern. Aus einer starken Vergangenheit erwächst die Verantwortung, die Zukunft Schritt für Schritt erfolgreich mitzugestalten – Projekt für Projekt.



Auftakt ins Jubiläumsjahr: Sachsens Finanzminister Christian Piwarz (Mitte) überreicht der Vorstandsvorsitzenden Dr. Katrin Leonhardt und dem Vorstandsmitglied Ronald Kothe (links) den gerahmten Bescheid „Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften nach § 32 KWG“ vom 7. Mai 1996 – die bankrechtliche Grundlage der SAB.

## Förderstatistik 2025: Wieder mehr als 100 Milliarden Euro Fördervolumen

In einem volatilen Umfeld, das auch im Jahr 2025 von konjunkturellen Herausforderungen geprägt war, haben sich die Förderbanken des Bundes und der Länder erneut als unverzichtbare Akteure erwiesen. Das zeigt sich auch in der Förderstatistik des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB). Das Gesamtfördervolumen, berechnet aus Zuschüssen plus Darlehen, Globaldarlehen sowie Bürgschaften und Haftungsfreistellungen, erreichte 101,34 Milliarden Euro und überschritt damit erstmals seit 2022 wieder die 100-Milliarden-Euro-Marke. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer sehr deutlichen Steigerung um 21,39 Milliarden Euro oder 26,8 Prozent.

Wie schon im Vorjahr wurde auch im Förderjahr 2025 die Förderkategorie Wohnungs- und Städtebau weiter ausgebaut. Über alle vier Förderinstrumente aggregiert erreichte diese Kategorie im vergangenen Jahr 36,50 Milliarden Euro, was gegenüber dem Jahr 2024 einer Steigerung um 3,141 Milliarden Euro beziehungsweise 9,4 Prozent entspricht. Allerdings war dieser Förderbereich damit nicht mehr der mit Abstand größte Förderbereich, sondern nur noch der zweitgrößte hinter der Gewerblichen Förderung. Wie schon im Vorjahr hat das Förderinstrument Zuschüsse mit Abstand am deutlichsten zugelegt. Zwar wurde die extreme Steigerungsrate des Vorjahres (plus 111 Prozent) nicht mehr erreicht. Doch mit einem Zuwachs von 29,1 Prozent wuchsen die Zuschüsse erneut deutlich überproportional.

Ist dies der Hoffnungsschimmer am Horizont? Nachdem sich 2024 der rückläufige Trend der gewerblichen Investitionstätigkeit aus dem Vorjahr fortsetzte, scheint hier die Kehrtwende gelungen zu sein. Kumuliert über alle Förderinstrumente erreichte das Segment ein Fördervolumen von 38,024 Milliarden Euro.

Gegenüber 2024 entspricht das einer phänomenalen Steigerung um 43 Prozent beziehungsweise 11,481 Milliarden Euro. Der Anstieg ging dabei nahezu ausschließlich auf das Förderinstrument Darlehen zurück, die nach 19,301 Milliarden Euro im Vorjahr nun 30,703 Milliarden Euro betragen. Damit erreichte 2025 dieses Fördersegment wieder das größte Volumen. Dieser Zuwachs unterstreicht nach Ansicht des VÖB, dass ohne den Einsatz öffentlicher Mittel viele Vorhaben von Start-ups und mittelständischen Betrieben nicht realisiert worden wären. Es erscheint auch notwendig. Denn der KfW Investitionsmonitor hat belegt, dass die Unternehmensinvestitionen immer noch sehr niedrig sind, auf einem Niveau, das zuvor nur während der Rezession von 2002/03 und der globalen Finanzkrise erreicht wurde.

Deutlich zugelegt hat auch das Fördersegment „Kommunale Förderung“. Nach 15,868 Milliarden Euro im Vorjahr wurden hier 2025 nun 22,330 Milliarden Euro ausgereicht. Mit 40,7 Prozent fiel der Anstieg ähnlich dynamisch aus wie bei der Gewerblichen Förderung. Der Anstieg ging dabei ausschließlich auf das Förderinstrument Darlehen zurück. Die Zuschüsse sanken leicht von 3,827 Milliarden Euro auf 3,592 Milliarden Euro. Das Förderinstrument „Globaldarlehen an Geschäftsbanken“, das im Vorjahr schon massiv zurückging, erreicht nun die Nulllinie. Der steigende Bedarf an Darlehen dürfte der zunehmenden Finanznot der Kommunen bei gleichzeitig anhaltend hohem Investitionsbedarf geschuldet sein. Eventuell könnten hier auch schon erste Investitionsprojekte aus dem Infrastruktursondervermögen eine Rolle gespielt haben.

Das vierte große Fördersegment Landwirtschaft legte im Aggregat aller Förderinstrumente ebenfalls zu. Nach 1,960 Milliarden Euro im Vorjahr wur-

den hier nun Fördermittel im Volumen von 2,361 Milliarden Euro bereitgestellt. Die Förderdarlehen stiegen dabei um 457,7 Millionen Euro beziehungsweise 31,3 Prozent auf 1,922 Milliarden Euro. Die Zuschüsse gingen nach 0,493 Milliarden Euro im Jahr 2022 leicht zurück auf 0,433 Milliarden Euro. Trotz des Anstiegs bleibt der Anteil der Gesamtförderung weiterhin deutlich unter 3 Prozent.

Eine Analyse der einzelnen Förderinstrumente zeigt, dass der Anstieg des Gesamtfördervolumens von allen Förderinstrumenten getragen wird. Bezogen auf das Gesamtvolumen bleiben die Darlehen weiterhin mit Abstand größtes und wichtigstes Förderinstrument. Hier fiel der Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit 19,91 Milliarden Euro in absoluten Zahlen auch am deutlichsten aus. Mit 33,2 Prozent war es zudem der prozentual gesehen zweitstärkste Anstieg. Die Zuschüsse stiegen ebenfalls deutlich um 1,217 Milliarden Euro oder 6,5 Prozent auf 20,021 Milliarden Euro. Getragen war hier der Anstieg ausschließlich von den Förderbereichen „Wohnungs- und Städtebau“ sowie „sonstiges“. Alle anderen Bereiche verzeichneten hier einen Rückgang. Den höchsten prozentualen Anstieg verzeichneten die Globaldarlehen an Geschäftsbanken mit 17,2 Prozent auf 1,367 Milliarden Euro. Dieses Instrument dient nun nahezu ausschließlich dem Förderbereich Gewerbliche Förderung, nachdem die Kommunale Förderung hier von 5,0 Millionen Euro auf 0 Euro sank. Nur noch im Segment Wohnungs- und Städtebau gab es noch einen kleinen Rest von 20 Millionen Euro, mit weiter rückläufiger Tendenz. Bürgschaften und Haftungsfreistellungen legten von 685,8 Millionen Euro auf 871,4 Millionen Euro zu. Damit wurde sogar das Niveau von 2023 wieder überschritten, jedoch bleibt das Volumen noch deutlich unter dem aus den Corona-Jahren.

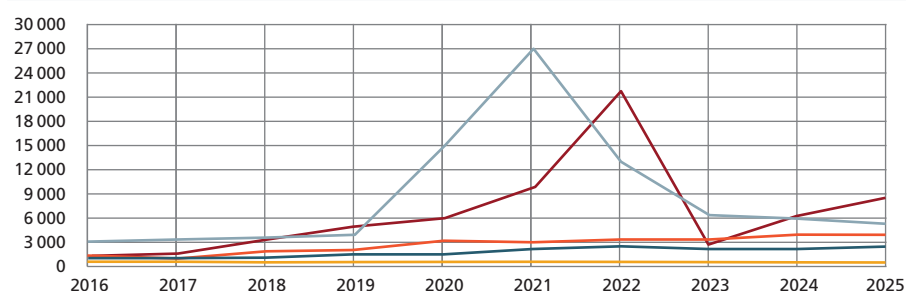


Interessante Entwicklungen zeigen sich auch beim Blick auf die regionalen Unterschiede. Bei den Zuschüssen in der Gewerblichen Förderung überholte im Jahr 2024 das Bundesland Sachsen erstmals wieder seit 2017 Baden-Württemberg beim ausgereichten Volumen. Im Jahr 2025 gingen die im Südwesten ausgezahlten Zuschüsse zwar weiter zurück auf 1,449 Milliarden Euro, nach zuvor 1,575 Milliarden Euro, doch die Sachsen haben ihre ausgezahlten Zuschüsse mit 601,0 Millionen Euro beinahe gedrittelt nach 1,719 Milliarden Euro ein Jahr zuvor, wodurch Baden-Württemberg wieder Nummer eins war. Dafür wurde die Heimat von Porsche, Daimler und Co. bei den Darlehen in der Gewerblichen Förderung von Bayern mal wieder überholt. Den größten Sprung erreichte hier Niedersachsen, die ihre ausgereichten Darlehen mit 3,622 Milliarden Euro weit mehr als verdoppelt haben. Bei den Zuschüssen in der Kommunalen Förderung, die insgesamt von 3,827 Milliarden Euro auf 3,592 Milliarden Euro zurückgingen, fällt auf, dass der Rückgang nur von 12 der 16 Bundesländer getragen wurde. In Sachsen-Anhalt wurden die Zuschüsse mit 340,7 Millionen Euro nach zuvor 178 Millionen Euro beinahe verdoppelt, in Sachsen mit 492,7 Millionen Euro nach zuvor 206,1 Millionen Euro sogar deutlich mehr als verdoppelt.

Zuschüsse in der Förderung der Landwirtschaft spielen nach wie vor nur in Hessen eine erwähnenswerte Rolle – das Bundesland zeichnet für 84,9 Prozent des gesamten Volumens verantwortlich und hat den Anteil damit weiter ausgebaut nach 82,9 Prozent im Vorjahr. Nennenswerte Summen zahlen darüber hinaus nur noch Thüringen (25,0 Millionen Euro) und Brandenburg (39,1 Millionen Euro). Den größten absoluten Anstieg mit 134,1 Millionen Euro erreicht bei den Darlehen in der Landwirtschaftsförderung Niedersachsen, das damit den Vorsprung als Nummer eins ausgebaut hat.

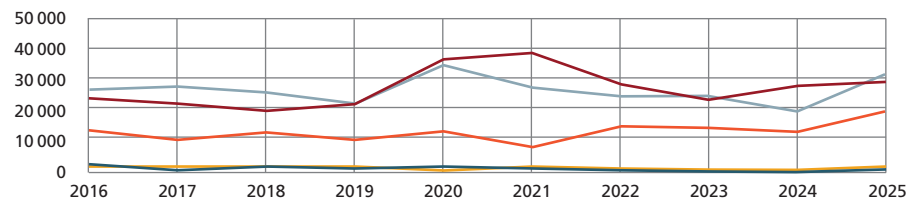
### Zuschüsse (Bewilligungen in Millionen Euro)

Förderbereiche	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Gewerbliche Förderung	3 254,3	3 486,5	3 829,7	4 059,8	15 124,6	27 750,4	13 205,4	6 048,0	6 090,4	5 183,1
Kommunale Förderung	1 398,7	1 871,9	2 217,1	2 152,3	3 578,9	3 163,1	3 653,7	3 250,2	3 826,6	3 591,8
Wohnungs- und Städtebau	1 180,2	1 716,6	3 207,4	5 268,7	6 458,0	10 414,1	22 306,4	2 958,1	6 252,2	8 074,6
Landwirtschaft	354,1	337,1	371,4	448,8	388,8	428,5	419,1	450,0	492,8	433,3
Sonstige	1 265,0	1 490,9	1 634,5	1 567,6	1 734,7	2 165,8	2 677,9	2 427,2	2 142,4	2 738,7
Summe	7 452,3	8 903,0	11 260,1	13 497,2	27 285,0	43 921,9	42 262,5	15 133,5	18 804,4	20 021,2



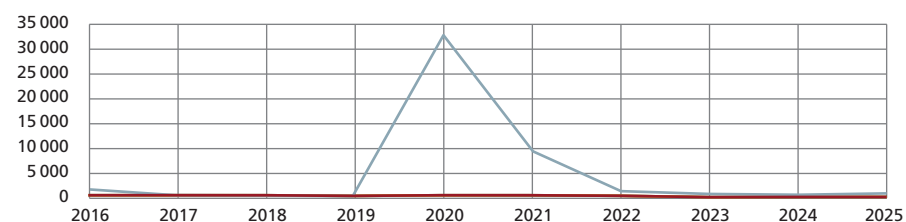
### Darlehen (Bewilligungen in Millionen Euro)

Förderbereiche	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Gewerbliche Förderung	27 403,5	28 117,5	26 002,6	22 596,2	35 882,9	27 826,2	25 540,0	24 985,6	19 300,5	30 703,2
Kommunale Förderung	13 913,0	10 494,9	13 332,5	10 726,9	13 763,3	8 886,1	16 004,0	13 744,1	12 035,9	18 737,8
Wohnungs- und Städtebau	24 252,9	22 521,2	20 048,4	22 219,9	37 500,3	39 610,2	28 444,8	23 951,2	27 081,0	28 352,8
Landwirtschaft	2 428,4	2 239,6	2 240,7	2 285,8	2 164,0	2 483,0	2 166,3	1 605,0	1 464,0	1 921,7
Sonstige	2 508,4	93,5	2 183,8	2 001,3	2 627,7	2 218,7	119,8	126,3	83,7	167,7
Summe	70 506,2	63 446,7	63 808,0	59 830,1	91 938,2	81 024,2	72 275,5	64 412,2	59 965,1	79 883,5



### Bürgschaften und Haftungsfreistellungen (Bewilligungen in Millionen Euro)

Förderbereiche	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
Gewerbliche Förderung	1 300,8	907,9	679,1	665,1	33 933,3	9 483,2	2 054,4	857,1	680,7	790,3
Wohnungs- und Städtebau	25,4	33,0	6,3	52,7	0,0	10,6	3,6	0,0	2,1	54,6
Landwirtschaft	1,7	1,4	0,3	0,6	28,1	15,6	0,2	0,7	3,0	5,7
Sonstige	0,0	0,0	0,0	0,0	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	20,8
Summe	1 327,9	942,3	685,7	718,4	33 961,8	9 509,5	2 058,2	857,8	685,8	871,4



■ Gewerbliche Förderung ■ Kommunale Förderung ■ Wohnungs- und Städtebau ■ Landwirtschaft ■ Sonstige

Quelle: VÖB

## Finanzmarktintegration im Euroraum verbessert

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 7. Mai 2026 ihren jüngsten Bericht über die Integration der Finanzmärkte und die Struktur des Finanzsektors im Euroraum veröffentlicht. Demnach hat sich die Finanzmarktintegration im Euroraum seit Ende 2022 spürbar verbessert. Grund hierfür sind die robuste Funktionsfähigkeit der Märkte sowie Fortschritte an den Anleihe-, Aktien- und Bankenmärkten.

Preis- und mengenbasierte Indikatoren der Finanzmarktintegration sind auf ein Niveau über ihrem historischen Durchschnitt gestiegen. Unterstützt wurden sie dabei durch einen anhaltenden Rückgang der Prämien für das Redenominierungsrisiko und politische Initiativen auf EU-Ebene wie etwa das Programm „Next Generation EU“. Die grenzüberschreitende Aktivität hat sich über alle Marktsegmente hinweg erhöht. Dies ermöglicht eine stärkere Risikoteilung und trägt dazu bei, das Finanzsystem des Euroraums widerstandsfähiger zu machen.

Am deutlichsten waren die Integrationsfortschritte an den Anleihemärkten und am Markt für Interbankenkredite. Die grenzüberschreitenden Bestände an Schuldverschreibungen, einschließlich Staatsanleihen, sind gestiegen. Dazu beigetragen haben bessere Fundamen-

taldaten in den einzelnen Ländern und die Normalisierung der Bilanz des Eurosystems. Aufgrund der Umverteilung der Überschussliquidität findet eine regere Kreditvergabe am Interbankenmarkt statt, was auf einen stärker integrierten und weniger fragmentierten Geldmarkt hindeutet.

Nichtbank-Finanzintermediäre spielen eine immer größere Rolle. Dies hat zu einer weiteren Diversifizierung der Finanzierungskanäle geführt und die grenzüberschreitende Risikoteilung verstärkt. Insgesamt deuten die Indikatoren der Konsumrisikoteilung darauf hin, dass der Euroraum widerstandsfähiger gegenüber wirtschaftlichen Schocks geworden ist, was eine reibungslosere Anpassung in den einzelnen Ländern begünstigt.

Gleichwohl zeigt der Bericht, dass das Finanzsystem des Euroraums sein Potenzial mit Blick auf die Unterstützung von langfristigem Wachstum, Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit nach wie vor nicht vollständig ausschöpft. So ist die Außenfinanzierung angesichts der hohen Zinsen und der schwachen Investitionsstimmung verhalten geblieben. Überdies hemmt die strukturelle Fragmentierung weiterhin die Integration der Aktienmärkte und eine effiziente grenzüberschreitende Allokation der Ersparnisse.

Die Aktienmarktintegration ist seit 2022 rückläufig. Die grenzüberschreitenden Eigenkapitalinvestitionen innerhalb des

Euroraums stagnieren, und die Direktinvestitionen innerhalb des Euroraums sind auf ein historisch niedriges Niveau gesunken. Die privaten Haushalte im Euroraum halten immer noch einen großen Teil ihrer Ersparnisse in Form von niedrig verzinsten Einlagen, während ein erheblicher Teil der Aktienanlagen in Länder außerhalb der Europäischen Union fließt.

Dieser anhaltende Home Bias und die Fragmentierung tragen zu einem Missverhältnis zwischen den hohen Ersparnissen und dem Investitionsbedarf im Euroraum bei. Dadurch ist nur begrenzt Wagniskapital für innovative Unternehmen verfügbar, und die langfristige Wettbewerbsfähigkeit wird belastet.

Im Bericht wird betont, dass Integration, Skalierung und Effizienz im gesamten Binnenmarkt vorangetrieben werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzsektors im Euroraum, einschließlich des Bankensektors, zu verbessern.

Die Ergebnisse untermauern die Zielsetzung der Spar- und Investitionsunion der Europäischen Kommission. Der zufolge soll ein stärker integrierter und wirksamer Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen geschaffen werden, um die in Europa reichlich gebildeten Ersparnisse effektiver in produktive Investitionen zu lenken.

Die Analyse ergänzt die Ergebnisse, die in der jüngst veröffentlichten Antwort des Eurosystems auf die gezielte Konsul-

## Bestände des Eurosystems an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke

Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	Ausgewiesener Wert zum 22. Mai 2026	Veränderungen zum 15. Mai 2026		Ausgewiesener Wert zum 29. Mai 2026	Veränderungen zum 22. Mai 2026	
		Käufe	Tilgungen		Käufe	Tilgungen
Programm für die Wertpapiermärkte	0,0 Mrd. €	–	–	0,0 Mrd. €	–	–
3. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	195,6 Mrd. €	–	–	195,2 Mrd. €	–	-0,4 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities	2,3 Mrd. €	–	-0,0 Mrd. €	2,3 Mrd. €	–	-0,0 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors	1739,6 Mrd. €	–	-0,7 Mrd. €	1724,5 Mrd. €	–	-15,1 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors	226,2 Mrd. €	–	-3,2 Mrd. €	225,0 Mrd. €	-0,1 Mrd. €	-1,0 Mrd. €
Pandemie-Notfallankaufprogramm	1342,3 Mrd. €	–	-1,0 Mrd. €	1332,5 Mrd. €	–	-9,8 Mrd. €

Quelle: EZB

tation der Europäischen Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit des EU Bankensektors dargelegt wurden.

## Survey of Professional Forecasters

Die Erwartungen der Umfrageteilnehmer für die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Gesamtinflation lagen für 2026 bei 2,7 Prozent, für 2027 bei 2,1 Prozent und für 2028 bei 2,0 Prozent. Im Vergleich zur vorherigen, im ersten Quartal 2026 durchgeführten Umfrage wurden die Erwartungen für 2026 und 2027 nach oben und die Erwartungen für 2028 nach unten revidiert.

Unterdessen beliefen sich die Erwartungen zur HVPI-Kerninflation, die Energie und Nahrungsmittel unberücksichtigt lässt, für 2026 und 2027 auf jeweils 2,2 Prozent und für 2028 auf 2,1 Prozent. Sie wurden damit ebenfalls in der kürzeren Frist gegenüber der vorherigen Umfrage runde angehoben.

Die längerfristigen Erwartungen zur Gesamtinflation wie auch zur Kerninflation (im Jahr 2030) waren mit 2,0 Prozent unverändert. Den Befragten zufolge wird sich das Wachstum des realen BIP 2026 voraussichtlich auf 1,0 Prozent und 2027 sowie 2028 auf jeweils 1,3 Prozent belaufen. Verglichen mit der vorangegangenen Umfragerunde wurden die Erwartungen damit für 2026 um 0,2 Prozentpunkte und für 2027 um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert, blieben für 2028 jedoch gleich.

Hauptgrund der Abwärtsrevisionen war der erwartete negative Effekt der im Zusammenhang mit dem Krieg im Nahen Osten steigenden Energiepreise. Die längerfristigen Wachstumserwartungen waren mit 1,3 Prozent unverändert.

Die Erwartungen zur Arbeitslosenquote veränderten sich nicht. So rechneten die Befragten weiterhin mit einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent für 2026, 6,2 Prozent für 2027 sowie 6,1 Prozent für 2028 und in der längeren Frist (2030).

## Konsolidierter Wochenausweis des Eurosystems

Aktiva (in Millionen Euro)	8.5.2026	15.5.2026	22.5.2026	29.5.2026
<b>1 Gold und Goldforderungen</b>	<b>1 392 555</b>	<b>1 392 556</b>	<b>1 392 556</b>	<b>1 392 557</b>
<b>2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>515 738</b>	<b>517 991</b>	<b>519 288</b>	<b>521 300</b>
2.1 Forderungen an den IWF	229 662	229 900	229 900	230 195
2.2 Guthaben bei Banken Wertpapieranlagen Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	286 075	288 091	289 389	291 105
<b>3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>19 262</b>	<b>17 386</b>	<b>17 772</b>	<b>17 453</b>
<b>4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>35 997</b>	<b>36 012</b>	<b>36 172</b>	<b>36 540</b>
4.1 Guthaben bei Banken Wertpapieranlagen und Kredite	35 997	36 012	36 172	36 540
4.2 Forderungen aus Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
<b>5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>25 631</b>	<b>25 863</b>	<b>26 505</b>	<b>28 206</b>
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	12 936	13 168	13 810	14 936
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	12 696	12 696	12 696	13 249
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	0	0	0	20
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	0	0	0	0
<b>6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>21 781</b>	<b>30 684</b>	<b>28 622</b>	<b>31 083</b>
<b>7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>3 855 566</b>	<b>3 847 682</b>	<b>3 845 677</b>	<b>3 820 784</b>
7.1 Zu geldpolitischen Zwecken gehaltene Wertpapiere	3 520 408	3 511 043	3 506 061	3 479 464
7.2 Sonstige Wertpapiere	335 159	336 639	339 616	341 320
<b>8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte</b>	<b>19 701</b>	<b>19 701</b>	<b>19 701</b>	<b>19 701</b>
<b>9 Sonstige Aktiva</b>	<b>299 004</b>	<b>291 310</b>	<b>300 215</b>	<b>294 394</b>
<b>Aktiva insgesamt</b>	<b>6 185 235</b>	<b>6 179 184</b>	<b>6 186 508</b>	<b>6 162 017</b>
<b>Passiva (in Millionen Euro)</b>	<b>8.5.2026</b>	<b>15.5.2026</b>	<b>22.5.2026</b>	<b>29.5.2026</b>
<b>1 Banknotenumlauf</b>	<b>1 619 990</b>	<b>1 621 509</b>	<b>1 621 871</b>	<b>1 624 805</b>
<b>2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>2 422 357</b>	<b>2 428 723</b>	<b>2 409 851</b>	<b>2 372 516</b>
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserveguthaben)	180 216	175 038	172 559	174 464
2.2 Einlagefazilität	2 242 140	2 253 685	2 237 292	2 198 051
2.3 Termineinlagen	0	0	0	0
2.4 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	0	0	0	0
<b>3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>9 901</b>	<b>9 946</b>	<b>9 970</b>	<b>10 364</b>
<b>4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>210 862</b>	<b>200 462</b>	<b>192 996</b>	<b>205 719</b>
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	108 015	97 257	93 656	102 611
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	102 847	103 205	99 340	103 108
<b>6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>152 849</b>	<b>150 028</b>	<b>178 577</b>	<b>176 904</b>
<b>7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet</b>	<b>16 547</b>	<b>16 881</b>	<b>16 783</b>	<b>16 470</b>
<b>8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets</b>	<b>2 847</b>	<b>2 845</b>	<b>3 084</b>	<b>3 255</b>
8.1 Einlagen Guthaben sonstige Verbindlichkeiten	2 847	2 845	3 084	3 255
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
<b>9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte</b>	<b>174 877</b>	<b>174 877</b>	<b>174 877</b>	<b>174 877</b>
<b>10 Sonstige Passiva</b>	<b>195 160</b>	<b>194 074</b>	<b>198 664</b>	<b>197 927</b>
<b>11 Ausgleichsposten aus Neubewertung</b>	<b>1 358 781</b>	<b>1 358 781</b>	<b>1 358 781</b>	<b>1 358 781</b>
<b>12 Kapital und Rücklagen</b>	<b>21 063</b>	<b>21 056</b>	<b>21 054</b>	<b>20 398</b>
<b>Passiva insgesamt</b>	<b>6 185 235</b>	<b>6 179 184</b>	<b>6 186 508</b>	<b>6 162 017</b>

Quelle: EZB

## Magnificent 7 ohne Spread

Die Börse Stuttgart bietet nun den Handel der Aktien der „Magnificent 7“ – also der US-Tech-Konzerne Alphabet, Amazon, Apple, Meta, Microsoft, NVIDIA und Tesla – für Anleger von 9 bis 22 Uhr ohne Spread an. Möglich wird der spreadlose Handel durch das hybride Marktmodell: Die Handelsexperten der EUWAX AG, des Brokers der Boerse Stuttgart Group, sind in den elektronischen Handel eingebunden – seit Jahresbeginn auch bei allen Auslandsaktien.

## Personalie bei der Börse München

Auf der Hauptversammlung der Bayerischen Börse AG am 22. Mai 2026 hat sich der Aufsichtsrat für die Amtsperiode von 2026 bis 2031 neu konstituiert. Dr. Martin Fritz, seit 2016 Vorsitzender des Vorstands der Fürst Fugger Privatbank AG in Augsburg, wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Martin Fritz ist zugleich seit 2020 auch Vorsitzender des Börsenrats der Börse München und der Börse seit über zwei Jahrzehnten eng verbunden.

Weitere Mitglieder des Aufsichtsrats der Bayerischen Börse AG sind der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, ehemaliger Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Nico Baader, Vorstandsvorsitzender der Baader Bank AG, und Carsten Bokelmann, Mitglied des Vorstands der MWB Fairtrade Wertpapierhandelsbank AG. Neu im Aufsichtsrat ist damit Nico Baader, seit 2009 im Vorstand der Baader Bank AG, seit 2015 als Vorstandsvorsitzender. Nico Baader ist auch stellvertretender Vorsitzender des Börsenrates der Börse München.

## Börse Wien führt neuen Orderzusatz ein

Die Wiener Börse führte mit dem 1. Juni 2026 den neuen Orderzusatz „Auction

Volume Discovery“ (AVD) ein. Marktteilnehmer an der Wiener Börse und ihrer Tochterbörse in Prag können damit Aufträge erteilen, die ausschließlich zu Auktionspreisen ausgeführt werden, und zwar wahlweise zur Eröffnungs-, Mittags- oder Schlussauktion. Diese Aufträge werden erst nach Feststellung des Auktionspreises aktiv und können ausschließlich gegen den verbleibenden Überhang im Orderbuch oder andere AVD-Aufträge ausgeführt werden.

Die neue Funktion soll zusätzliche Liquidität erschließen, die in börslichen Auktionen bislang ungenutzt blieb. Dadurch eröffnen sich für Marktteilnehmer erweiterte Möglichkeiten, größere Volumina ohne Preiseinfluss an der Wiener Börse und der Prager Börse zu handeln. Davon sollen private wie institutionelle Anleger gleichermaßen profitieren: Mehr Liquidität in den Auktionen erhöhe die Wahrscheinlichkeit, dass Kauf- und Verkaufsaufträge zum Auktionspreis ausgeführt werden.

## CBOE erhält SEC-Genehmigung

Die Securities and Exchange Commission (SEC) hat eine Einreichung der Chicago Board Options Exchange (CBOE) für verlängerte Handelszeiten ausgewählter Multi-List-Aktienoptionen genehmigt. CBOE Options Exchange (C1) plant, die verlängerten Handelszeiten ab dem 13. Juli 2026 anzubieten, vorbehaltlich der Genehmigung der SEC zu einer entsprechenden Regelanmeldung.

Die neuen verlängerten Handelszeiten beinhalten eine Pre-Market-Sitzung von 7:30 Uhr (ET) bis 9:25 Uhr (ET) und eine Post-Market-Sitzung von 16:00 Uhr (ET) bis 16:15 Uhr (ET), jeweils von Montag bis Freitag. Dies Handelszeitfenster sollen einige der am aktivsten gehandelten und liquidesten Werte abdecken. Basierend auf den vorgeschlagenen Kriterien erwartet CBOE, dass etwa 20 Namen – einschließlich aller Magnificent-7-Aktien wie Nvidia, Tesla und Apple sowie andere beliebte Einzelwerte wie Palantir, Broad-

com und AMD – beim Start zum Handel angeboten werden.

## Zwölf neue Werte im Euronext Tech Leaders

Euronext gab die Ergebnisse der jährlichen Überprüfung des Segments Euronext Tech Leaders bekannt. Die Überprüfung führte dazu, dass zwölf neue Unternehmen dem Segment beitreten. Diese Unternehmen umfassen verschiedene Tech-Branchen, darunter Biotech, Deftech, Elektronik, Fintech, Hardware und Software. Euronext Tech Leaders soll die Flaggschiff-Initiative von Euronext sein, die sich der Hervorhebung der Sichtbarkeit und Attraktivität von wachstumsstarken und führenden Tech-Unternehmen für internationale Investoren widmet, zusammen mit einer Reihe von Dienstleistungen.

Die diesjährige Jahresüberprüfung markiert laut Euronext einen neuen Meilenstein mit der Aufnahme von zwei in Athen – erst vor Kurzem wurde die Übernahme der Börse Athen abgeschlossen – börsennotierten Tech-Unternehmen im Segment Euronext Tech Leaders. Ballys Intralot, ein Anbieter von Lotteriesystemen, und die Qualco Group, ein Anbieter von Informationstechnologie, Softwarelösungen und Plattformen, treten jetzt der Community der Tech-Unternehmen bei.

Der Euronext Tech Leaders Index wird aktualisiert, nachdem die Märkte am Freitag, dem 19. Juni 2026, mit Wirkung vom Montag, dem 22. Juni 2026, geschlossen wurden. Das Segment wird jährlich überprüft, die nächste Überprüfung soll im Juni 2027 stattfinden. Neben dem Beitritt zum Euronext Tech Leaders Index, der die Aktien im Segment verfolgt, erhalten die Mitglieder von Euronext Tech Leaders eine Reihe von Dienstleistungen und Sichtbarkeitsinitiativen, darunter exklusiven Zugang zu Investorenforen und Konferenzen, die von Euronext und seinen Partnern in ganz Europa organisiert werden, um sie bei internationalen Investoren zu bewerben und ihnen strategische Netzwerkmöglichkeiten zu bieten.

# VON EXPERTEN FÜR EXPERTEN



## ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE KREDITWESEN

Eine Institution der deutschen Finanzwirtschaft –  
Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse



## BANK UND MARKT – DIE DIGITALE BANK

Die führende Fachzeitschrift für den Markt  
und Wettbewerb der Finanzdienstleister



## IMMOBILIEN & FINANZIERUNG

Die führende Fachzeitschrift für Investitionsfinanzierung,  
Kapitalmarkt und Wohnungspolitik



## CARDS KARTEN CARTES

Die führende Fachzeitschrift für Zahlungsverkehr und  
Payments – International und branchenübergreifend



## FLF – FINANZIERUNG LEASING FACTORING

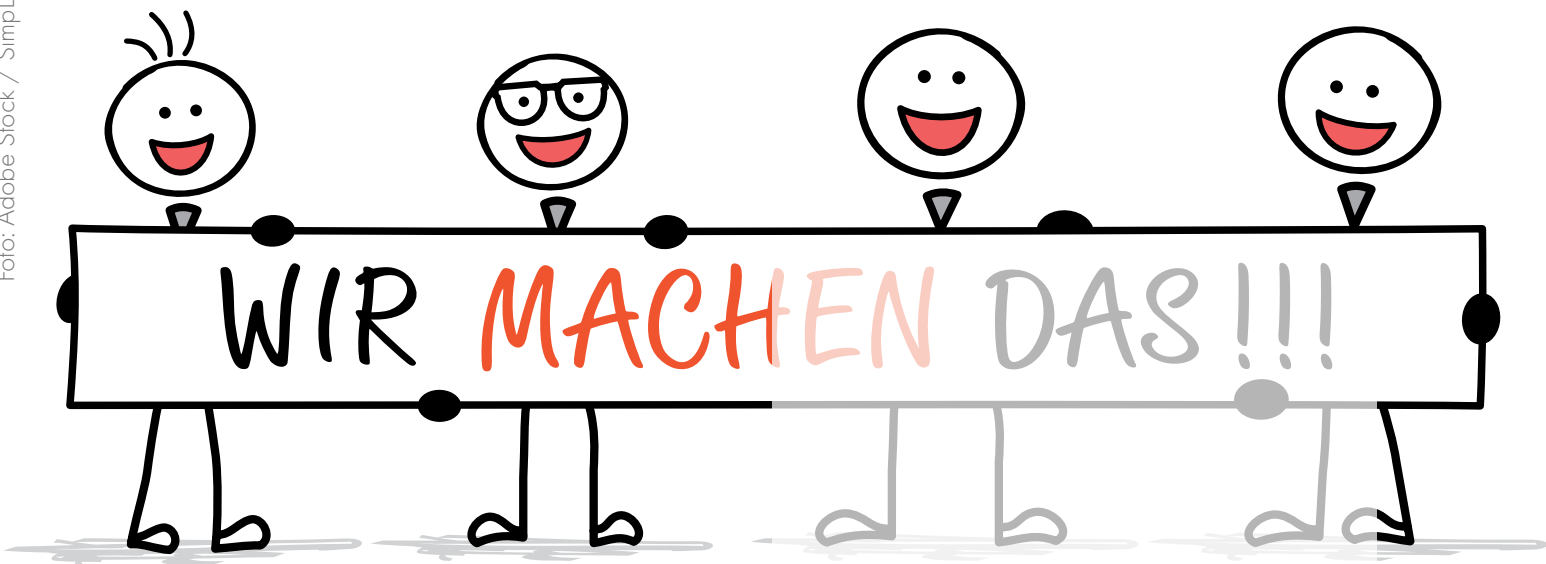
Die Branchenzeitschrift für Kredit- und Autobanken,  
Leasing- und Factoring-Gesellschaften



FRITZ  
KNAPP  
HELMUT  
RICHARDI  
VERLAGSGRUPPE



SIE WOLLEN UNS BESSER KENNENLERNEN?  
Bestellen Sie gleich Ihr persönliches Probeabonnement  
[kreditwesen.de/probeabo](http://kreditwesen.de/probeabo)



## Wir können mehr als Print! Wie dürfen wir Sie unterstützen?

Unsere Services für Sie:

- » Corporate Publishing
- » Bücher
- » Festschriften
- » Podcasts
- » Veranstaltungen

## Wir finden eine Lösung – mit Ihnen, für Sie!

FRITZ  
KNAPP **fk**  
**hr** HELMUT  
RICHARDI  
VERLAGSGRUPPE

+49 69 9708330 | [dienstleistung@kreditwesen.de](mailto:dienstleistung@kreditwesen.de)  
[www.kreditwesen.de/dienstleistungen](http://www.kreditwesen.de/dienstleistungen)